

Die Politische Meinung

ENTGLEIST?

Wandel der Sprach- und Debattenkultur

(Five minutes)

ZUM SCHWERPUNKT Christian Bernes, Politische Sprache und die Illusion der Unmittelbarkeit; Norbert Lammert, Zwischen Konflikt und Konsens; Bernhard Pörksen, Über das Ende des Belehrens; Kathrin Kunkel-Razum, Duden – das „unmögliche“ Wörterbuch; Martina Steber, Eine kurze Geschichte der politischen Sprache in der Bundesrepublik

INTERVIEW Henning Lobin über „Sprachverrohung“ und die Auswirkungen von Digitalisierung

KOMMENTIERT Cosima Gill, Im Shitstorm – Erfahrungsbericht einer Journalistin

SATIRE Django Asül, Die Sicht eines Wortunterhalters

ERZÄHLUNG Husch Josten, Nächteweise – Irritationen. Sprachlosigkeit

9 €, Nr. 557, Juli/August 2019, 64. Jahrgang, ISSN 0032-3446, www.politische-meinung.de



Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Abgründe tun sich auf: Nach dem Attentat auf Walter Lübcke setzten sich die üblen Beschimpfungen gegen ihn fort. Auf direkte und indirekte Todesdrohungen folgte Genugtuung über die Tat. Seine Familie sah sich genötigt, an die Medien zu appellieren, „dass ein nicht respektvoller Umgang mit seinem Tod, insbesondere in den sozialen Netzwerken, von Ihnen nicht toleriert wird“. Tagelang hatte die Hetze freien Lauf.

Der Attentäter ist mittlerweile geständig. Inwieweit der Hass im Netz ihn zum Mord angestachelt hat, lässt sich noch nicht sagen. Dennoch geraten die Sozialen Medien auf der Suche nach den Ursachen der Tat zu Recht ins Visier. Sie waren Foren eines enthemmten Diskurses, der die Ausübung von Gewalt verbal vorwegnahm und später sogar den Mord zur Nachahmung an weiteren Politikern empfahl.

Die zuständige Staatsanwaltschaft bekräftigt, dass die strafbaren Postings „nicht stiefmütterlich behandelt“ werden. Derartige Rechtsverstöße zu verfolgen, erfordert enormen Aufwand, jedoch gilt die Aufklärungsrate als relativ hoch. Beklagt wird vor allem eine mangelnde Kooperationsbereitschaft der Plattformbetreiber. Ihrer Verpflichtung, Hass-Posts zügig zu löschen, sind sie offenkundig nicht genügend nachgekommen.

Das ungeheuerliche Geschehen schreit geradezu nach Konsequenzen, möglicherweise auch nach gesetzgeberischen. Aber der empörte Ruf, Hass und Hetze nun endlich aus dem Netz zu verbannen, birgt zugleich die Gefahr von Übersprungshandlungen, die zwar zunächst beruhigend wirken, am Ende aber wenig erreichen. Jedenfalls lässt sich hasserfülltes Denken auch im digitalen Raum nicht allein durch Verbote zurückdrängen.

#BringBackOurGirls (Bilder links), eine weltweite Initiative zur Befreiung verschleppter Schülerinnen in Nigeria, zeigt, dass der digitale Diskurs selbst gewaltige Gegenkräfte zu Hass und Gewalt birgt. Diese Energien gilt es mit überraschenden Konzepten weit mehr freizusetzen – auch wenn das in den weiten und verworrenen digitalen Kommunikationsräumen besonders schwierig erscheinen mag.

„Das Glas war aus seiner Sicht immer halbvoll“, sagte Christoph Lübcke bei der Trauerfeier über seinen Vater. Aufgaben nicht defensiv, sondern aktiv anzugehen, ist eine Grundhaltung, die wegweisend bleibt.

Bernd Löhmann

INHALT

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Entgleist? Wandel der Sprach- und Debattenkultur

12 ZWISCHEN KONFLIKT UND KONSENS

Norbert Lammert

Zur Debattenkultur in Deutschland

17 KURZSCHLUSS

Christian Bermes

Politische Sprache und die Illusion der Unmittelbarkeit

23 „EINE GEWISSE DISZIPLIN“

Martina Steber

Eine kurze Geschichte der politischen Sprache in der Bundesrepublik

30 DIE NEUE AUFKLÄRUNG

Bernhard Pörksen

Über das Ende des Belehrens

34 INTERVIEW: MEDIENREVOLUTION UND SPRACHE

Sprachwissenschaftler Henning Lobin über „Sprachverrohung“ und die Auswirkungen von Digitalisierung

41 DAS „UNMÖGLICHE“ WÖRTERBUCH

Kathrin Kunkel-Razum

Der Duden dokumentiert, kommt aber ohne Wertungen nicht aus

52 HASS IM NETZ

Martin Emmer

Wahrnehmung, Verbreitung und Zivilisierung von Hate Speech

57 DIE SCHWEIGESPIRALE HEUTE

Thomas Petersen

Was man von Elisabeth Noelle-Neumanns Theorie lernen kann

78 LÄNGST NICHT RETRO!

Karl-Heinz Göttert

Rhetorik bleibt ein politisches Instrument

83 BAD IS BEAUTIFUL

Günter Bannas

Wie schlechte Nachrichten den Journalismus prägen

93 EMOTIONAL, ABER POLITIKFERN?

Sabine Pokorny

Einblicke in die Debattenkultur in Sozialen Netzwerken

97 SKEPSIS UND ABGRENZUNG

Catharina Vögele, Claudia Thoms

Veränderungen der Debattenkultur im baden-württembergischen Landtag

Kommentiert

48 IM SHITSTORM

Cosima Gill

Erfahrungsbericht einer Journalistin

63 BEWUSSTER FLIEGEN

Reinhard Mohr

Anmerkungen zu politischer Korrektheit und Genderngerechtigkeit

Impulse

67 MITEINANDER REDEN, ABER WIE?

Roland Benedikter

Diskursethik in „tief gespaltenen“ Gesellschaften

103 PARITÄTSREGELN FÜR DAS PARLAMENT?

Katja Gelinsky

Gegner und Befürworter verweisen auf das Grundgesetz

119 „CHIFFRE DER AUSGRENZUNG“

Klaus Brill

In Novi Sad lud die Konrad-Adenauer-Stiftung zur Debatte über „den Osten“ Europas

Satire

74 AUS DEM BLÄSCHEN

Django Asül

Die Sicht eines Wortunterhalters

Erzählung

88 NÄCHTEWEISE

Husch Josten

Irritationen. Sprachlosigkeit

Gelesen

109 KONSERVATISMUS UND LIBERALER GAULLISMUS

Matthias Oppermann

Andreas Rödder und Jean-Louis Thiériot über Bewahrung und Reform

Erinnert

114 SCHARNIER ZWISCHEN DEN LAGERN

Ulrich von Hehl

Das Zentrum und die Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung vor 100 Jahren

124 AUS DER STIFTUNG

126 FUNDSTÜCK



„Planet Hype“

**Das Projekt des Designers Niels Schrader
macht Internetphänomene sichtbar**

Wer sich im Netz bewegt, wird diese Bilder kennen. Die Website des Projekts dokumentiert – mittels einer algorithmengesteuerten Software – Hypes und Trends, die sich etwa über Google, Instagram oder Twitter explosionsartig verbreiten haben: Pepe the Frog, die Ice Bucket Challenge, Je suis Charlie, #BringBackOurGirls, die Grumpy Cat, Black Lives Matter und so weiter.

Das Programm ordnet die millionenfach geteilten, modifizierten und kommentierten Bild- und Textbotschaften nach Ähnlichkeiten. Übersichtlichkeit ist dennoch nicht der prägende Eindruck dieses Foto-Pools, sondern das schrille und erdrückend überladene Erscheinungsbild einer Öffentlichkeit im digitalen Raum, die von einem unermesslich gesteigerten Wettlauf um Aufmerksamkeit beherrscht ist. Trash, Humor, Häme, Verschwörungstheorien, politische Hilferufe – alles nebeneinander, wohl auch in Konkurrenz zueinander.

Auf „Planet Hype“ ist eine neue Arena für den politischen Diskurs und die Ausformulierung von Partizipation längst eröffnet. Wer wagt es, mit einer zeitgemäßen, aber gehaltvollen Kommunikation in diesen Ring zu gehen?

© Niels Schrader, planethype.minddesign.info

Design und Programmierung im Auftrag des MOTI, Programmierer Michał Ejdyś

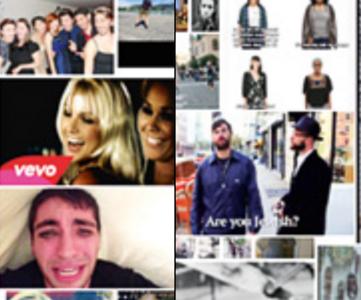
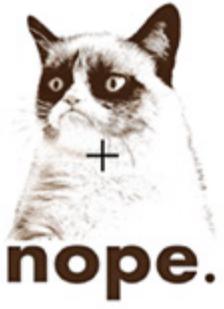
Entgleist?

Wandel der Sprach- und Debattenkultur

KEEP CALM AND CARRY ON



JE SUIS CHARLIE



iPhone
Apple reinvented the phone



KEEP CALM AND CARRY ON

KEEP CALM AND CARRY ON

PERSON OF THE YEAR TIME

I AM NO!

I AM

vevo

Are you Jewish?

Five minutes

Smile I guess not good

There's a lot to look forward to

- JE SUIS CHARLIE
- JE SUIS POLYMEREN
- JE SUIS ELIZ
- JE SUIS MOVEMENT
- JE SUIS ATTEND
- JE SUIS FRODO BAGGINS
- JE SUIS ANDREW
- JE SUIS VICTOR
- JE SUIS FRANKIE
- JE SUIS DE KARRE 1

LE NVA PAS DE PROBLEME RECONNAISSANCE

JE SUIS CHARLIE

JE SUIS CHARLIE

JE SUIS CHARLIE

JE SUIS CHARLIE





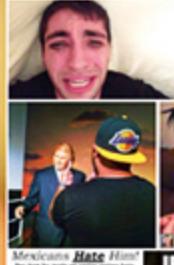
Falls to the floor

Falls to the floor



Break the screen

Break the floor



Zwischen Konflikt und Konsens

Zur Debattenkultur in Deutschland

NORBERT LAMMERT

Geboren 1948 in Bochum, Sozialwissenschaftler, 1998 bis 2002 kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, 2005 bis 2017 Präsident des Deutschen Bundestages, seit 2018 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

„Was macht eine gute, demokratische Debatte überhaupt aus?“, fragte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zur Eröffnung der Digitalkonferenz *re:publica 2019*. Seine Antwort: „Vernunft auf der einen Seite – die Bereitschaft, mit Argumenten zu überzeugen und sich von besseren Argumenten überzeugen zu lassen – und auf der anderen Seite: Zivilität.“

Das heißt: Wertschätzung und Vertrauen, Empathie und Respekt für ein Gegenüber, das [...] immer auch einen legitimen Teil zur Debatte beizutragen hat.“ Seine Rede ist eine besonders prominente Stellungnahme unter

unzähligen Äußerungen, Artikeln und Wortmeldungen in der schon länger andauernden, nach wie vor aktuellen Debatte über Zustand und Zukunft unserer Debattenkultur. Bereits die Vielzahl an Beiträgen ist ein Indiz dafür, dass es Entwicklungen gibt, die Anlass sein sollten für ein vertieftes Nachdenken über Inhalt und Stil von Debatten in Deutschland.

Für uns als Politische Stiftung ist das Thema nicht lediglich eines von vielen, sondern es betrifft den Kern unserer Aufgaben unmittelbar. Denn fast alles, womit wir uns auseinandersetzen und was wir mit unserer täglichen Arbeit an politischer Bildung, an Aufklärung und an Information leisten, vermittelt sich durch Sprache. Aktuelle Entwicklungen und Trends in der Sprach- und Debattenkultur sensibel und selbstkritisch zu verfolgen, empfiehlt sich natürlich auch für die Verfassungsinstitutionen, die politischen Parteien und nicht zuletzt für die Medien, die sowohl zu den Treibern als auch zu den Getriebenen vieler Veränderungen und mancher Verirrungen gehören.

Spätestens seit der Erfindung des Buchdrucks Mitte des 15. Jahrhunderts haben sich die Kommunikationsbedingungen der Menschen immer wieder sowohl quantitativ als auch qualitativ signifikant verändert; insbesondere aufgrund technologischer Entwicklungen hat es immer wieder erhebliche Veränderungen im Kommunikationsverhalten der Gesellschaften gegeben. Auch unsere heutige „Sprachkultur“ ist keine feste, für alle Zeiten unveränderliche Größe. Erwartungen verändern sich ebenso wie die Verhältnisse. Manches spricht dafür, dass die Digitalisierung von Daten und Informationen sowie ihr elektronischer Austausch in Echtzeit mehr ist als eine weitere Veränderung von vielen, sondern eine im Wortsinn revolutionäre Neuordnung im Kommunikationsverhalten von Personen wie Institutionen mit nachhaltigen Wirkungen für den privaten wie den öffentlichen Bereich.

WIDERSPRÜCHLICHES UND WIDERSPRUCH

Dass quantitativ niemals so viele Daten und Informationen, Texte, Bilder und Videos und damit verbundene Meinungen, Kommentare und Appelle an so viele Menschen verschickt worden sind wie heute, ist offensichtlich. Was dies qualitativ für den Informationsaustausch, das Urteilsvermögen und die Entscheidungsfindung Einzelner und ganzer Gesellschaften bedeutet, ist dagegen nicht so offensichtlich. Aber es ist längst – und sicherlich auch nicht zufällig – im wörtlichen Sinne fragwürdig geworden.

Welche Unterschiede gibt es im Umgang zwischen Absendern und Empfängern bei der Nutzung der alten und der neuen Medien? Welchen Stellenwert haben bei politischen Themen die besonders stark frequentierten Plattformen Twitter, Facebook, Instagram? Was bedeutet die inzwischen fast jederzeit und in Echtzeit mögliche Interaktivität beim Austausch von Informationen? Und haben die dafür inzwischen verfügbaren quantitativen Befunde

auch einen mehr als statistisch relevanten Effekt auf die Urteilsbildung in einer modernen Gesellschaft? Die zunehmende Verdrängung konventioneller, klassischer Printmedien durch die neuen, elektronischen Medien mit ihren Kommunikationsplattformen mit ungleich höheren Nutzerzahlen hat einen immer deutlicheren Effekt auf die individuelle Nachfrage, Aufnahme und Verarbeitung von Informationen und damit Folgen für das Urteilsvermögen ganzer Gesellschaften.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung wird sich mit dem Wandel der Sprach- und Debattenkultur über einen längeren Zeitraum durch Studien, Expertenrunden und öffentliche Veranstaltungen intensiv beschäftigen. Unser erstes Ziel besteht darin, aus der beachtlichen Zahl wissenschaftlicher Untersuchungen, die dazu mittlerweile vorliegen, ein zunächst vorläufiges Resümee dahingehend zu ziehen, was man inzwischen relativ verlässlich weiß. Wir wollen wissen, welche Zusammenhänge über einen längeren Zeitraum sorgfältig untersucht und so gut belegt sind, dass wir davon als Rahmenbedingungen für politische Diskurse ausgehen können. Dabei werden wir auch mit widersprüchlichen Ergebnissen leben müssen, und wir werden Widerspruch erfahren – auch und vor allem mit unseren eigenen Studien und Erhebungen.

DIE STUDIEN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Eine Überblicksstudie zum gegenwärtigen Stand der Forschung zeigt, dass die zunehmende Fragmentierung unserer Gesellschaft und die voranschreitende Digitalisierung die Debattenkultur verändert haben. Die Folge ist eine Verunsicherung, die wiederum eine Veränderung der Sprache bewirkt hat: im Privaten wie in der Politik, in den Medien wie in der Wissenschaft. Die Studie belegt zugleich den weiteren, durchaus erheblichen Forschungsbedarf. Vorschneile Schlussfolgerungen, kulturpessimistische Betrachtungen oder gar apokalyptische Interpretationen sind also tunlichst zu vermeiden.

Dass Hass und Beleidigungen eher Regel denn Ausnahme in den neuen Medien sind, darauf deutet ein Literaturüberblick zu den Ursachen und Wirkungen von aggressiver, entgrenzter Kommunikation hin. Deren Effekt ist vorrangig negativ: Kommentare in Online-Medien werden in der Regel negativ beurteilt. Dennoch beeinträchtigen sie die Glaubwürdigkeit traditioneller journalistischer Angebote sowie die Relevanz der von ihnen gesetzten Themen.

Eine Untersuchung zur Ethik von Metaphern identifiziert Sprache als jenen Ort, an dem die aktuellen identitätspolitischen Auseinandersetzungen ausgetragen werden. Die Verwendung von Metaphern in politischen Debatten kann durchaus kontraproduktive Verzerrungen bewirken, eine Reflexion über Sprache dagegen zur Verständigung beitragen.

Zwei Studien sind Facebook gewidmet. Politische Themen spielen dort demnach eine eher untergeordnete Rolle. Vorrangig die Anhänger der

Linken und der Alternative für Deutschland (AfD) nutzen Facebook für politische Kommunikation und Agitation. Die Mehrheit der Nutzer fühlt sich durch die Plattform unterhalten und informiert; eine relativ große Minderheit aber auch verärgert oder provoziert – am häufigsten die Wähler der Linken und der Grünen. Deutlich überdurchschnittlich meinen AfD-Anhänger, es würden dort Meinungen vertreten, die außerhalb der neuen Medien unterdrückt würden.

Insgesamt sind jedoch weder die Reichweite noch die Wirkung von Facebook im Wahlkampf bislang so groß wie vermutet. Parteien nutzen Facebook im Wahlkampf eher anlassbezogen: um auf Veranstaltungen hinzuweisen oder die Nutzer zu weiteren Aktivitäten zu motivieren. Fasst man die Nutzerkommentare zusammen, zeigt sich hingegen: Eine demokratische Streitkultur ist eher selten auszumachen.

APOKALYPTISCHE ESKALATIONSRHETORIK

Unsere Studien und Untersuchungen geben einen ersten, aber durchaus deutlichen Hinweis, dass ein Wandel in der Sprach- und Debattenkultur nicht nur zu vermuten, sondern längst Realität ist. Schwerlich übersehen lässt sich, dass unter den gründlich veränderten Bedingungen der Wahrnehmung und der medialen Vermittlung von Sachverhalten die Versuchung, vielleicht sogar die Notwendigkeit noch größer geworden ist, komplexe Vorgänge zu vereinfachen, zuzuspitzen, zu dramatisieren, mitunter gar zu skandalisieren. Offenkundig ist die Versuchung übermächtig geworden, sich durch Zuspitzungen und Übertreibungen die Aufmerksamkeit zu erkaufen, die es für differenzierte Stellungnahmen in der Regel nicht mehr gibt. Denn etwas schlicht Vernünftiges zu sagen, ist beinahe eine Garantie dafür, nicht wahrgenommen zu werden.

Dabei müssen wir uns aber mit der nicht minder wichtigen, ebenso berechtigten Frage beschäftigen, ob wir nicht möglicherweise auch – beeindruckt von manchen Veränderungen – eben doch zu voreiligen Schlussfolgerungen neigen. Das heißt, wir müssen uns fragen, ob das, was wir beobachten, wirklich alles so neu ist, wie es uns vorkommt, oder ob es nicht – in einer zwar anderen, gleichwohl aber ähnlichen Form – früher auch stattgefunden hat.

Der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen spricht inzwischen von einer „apokalyptischen Eskalationsrhetorik“. Er meint damit nicht nur die rhetorischen Überbietungswettbewerbe, die es insbesondere in den elektronischen Diskursen der neuen Medien seit längerer Zeit zu beobachten gibt, sondern auch die Neigung zur Hysterisierung der eigenen Beobachtungen, mit den sich daraus ergebenden, möglicherweise aber eben auch wieder voreiligen Schlussfolgerungen. Pörksen, der sich immer wieder, länger als viele andere, mit dieser Entwicklung auseinandergesetzt hat, äußert die Befürchtung: „All

diese Untergangserzählungen zeigen das Umschlagen gut gemeinter Warnungen in einen Aufklärungs- und Bildungspessimismus, der vorschnell beerdigt, was man eigentlich befördern möchte: Autonomie, Mündigkeit, selbstbewusste Gegenwehr“ (*Die Zeit*, 11. Oktober 2018).

PRINZIPIELLE FREIHEITSRÄUME

Nicht nur als Stiftung, sondern als Gesellschaft im Ganzen muss es unser gemeinsames, fundamentales Interesse sein, dass wir – auch und gerade mit signifikanten Veränderungen in den sozialen Kommunikationsstrategien – in freiheitlichen Diskursen zu Ergebnissen und Entscheidungen kommen, deren Akzeptanz auch darauf beruht, dass alle Beteiligten den Eindruck haben, dass der dazu notwendige Prozess nachvollziehbar und demokratisch verlaufen ist. Die Demokratie ist eine besonders anspruchsvolle politische Versuchsanordnung, die von dem kunstvollen Verhältnis von Konflikt und Konsens lebt und mit dieser Balance steht und fällt. Eine freiheitliche Gesellschaft wird nie eine konfliktfreie Gesellschaft sein können. Umgekehrt ist das Vorhandensein von Konflikten geradezu das Indiz für die prinzipiellen Freiheitsräume einer Gesellschaft, jedenfalls wenn diese Konflikte nicht nur schlicht stattfinden, sondern auch akzeptiert werden.

Aber die Konfliktfähigkeit einer Gesellschaft setzt einen Mindestkonsens voraus, wie denn unterschiedliche Auffassungen, Meinungen und Interessen zusammenzubringen sind. Nur wenn es den Konsens darüber gibt, wie Konflikte auszutragen sind, kann sich eine Gesellschaft diese Konflikte leisten, ohne ihren eigenen Zusammenhalt zu gefährden. Das ist insofern eine der zentralen Fragestellungen, mit denen wir uns intensiv auseinandersetzen wollen: Gibt es Entwicklungen im Kommunikationsverhalten unserer Gesellschaft, auch und gerade in der zunehmenden Verschiebung des relativen Anteils und der Gewichte von konventionellen Medien zu den neuen Medien, die möglicherweise die beschriebene Balance von Konfliktfähigkeit und Konsensfähigkeit unserer Gesellschaft gefährden?

Und eine letzte selbstkritische Frage, die gestellt werden sollte, ist jene, ob der durchaus begründete, inzwischen auch relativ lautstarke Protest insbesondere der bürgerlichen Mitte gegenüber bestimmten rhetorischen Verhaltensmustern konkurrierender alter und neuer Gruppierungen auch etwas zu tun haben könnte mit einer eigenen programmatischen Ratlosigkeit und der Unfähigkeit, neuen Positionen, nicht polemisch, aber jedenfalls profiliert vergleichbar gut erkennbare alternative Positionen gegenüberzustellen. Zugespitzt formuliert: Könnte es sein, dass ein Teil des Unbehagens gegenüber moderner Kommunikationspraxis daher rührt, dass uns die Auseinandersetzung in der Sache überfordert? Die Frage mag unangenehm sein, aber sie ist sicher zulässig und wohl auch unvermeidbar.

Kurzschluss

Politische Sprache und die Illusion der Unmittelbarkeit

CHRISTIAN BERMES

Geboren 1968 in Trier, Professor für Philosophie und Leiter des Instituts für Philosophie, Universität Koblenz-Landau (Campus Landau).

Das Motto der gerade vergangenen Digitalkonferenz 2019 *re:publica* „tl;dr – too long; didn't read“ hat auf die Schattenseiten von Verkürzungen in der digitalen Kommunikation hingewiesen. Verkappung und Komprimierung

von Inhalten sind sicherlich nicht immer einfach zu handhaben und können einerseits zu gefährlichen Missverständnissen führen. Andererseits ist sprachliche Verdichtung nicht nur ein wichtiges Werkzeug der Politik. Im Journalismus, in einer lebendigen Rhetorik, ja selbst in der Wissenschaft ist dieses Mittel ebenso von Bedeutung, nicht nur, um Aufmerksamkeit zu erzeugen,

sondern auch, um Prägnanz und Anschlussfähigkeit zu ermöglichen. Doch jenseits von sich steigernden Tendenzen sprachlicher Verkürzung, die bis hin zur bloß affektiven Symbolisierung in der digitalen Kommunikation reichen können, ist die gegenwärtige Situation nicht ausschließlich durch Verkürzungen, sondern ebenfalls durch *Kurzschlussillusionen* ausgezeichnet. Kurzschlussillusionen liegen vor, wenn Unmittelbarkeit suggeriert – vielleicht auch propagiert – wird, jedoch nur Vermittlung zum Ziel führen kann. Es ist ein Merkmal nicht weniger Kommunikationspraktiken in digitalen Medien sowie im Kontext populistischer Tendenzen zeitgenössischer Politik, anstelle von Vermittlung die Illusion von Unmittelbarkeit zu erzeugen.

Unmittelbarkeit jedoch ist kein Merkmal einer Sprach- und Debattenkultur in einer liberalen demokratischen Ordnung. Denn der Sprache kommt grundsätzlich die Funktion der Vermittlung zu – und die politische Sprache hat eine ganz besondere Vermittlungsaufgabe zu meistern, weshalb auch die Reflexion auf die politische Sprache seit der Antike bei Platon und Aristoteles über die Neuzeit bis hin zur Gegenwart kein bloßes Beiwerk der politischen Theorie ist, sondern *einen elementaren Bestandteil der politischen Praxis* ausmacht. Denn politisches Handeln wird nicht einfach durch die Sprache begleitet, sondern realisiert sich in derselben. Dabei steht die politische Sprache nicht erst seit heute, sondern grundsätzlich unter einer besonderen Herausforderung: *Unter der Bedingung von Unsicherheit soll Verbindlichkeit erzielt werden.* Angesichts divergierender Interessen, einer Pluralität von Handlungsoptionen und einer Vielzahl von Stimmen und Stellungnahmen ist es das Ziel, Verbindlichkeiten in und durch Verständigung zu erlangen. Auch wenn solche Verbindlichkeiten ihrerseits über längere Zeit im gesellschaftlichen Prozess provisorischen Charakter besitzen, ändert dies nichts an dem Grad ihrer Verpflichtung, der in und mit der jeweiligen Verständigung erzielt wird. Die Sprache ist das einzige Mittel – wenn man von Zwang und Gewalt absieht –, das Menschen zur Verfügung steht, um diese Spannung zwischen Unsicherheit und Verbindlichkeit zu moderieren oder zu vermitteln.

PREKÄRES MEDIUM DER VERSTÄNDIGUNG

Gegenwärtig rückt die Funktion der öffentlichen und politischen Sprache mit besonderer Vehemenz in das Zentrum der öffentlichen Diskussion. *Hate Speech*, *Filterblasen*, *alternative Fakten* auf der einen Seite und *Framing* oder das gezielte *Manipulieren* der Sprache durch umgewertete Begriffe und Symbole auf der anderen Seite lassen es gegenwärtig fraglich erscheinen, ob Verständigung noch möglich ist, wenn das Medium der Verständigung selbst prekär geworden ist. Die politische und öffentliche Sprache scheint in diesem Sinne ihre Selbstverständlichkeit der Vermittlung verloren zu haben; und die Struktur

einer gelingenden Debattenkultur scheint fraglich geworden zu sein, weil Direktheit, Authentizität oder Unmittelbarkeit zum Prinzip erhoben werden.

Durs Grünbein hat in einem Essay kürzlich auf die komplexe Gemengelage verwiesen: „Zu konstatieren ist eine Radikalisierung des öffentlichen Sprechens, zwischen den Nationen wie im Umfeld jedes Einzelnen, im Streit der Parteien wie in den Kneipen, im Parlament wie auf der Straße. Da ist zum einen der Gebrauch herabsetzender Formeln für den politischen Gegner, die Diskriminierung von Menschengruppen, die in ihrer Schwäche zu Opfern der Weltpolitik werden. Da ist zum anderen aber auch ein allgemeiner Verfall der ethischen Standards, eine Versumpfung der Sprache in den Boulevardblättern wie in den sozialen Netzwerken. Jeder beklagt das mittlerweile, aber keiner kennt das Rezept, herauszufinden aus diesem Labyrinth.“

In Zeiten „verschärfter Rhetorik“, so Grünbein weiter, sei auch unklar geworden, wie mit dem Befund umgegangen werden kann, wie und wo Lösungen zu suchen sind: „Journalisten tappen im Dunkeln, gebildete Zeitgenossen, eben noch cool und mit allen Wassern gewaschen, fragen sich, was da los ist. Die meisten sind ohne Kompass, kreiseln verwirrt in alle Richtungen, kein Gespräch, in dem die Verunsicherung nicht um sich greift. Denn nun rächt es sich, dass der Lateinunterricht abgeschafft ist, die Rechtslage ungeklärt, die Grundregeln einer Demokratie unbekannt und niemand mehr Vergleichsmöglichkeiten hat und ein inneres, historisch geschultes Ohr“ (Grünbein 2019).

AUTHENTIZITÄT STATT LEGITIMATION

Sicherlich ist Sprache immer schon durch Wandel ausgezeichnet, und es wäre eine (fatale) Illusion, darauf zu setzen, die Elastizität der Sprache und der Sprachverwendung in der lebendigen Kommunikation einschränken oder fixieren zu wollen. Eine durch Sprache gestiftete politische Öffentlichkeit lässt sich nicht – und zwar grundsätzlich nicht in einer liberalen demokratischen Ordnung – diktieren. Im Gegensatz dazu muss immer um sie gerungen werden – und dies gelingt nur, wenn die Sprache ihre Elastizität behält. Nur dann kann sie ihr zivilisatorisches Potenzial ausspielen.

Nicht zuletzt ist es darum auch eine wichtige Frage, was genau unter der gegenwärtig diagnostizierten „Verrohung“ zu verstehen ist und wie ein „radikalierter Sprachgebrauch“ beziehungsweise eine „toxische Rhetorik“ identifiziert werden kann (Bermes 2019). Ebenso wichtig ist es, die Rahmenbedingungen in den Blick zu rücken, die dazu führen, dass sich Kurzschlussillusionen der beschriebenen Art Bahn brechen können. Sicherlich spielen gesellschaftliche Entwicklungen ebenso eine Rolle wie die Etablierung und Nutzung neuer Kommunikationstechniken. Doch das Feld ist weiter und

vielschichtiger, und die aktuelle Problemlage verweist darauf, dass die Herausforderungen tiefer liegen.

Moderation von Unsicherheit mit Blick auf Verbindlichkeit gelingt im Medium der Sprache, wenn diese nicht auf die Herstellung von Kurzschlüssen reduziert, sondern als ein Medium verstanden wird, das einerseits Vermittlungen fordert und andererseits Umwege eröffnet, die zum Ziel führen. Unmittelbarkeitsphantasien setzen an die Stelle politischer Legitimation ein Versprechen von Authentizität, das *erstens* in der – politischen und gesellschaftlichen – Praxis nicht einlösbar ist und das *zweitens* zu Mystifikationen führt.

DER ZAUBER DER GRENZWERTE

Grenzwerte und deren quantifizierende Bemessung sind zu einem markanten Bestandteil der politischen Sprache geworden – ob es sich nun um die Erderwärmung im Kontext des Klimawandels, den Schadstoffausstoß von Autos oder Kohlekraftwerken oder auch den Anteil von Zucker und anderen Stoffen in Lebensmitteln handelt. Quantifizierende Vermessungen sozialer, ökonomischer und kultureller Tatbestände durch Leistungsindikatoren oder Rankings bestimmen zusätzlich als „politische Zahlen“ (Schlaudt 2018) die öffentliche und politische Sprache – und Zahlen beziehungsweise Grenzwerte mobilisieren inzwischen auch soziale Bewegungen.

Ulrich Beck hat bereits in den 1980er-Jahren auf eine besondere Ambivalenz der Grenzwerte hingewiesen, wenn diese zwischen Wissenschaft und Politik changieren. Denn Grenzwerte markieren dann nicht einfach nur Schutzschranken, durch die etwas verhindert, abgemildert oder aufgehoben wird; als Grenzwerte sind sie auch „Persilscheine“ dafür, Natur und Menschen *ein bißchen* zu vergiften. [...] Mit Grenzwerten wird zugleich das festzulegende ‚Bißchen‘ Vergiftung *Normalität*“ (Beck 1987, S. 85 f.). Grenzwerte sind jedoch nicht nur in dieser Hinsicht ambivalent, wenn sie aus dem Sprachspiel der Wissenschaft in das Sprachspiel der Politik Eingang finden; sie suggerieren zugleich Legitimation. Dies ist durchaus problematisch, denn die wissenschaftliche Begründung eines Grenzwerts fällt nicht mit der politischen Rechtfertigung einer Handlungsoption zusammen.

Die – wie man es vielleicht nennen könnte – „Verzählung“ der politischen Sprache verspricht Legitimation ohne politische Rechtfertigung. Der politische Gesellschaftsvertrag, der sich in der sprachlichen Verständigung immer wieder neu einrichtet und adjustiert, wandelt sich auf diese Art und Weise zu einer Zielvereinbarung, die es zu erfüllen gilt. Politik erscheint dann als Dienstleistung im Kontext einer Zielerfüllung, ohne dass man an der „Bemessung“ der Ziele – die eigentlich eine Bewertung sein müsste – beteiligt wäre. Man wird daraus nicht schließen dürfen, dass unter den Bedingungen der Moderne die quantifizierende Erfassung der sozialen Welt keine Rolle

spielen sollte oder es gar ein sinnvolles Ziel sein könnte, sie nicht zu beachten. Das wäre nicht nur illusorisch, sondern in hohem Maße töricht. Doch man wird ebenso darauf hinweisen müssen, dass Zahlen keine Argumente sind und dass der Gesellschaftsvertrag nicht durch ein Spiel mit Zahlen gewonnen, sondern in einer lebendigen Sprache gestiftet wird.

WIE MEINUNGEN ZU DOGMEN WERDEN

Der beschriebene Positivismus der Quantifizierung provoziert Gegenentwicklungen. Ist die eigentliche politische Legitimation fraglich geworden, wird sie an anderen Stellen gesucht. Es ist der (vermeintlich) authentische Ausdruck in Teilen der modernen Kommunikationsmedien, der dies verspricht.

So, wie sich bereits in dem Konzept des Grenzwertes und dem politischen Gebrauch von Quantifikationen eine Ambivalenz zeigt, so zeigt sich auch in diesem Prozess eine Zweideutigkeit. Die Ambivalenz von Twitter-Meldungen kann hierfür ein Beispiel bieten: „Jede Twitter-Timeline, jeder Instagram-Beitrag legt heute Zeugnis von der kollektiven Verschlagwortung der Welt ab, die in den Sozialen Netzwerken von allen Nutzern betrieben werden kann, als ein schöpferischer Akt, ohne die Einschränkung vorinstallierter Standards oder hierarchisch gestaffelter Zugangsweisen“ (Bernard 2018, S. 8). Die Ambivalenz ist darin zu erkennen, dass die „verstreuten Stimmen zum Ertönen“ gebracht werden und gleichzeitig das getilgt wird, „was an ihnen unverrechenbar ist“ (Bernard 2018, S. 82). Das Unverrechenbare zeigt sich beispielsweise darin, dass eine Meinungsäußerung nicht einfach als eine schlichte mediale Präsentation oder Zur-Schau-Stellung einer Stimmung oder eines plötzlichen Befindens ausgezeichnet ist, sondern eine komplexe Stellungnahme in der Welt bedeutet. Bereits Hannah Arendt hat darauf hingewiesen und das Unverrechenbare einer Meinungsäußerung zumindest in Teilen expliziert: „Eine Meinung bilde ich mir, indem ich eine bestimmte Sache von verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachte, indem ich mir die Standpunkte der Abwesenden vergegenwärtige und sie so mitrepräsentiere. Dieser Vergegenwärtigungsprozeß akzeptiert nicht blind bestimmte, mir bekannte, von anderen vertretene Ansichten. Es handelt sich hier weder um Einfühlung noch darum, mit Hilfe der Vorstellungskraft irgendeine Majorität zu ermitteln und sich ihr dann anzuschließen. Vielmehr gilt es, mit Hilfe der Einbildungskraft, aber ohne die eigene Identität aufzugeben, einen Standort in der Welt einzunehmen, der nicht der meinige ist, und mir nun von diesem Standort aus eine eigene Meinung zu bilden“ (Arendt 1994, S. 342).

Meinungen präsentieren nicht einfach etwas, sie repräsentieren in einem komplexen Sinne, indem die Position dessen, der eine Meinung artikuliert, zum Ausdruck kommt und indem immer auch der Horizont, in dem andere Meinungen möglich sind, mit in den Blick gerät. Ein Kurzschluss

liegt dann vor, wenn die Authentizität der eigenen Meinung ohne die Repräsentation anderer Meinungen und die Repräsentation der Welt, in der Meinungen anschlussfähig sein können, zum Primat erhoben wird. Dann wandeln sich Meinungen zu Dogmen, und die politische Debatte gleicht eher dem zum Scheitern verurteilten Versuch einer Kommunikation unter (digitalen) Litfaßsäulen.

MEINUNGSBILDUNG UND MEDIENKOMPETENZ

In und mit den sogenannten sozialen Medien sind die Kommunikationsmöglichkeiten gesteigert und ausgeweitet worden. Dies ist als eine Errungenschaft zu begreifen, die als kulturelle Erfolgsgeschichte bedeutet, dass frühere Begrenzungen der Kommunikation aufgehoben wurden und sich neue Dimensionen von kommunikativer Freiheit ergeben. Wird in diesem Sinne Freiheit möglich, so bedeutet dies immer auch, dass Verantwortung notwendig ist, um die gewonnene Freiheit zu gestalten und sie nicht wieder zu verlieren. Meinungsbildung gelingt dann, wenn Verantwortung für die eigene Meinung übernommen wird, indem das Unverrechenbare der Meinungsäußerung nicht aus dem Blick gerät. Die Mittel, die hierzu zur Verfügung stehen, sind Umsicht, Takt, Urteilskraft und Klugheit. Es sind dies die geradezu klassischen Werkzeuge der Medienkompetenz, die sich auch nicht quantifizieren lassen. Und es sind zugleich die zivilisatorischen Mittel der Kommunikation, die Humanität ermöglichen, indem gefährliche Abkürzungen vermieden werden und an die Stelle von Kurzschlüssen wieder die Kunst tritt, Umwege zu meistern. „Nur wenn wir Umwege einschlagen, können wir existieren. Gingen alle den kürzesten Weg, würde nur einer ankommen“ (Blumenberg 2017, S. 137).

Literatur

Arendt, Hannah: Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I, Piper Verlag, München/Zürich 1994.

Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, 3. Aufl., Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1987.

Bermes, Christian: Wandel der Sprach- und Debattenkultur. Verbindlichkeit – Artikulation – Meinung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2019.

Bernard, Andreas: Das Diktat des Hashtags. Über ein Prinzip der aktuellen Debattenbildung, S. Fischer Verlage, Frankfurt am Main 2018.

Blumenberg, Hans: Die Sorge geht über den Fluß, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2017.

Grünbein, Durs: „Wie aus Sprache Gewalt wird“, in: Die Zeit, Nr. 3/2019, 10.01.2019, S. 39.

Schlaudt, Oliver: Die politischen Zahlen. Über Quantifizierung im Neoliberalismus, Klostermann (Rote Reihe), Frankfurt am Main 2018.

„Eine gewisse Disziplin“

—
Eine kurze Geschichte der politischen Sprache in der Bundesrepublik

MARTINA STEBER

Geboren 1976 in Schwabmünchen, Stellvertretende Leiterin der Forschungsabteilung München am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin.

Eine „gewisse Disziplin bei der Sprache“ forderte im Juli 2018 Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und appellierte an die Politikerinnen und Politiker, sich so auszudrücken, dass die Basis des demokratischen Diskurses nicht zerstört werde. Konsensfindung und Kooperation in der

Demokratie beruhen auf dem Respekt gegenüber der Position des politischen Gegners, mahnte der Bundespräsident.¹

In der Tat: Politisches Handeln in der Demokratie ist Handeln in und durch die Sprache. Gestritten wurde und wird in den letzten Jahren vor allem

über die Grenzen dessen, was in der Demokratie der Berliner Republik als politisch sagbar gilt – und eben auch nicht. Von zwei entgegengesetzten Seiten wird die Auseinandersetzung befeuert: zum einen durch eine Bewegung, die für die politisch korrekte Verwendung von Sprache im Hinblick auf den Minderheitenschutz streitet. Zum anderen reizte die Sprachpolitik der Alternative für Deutschland (AfD) zum Widerspruch, die mittels bewusst kalkulierter Normverstöße darauf zielt, den Raum des Sagbaren nach rechts auszuweiten. Als Politiker der Unionsparteien daran gingen, der AfD die rechte Diskurs-hoheit streitig zu machen und in sprachpolitisch ähnliche Gewässer vorstießen, wurden die Warnungen immer lauter.

Frank-Walter Steinmeier argumentierte demokratietheoretisch. Die Normierung der politischen Sprache, das Ziehen von Grenzen des öffentlich Sagbaren sei für das Gelingen der Demokratie unerlässlich. Dieses Argument ist seit der Gründung der Bundesrepublik vor siebzig Jahren präsent. Am Grunde der Sorge um die politische Sprache und ihre antidemokratischen Potenziale liegt die Erfahrung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und ihrer exterminatorischen Politik. Tatsächlich unterscheidet sich die Bundesrepublik in ihrer hohen Sprachreflexivität von anderen westlichen Demokratien.

Drei Phasen lassen sich grob unterscheiden, während derer das Verhältnis von politischer Sprache und Demokratie in der Geschichte der Bundesrepublik jeweils spezifische Kontur gewann: eine erste Phase, die von 1945 bis in die mittleren 1960er-Jahre reichte, eine zweite Phase, die in den späten 1960er-Jahren einsetzte und sich bis Mitte der 1980er-Jahre erstreckte, und schließlich eine dritte Phase, die sich bis in unsere Gegenwart zieht.

IM SEMANTISCHEN LABORATORIUM

Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes und der Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949 musste nicht weniger als eine politische Sprache der Demokratie gefunden werden. So wurden die 1950er-Jahre zu einem semantischen Laboratorium. Die junge Demokratie grenzte sich dabei sowohl vom Nationalsozialismus als auch von der ebenfalls 1949 neu begründeten sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) ab. Sprachlich positionierte sie sich in doppelter Frontstellung, und der Antikommunismus imprägnierte die Sprache der Bundesrepublik mindestens ebenso sehr, wie es die Abgrenzung vom Nationalsozialismus tat.

Bereits in den unmittelbaren Nachkriegsjahren warnten sprachensible Beobachter des NS-Regimes vor dem Weiterwirken der „Lingua Tertii Imperii“, der „LTI“, wie der von den Nationalsozialisten verfolgte Victor Klemperer die Sprache der Nationalsozialisten bezeichnete.² Neben Klemperers Tagebuchauszügen entfaltete die Artikelserie „Aus dem Wörterbuch

des Unmenschen“ eine besondere Wirkung, die der Feder von Dolf Sternberger, Gerhard Storz und W. E. Süskind entstammte. „Der Verderb der Sprache ist der Verderb des Menschen. Seien wir auf der Hut!“, so warnten die Autoren eindringlich.³ Die alliierte Sprachpolitik wies in dieselbe Richtung, und die Sprachkritik etablierte sich als Wächterin über die Demokratie.

Die Vorstellung, dass die deutsche Sprache von verderblichen Begriffen zu reinigen sei, gehörte zum Common Sense des Neuanfangs. Allerdings bestand wenig Einigkeit darüber, welche Begriffe – abgesehen von einschlägigem NS-Jargon – dieser Reinigung anheimgegeben werden sollten. In besonderer Weise betraf dies die Konservativen, denn zweifelsohne hatte sich der Weimarer Konservatismus antiliberal und antidemokratisch profiliert und zum Steigbügelhalter Hitlers gemacht. Die Ausformulierung eines Konservatismus in der Demokratie im Laufe der 1950er-Jahre war denn auch harte semantische Arbeit. Doch auch die anderen Parteien der jungen Republik hatten eine Sprache zu finden, die sie in der westlichen parlamentarischen Demokratie verortete.

„BEGRIFFE EINER VERLARVTEN SPRACHE“

Die Notwendigkeit, eine politische Sprache der Demokratie zu etablieren, war den Politikerinnen und Politikern der frühen Bundesrepublik sehr bewusst. So gab Konrad Adenauer den Richtern am neu begründeten Bundesverfassungsgericht 1951 mit auf ihren Weg, den Begriff des Rechts, der „zu einem überholten antiquierten Begriff geworden“ sei, wieder in der Bevölkerung zu verankern und „im deutschen Volke die Überzeugung wiederzuerwecken, dass das Recht die einzig dauerhafte und entscheidende Grundlage eines Volkes und der menschlichen Gesellschaft überhaupt darstell[e]“. ⁴ Die Grundbegriffe der Demokratie galt es zu propagieren und mit Leben zu füllen.

Ende der 1950er-Jahre kamen selbst die politischen Richtungsbegriffe ins Rutschen. Nicht nur Marion Gräfin Dönhoff konstatierte eine „Entideologisierung“ der politischen Landschaft. Mit den politischen Begriffen des 19. Jahrhunderts schien die Situation der Gegenwart nicht mehr beschreibbar zu sein.⁵ Dabei trug nicht nur die Demokratisierung der frühen Bundesrepublik zum Sprachwandel bei; vielmehr unterhöhlten die kulturelle und gesellschaftliche Liberalisierung, die Säkularisierung und die Infragestellung von überkommenen Werten und Normen zentrale Begriffe des politischen Vokabulars und brachten zugleich neue Begriffe hervor.

Besonders schwer taten sich CDU und CSU mit dem Sprachwandel, den sie entweder als Sprachverlust oder als gezielte linke Sprachstrategie wahrnahmen. Nicht zufällig hielt Bruno Heck 1968 seiner Partei vor, „Begriffe einer verlarvten Sprache“ mit sich herumzuschleppen.⁶ Die programmatischen

Debatten in der Union der 1970er-Jahre entfalteten sich nicht zuletzt vor diesem Hintergrund.

Das Argument, dass sich die Linke einer gezielten Sprachstrategie bediene, um die Grundfesten der Demokratie zu unterminieren und der Sozialisierung Vorschub zu leisten, fand sich in (liberal-)konservativen Reaktionen auf Außerparlamentarische Opposition (APO) und Studentenbewegung um 1968 allenthalben. Eine scharfe politische Polarisierung und die Entwicklung von Sprachpolitik kennzeichneten die zweite Phase im Verhältnis von Sprache und Politik in der Bundesrepublik, die Ende der 1960er-Jahre einsetzte und bis in die mittleren 1980er-Jahre reichte. Es war nicht so falsch, Sprachstrategien hinter der Neuen Linken zu vermuten, die sich vor allem an Herbert Marcuses Theorien politischer Machtdurchsetzung über die Erlangung von Sprachhoheit orientierte und einen ganz eigenen Jargon entwickelte.⁷

Die Alarmstimmung, mit der liberal-konservative Intellektuelle wie Wilhelm Hennis, Hermann Lübke oder Hans Maier die Studentenbewegung wahrnahmen, erklärt sich aus deren Zweifeln an der Stabilität der zweiten deutschen Demokratie. Vergleiche mit der politischen Mobilisierung in der Endphase der Weimarer Republik wurden beständig gezogen, 1933 stand vor Augen. In linken Begriffen wie „Emanzipation“ oder „Demokratisierung“ erkannten sie einen Angriff auf das Grundgesetz. Ihre eigene Aufgabe als Politikwissenschaftler oder Soziologen, vor allem aber als Intellektuelle definierten sie dann auch demokratiethoretisch: Sie glaubten sich in der Pflicht, die Begriffe des Grundgesetzes zu „hüten“, wie Wilhelm Hennis unterstrich.⁸ Dahinter verbarg sich nicht nur die Überzeugung, dass diese in ihrer Bedeutung 1949 festgeschrieben worden waren, sondern auch, dass die Grundbegriffe des politischen Denkens über einen unveränderlichen Bedeutungskern verfügten.

KRITIK ALS GEMEINSAME BASIS

Die Unionsparteien schalteten sich in die Debatte um die Grenzen der politischen Sprache aktiv ein. Hier bot sich ein Feld, um dem Sprachverlust, der seit Jahren diagnostiziert worden war, begegnen zu können. Besonders CDU-Generalsekretär Bruno Heck forcierte das Thema. Im Bundestagswahlkampf 1969 lieferte er sich einen Schlagabtausch mit dem SPD-Kanzlerkandidaten Willy Brandt um dessen Forderung nach einer tiefgreifenden „Demokratisierung“ von Staat und Gesellschaft. Im Gegensatz dazu betonte Heck die gegebene Verfassung der „Demokratie“ und unterstellte den Sozialdemokraten, dass sie „Sozialisierung“ meinten, wenn sie von „Demokratisierung“ sprachen. Schützenhilfe erhielt er von Wilhelm Hennis. Liberal-konservative Intellektuelle und Unionsparteien fanden in der sprachpolitischen Kritik an der Linken eine

gemeinsame Basis. Dass kaum zwischen Neuer Linker, Studentenbewegung, radikaler Linker und Sozialdemokratie unterschieden wurde, zeugt von der aufgeheizten Stimmung und der Polarisierung der politischen Landschaft.⁹

In dieser zweiten Phase etablierte sich die Sprachpolitik als Mittel sowie Thema der bundesrepublikanischen Politik. Alle Parteien nutzten fortan dieses Instrument, auch wenn sich in den 1970er-Jahren besonders die CDU in diesem Politikfeld hervortat. Als 1973 mit Helmut Kohls Wahl zum Parteivorsitzenden Kurt Biedenkopf das Amt des Generalsekretärs übernahm, akzentuierte er die Sprachpolitik und verankerte sie in der Parteizentrale – neu erfinden musste er sie nicht. Biedenkopf wusste um die Brisanz und die politische Mobilisierungskraft des sprachkritischen Arguments nach 1968. Die CDU suchte er als Anwältin und Kämpferin für das Vokabular des Grundgesetzes zu profilieren – und damit als Wächterin über die Demokratie. Allerdings entdeckten nicht nur Union, SPD und FDP die Sprachpolitik für sich, sondern auch die intellektuelle neue Rechte, die sich in den frühen 1970er-Jahren neu formierte.¹⁰ Gezielt eignete sie sich Begriffe an und füllte sie mit rechten Bedeutungsgehalten. Bereits seit 1945 hatte sie es verstanden, mittels Sprachpolitik den demokratischen Grundkonsens anzugreifen.

VERGEGENWÄRTIGUNG DER NATIONALSOZIALISTISCHEN VERBRECHEN

Seit Mitte der 1980er-Jahre verschob sich die Diskussion über die angemessene politische Sprache in der Demokratie. Nun rückte der Umgang mit dem Nationalsozialismus ins Zentrum der sprachpolitischen Aufmerksamkeit, die die dritte Phase im Verhältnis von politischer Sprache und Demokratie charakterisierte. Seit den späten 1970er-Jahren, ausgelöst durch die US-Fernsehserie „Holocaust“ und die abermalige Debatte über die Verjährung von Mord im Bundestag, wurden die NS-Verbrechen neu thematisiert und, dies war entscheidend, zum ersten Mal die Perspektive der Opfer repräsentiert. Dazu kam, dass die Geschichtspolitik der Kohl-Regierungen, die auf die „Normalisierung“ einer bundesrepublikanischen Identität im geteilten Deutschland zielte, heftige Debatten auslöste, die Mitte der 1980er-Jahre nicht zuletzt im Historikerstreit kulminierten. In ihrem Zentrum stand die Frage nach dem historischen Ort des Nationalsozialismus.¹¹ Schließlich setzte die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum Gedenken an das fünfzig Jahre zurückliegende Ende des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai 1985 einen Standard für das angemessene Sprechen über das NS-Regime und seine Verbrechen.¹²

Die sprachliche Sensibilität, die sich im Verlauf der Debatten ausgebildet hatte, wurde 1988 deutlich, als Bundestagspräsident Philipp Jenninger – wiederum zu einem fünfzigsten Jahrestag, nämlich der antisemitischen Pogrome vom November 1938 – über die gewählte Sprache, mit der er die

NS-Zeit beschrieb, sein Amt verlor. Dabei wurden Jenninger keinesfalls nationalsozialistische Sympathien vorgehalten, sondern ausschließlich die Verletzung von Sprachkonventionen. Seine sprachliche Normverletzung wurde sanktioniert, und das war neu in der Geschichte der Bundesrepublik.¹³

Als in den frühen 1990er-Jahren die Kritik an der „political correctness“ aus den USA in die Bundesrepublik schwappte, griffen deutsche Konservative und Rechte dann auch die Normierung des Sprechens über den Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte an. Das Argument gegen historisch korrektes Sprechen war altbekannt: Durch Sprachkritik und Sprachpolitik werde eine angebliche linke Dominanz über die politische Sprache zementiert und die Meinungsbreite in unzulässiger Weise eingeschränkt. Aber auch die Normierungsbefürworter argumentierten demokratietheoretisch. Die Regulierung der politischen Sprache, so Jürgen Habermas 1999, sei eine „wesentliche Voraussetzung für die allmähliche Verfertigung einer liberalen, über tiefe innenpolitische Gräben hinweg erkämpften politischen Kultur“.¹⁴

HOHE SPRACHLICHE SENSIBILITÄT

Wenn sich die AfD gegenwärtig als politisch unkorrekt hervortut, schließt sie an Muster an, die in der neuen Rechten seit 1945 verankert sind. Ihre sprachpolitische Strategie verfängt, weil die politische Kultur der Bundesrepublik von einer hohen sprachlichen Sensibilität geprägt ist. Die Sorge um die Stabilität der Demokratie sitzt tief. Eine angemessene politische Sprache für die Demokratie zu finden, gehört zu den zentralen Themen der Geschichte der Bundesrepublik und stellt zugleich bis heute eines ihrer umstrittensten Felder dar. Was in der Demokratie sagbar oder nicht-sagbar sein darf, muss beständig neu verhandelt werden. Die aktuellen Debatten bezeugen mithin, wie tief sich die deutsche Geschichte in die politische Sprache eingegraben hat. Zugleich sind sie aber auch Beweis für die Lebendigkeit der Demokratie in der Bundesrepublik.

Literaturhinweis

Martina Steber: Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Berlin/Boston 2017.

¹ Frank-Walter Steinmeier: ZDF-Sommerinterview, 08.07.2018.

² Vgl. Victor Klemperer: LTI. Notizbuch eines Philologen, 24., völlig neu bearbeitete Auflage, Stuttgart 2010.

³ Dolf Sternberger / Gerhard Storz / W. E. Süskind: Aus dem Wörterbuch des Unmenschen, München 1962, S. 9 (Vorbemerkung 1945).

⁴ Ansprache des Bundeskanzlers anlässlich der Einweihung des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, 28.09.1951, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Pressemitteilung Nr. 866/51; www.konrad-adenauer.de/quellen/reden/1951-09-28-ansprache-bundesverfassungsgericht [letzter Zugriff am 03.05.2019].

⁵ Marion Gräfin Dönhoff: „Das Ende der Konservativen“, in: Die Zeit, 08.07.1960.

⁶ 16. Bundesparteitag der CDU, Berlin 4.–7. November 1968. „Unser Auftrag: Deutschland“, hrsg. von der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn [1968], S. 56.

⁷ Vgl. Herbert Marcuse: Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, 3. Auflage, München 1998, bes. S. 104–123.

⁸ 41. Bergedorfer Gesprächskreis „Sprache und Politik“, Hamburg-Bergedorf. Bergedorfer Schloss, Protokoll (1972), S. 11, www.koerber-stiftung.de/fileadmin/user_upload/koerber-stiftung/redaktion/bergedorfer-gespraechskreis/pdf/import/bnd_41_de.pdf [letzter Zugriff am 25.06.2019].

⁹ Vgl. Willy Brandt: „Die Alternative“, in: ders. u. a. (Hrsg.): Zwanzig Jahre Bundesrepublik. Zehn Jahre Godesberger Programm der SPD, Bonn 1969 [= Die Neue Gesellschaft 16 (1969), Sonderheft], S. 4; Bruno Heck: „Demokraten oder Demokratisierte? Eine notwendige Auseinandersetzung“, in: Die Politische Meinung 14/128 (1969), S. 11–18; vgl. dazu Martina Steber: „Sorge um die Demokratie. Deutsche und britische Konservative und das linke Demokratieprojekt in den 1970er Jahren“, in: Axel Schildt / Wolfgang Schmidt (Hrsg.): „Wir wollen mehr Demokratie wagen“. Antriebskräfte, Realität und Mythos eines Versprechens, Bonn 2019, S. 219–238.

¹⁰ Vgl. u. a. Volker Weiß: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017.

¹¹ Vgl. Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. 1982–1990, München 2006, S. 466–491.

¹² Vgl. Gunnar Sandkühler: „Die sprachpolitische und juristische Auseinandersetzung: Historische und politische Grundlagen der Political Correctness in der frühen Bundesrepublik“, in: Lucian Hölscher (Hrsg.): Political Correctness. Der sprachpolitische Streit um die nationalsozialistischen Verbrechen, Göttingen 2008, S. 54–59.

¹³ Vgl. ausführlich Thomas Mittmann: „Vom ‚Historikerstreit‘ zum ‚Fall Hohmann‘“, in: Hölscher (Hrsg.), Political Correctness, S. 68–76.

¹⁴ Jürgen Habermas: „Der Zeigefinger. Die Deutschen und ihr Denkmal“, in: Die Zeit, 31.03.1999.

Die neue Aufklärung

Über das Ende des Belehrens

BERNHARD PÖRKSEN

Geboren 1969 in Freiburg im Breisgau, Professor für Medienwissenschaften und stellvertretender geschäftsführender Direktor des Instituts für Medienwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen.

In einer Zeit, in der ein amerikanischer Präsident als Dauerproduzent von Fake News auffällt und sich diffuse Gerüchte blitzschnell in gefühlte Gewissheiten verwandeln, wird deutlich, dass es eine brisante Gefährdung der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Debatte gibt. Man könnte diese Diskurs-

bedrohung mit dem Schriftsteller Heinrich Mann das *Ententeich-Problem* nennen. Denn es war Heinrich Mann, der 1938 darüber nachdachte, ob er sich mit dem Kommunisten Walter Ulbricht gegen die gemeinsam verabscheuten Nationalsozialisten verbünden wolle. Mann meinte, dies sei leider unmöglich. „Sehen Sie“, so lautet sein Bonmot, „ich kann mich nicht mit einem Mann an einen Tisch setzen, der plötzlich behauptet, der Tisch, an dem wir sitzen, sei kein Tisch, sondern ein Ententeich, und der mich zwingen will, dem zuzustimmen.“

Heute ist das Ententeich-Problem für jeden, der im Internet auch nur eine halbe Stunde zwischen Donald Trumps Twitter-Account, den Seiten der sogenannten Klimaskeptiker und hysterischen oder frei erfundenen Facebook-Postings hin und her surft, zur Alltagserfahrung geworden. Aber was bedeutet es, wenn Konflikte in einer Gesellschaft nicht mehr aus schlichten

Meinungsverschiedenheiten bestehen, sondern darauf basieren, dass man nicht einmal mehr die grundlegenden Standards der Wahrheitsfindung und Argumentation teilt, also eine Art *Polarisierung zweiter Ordnung* beherrschend wird? Heinrich Mann hat dieses Problem erkannt und sich entschieden, nicht weiter mit Walter Ulbricht zu sprechen. So verständlich es individuell und im Konkreten sein mag, das Gespräch abubrechen oder zu verweigern, so muss man doch sagen: Gesellschaftlich wäre das keine empfehlenswerte Lösung.

Aber was wäre eine? Worin könnte sie bestehen? Ich denke, dass am Beginn einer echten Lösungssuche ein doppeltes Eingeständnis stehen müsste. Zum einen ist die Zeit der einfachen Ursache-Wirkung-Beschreibungen vorbei, wenn es sie denn jemals gab. Die gegenwärtige Wahrheits- und Diskurskrise ist systemisch bedingt. Sie ergibt sich aus einem Zusammenspiel unterschiedlichster Entwicklungen, aus einem explosiven Gemisch von Globalisierungsfurcht und Abstiegsangst. Sie wird befeuert durch die perfekt orchestrierte Propaganda von Demagogen und Populisten. Diese haben begriffen, wie sie Misstrauen schüren, einen ohnehin vorhandenen Vertrauensverlust verstärken und die Experten und Stichwortgeber der verhassten Eliten attackieren.

Zum anderen werden, darin bestünde das zweite Eingeständnis, die momentan so drängend erscheinenden Wahrheits- und Wissenskrisen nicht mehr verschwinden. Sie sind, neben aktuellen Anlässen und dem sehr realen Empfinden von Ungerechtigkeit, Ausdruck und Folge einer neuartigen Infrastruktur von Information, ein Tiefeneffekt digitaler Vernetzung. Die Grenzen des Sagbaren und Konsensfähigen sind dabei, sich rasant zu verschieben. Der Grund ist auch, dass sich die allgemein menschliche Isolationsfurcht bei der Äußerung extremer Ansichten im Schutz einer virtuellen Gruppe abstreifen und die Sehnsucht nach Bestätigung barrierefrei einlösen lässt. Heute spricht jeder, alle können sich öffentlich äußern und sich zu einer bloß gefühlten oder aber politisch wirkungsvollen Macht verbünden.

PULVERISIERTE WAHRHEITSMONOPOLE

Neutral formuliert, lässt sich vor diesem Hintergrund konstatieren, dass die Unterscheidung von *orthodoxem* und *heterodoxem* Wissen und die Differenz von Diskurszentrum und Diskursperipherie labil geworden ist oder eher porös. Weniger neutral gestimmt, muss man feststellen, dass längst jede Menge maximal abseitiger Ansichten öffentlich werden. Ein Begriff des Politikwissenschaftlers Joseph P. Overton erlaubt es, die Befunde weiter zu präzisieren. Auf ihn geht die Idee des sogenannten *Overton window* zurück. Es handelt sich um eine Art Meinungs- und Äußerungskorridor, der die Grenze des sanktionsfrei Sagbaren und des öffentlich Akzeptablen markiert. Wird das Gesagte als vernünftig, als überlegt und klug beschrieben? Oder etikettiert man eine Äußerung als zu radikal, als undenkbar, menschenverachtend?

In der Mediendemokratie der vordigitalen Zeit wurde dieses Maß für das Erlaubte primär von Journalistinnen und Journalisten und den Protagonisten einer gesellschaftlichen und politischen Elite definiert, deren Äußerungsformen implizit stets eine metakommunikative Zusatzbotschaft enthielten: „So (und nur so) kann man öffentlich sprechen!“ Auf diese Weise legte man hintergründig fest, welche Positionen noch vertretbar schienen und welche als komplett unvernünftig, ideologisch und allzu radikal gelten mussten. Das war, so lässt sich sagen, eine öffentlich zelebrierte Stilkunde, eine leise paternalistische Unterweisung, die von den Spielregeln des großen öffentlichen Gesprächs selbst handelte, illustriert am konkreten Fall. Wer gegen den allgemeinen Konsens des Sagbaren verstieß, der wurde nicht toleriert, er wurde angegriffen, kritisiert. Es gab vergleichsweise mächtige Zentralinstanzen der Debatte (zum Beispiel in Gestalt von Zeitungen), die Themen setzen, durch große, zentrierende Gesten einen Fokus bilden, aber eben auch über die Einhaltung von Tabus wachen konnten.

VOM „GATEKEEPING“ ZUM „GATEREPORTING“

In den offenen Diskursräumen der Empörungsdemokratie ist hingegen, wie etwa die Netzsoziologin Zeynep Tufekci diagnostiziert, das *Overton window* zerbrochen, weil die Macht der klassischen *Gatekeeper* schwindet und die Möglichkeit fehlt, die radikal abweichenden Ansichten und bisher nicht artikulierbaren Standpunkte offensiv auszugrenzen. Das ist prinzipiell eine ambivalente Nachricht – und im Konkreten manchmal beunruhigend. Aber es bedeutet in jedem Fall, dass die ohnehin archaische Idee eines Wahrheitsmonopols im digitalen Zeitalter vor aller Augen pulverisiert wird. Die alte, stärker hierarchisch strukturierte Medien- und Wissenswelt stellte, eben weil sie von vergleichsweise mächtigen *Gatekeepern* geprägt wurde, eine implizite Stütze klassischer Autorität und traditioneller, wissenschaftlicher Wahrheitskonzepte dar, die heute sehr viel mehr auf Akzeptanz und Konsens angewiesen sind.

Was heißt das für Wissenschaftler? Was heißt das für Journalisten, für Lehrer und für Bildungsverantwortliche gleich welcher Couleur, also für all diejenigen, die die Vermittlung von Wissen professionell betreiben? Es bedeutet, dass sie heute allesamt eine Art Zweitberuf ausüben müssen, denn es reicht nicht mehr, aufzuklären, indem man Wissen bereitstellt. Notwendig geworden ist eine *Aufklärung zweiter Ordnung*, die neben der Vermittlung von Inhalten systematisch auch über die Prozesse ihres Zustandekommens informiert und offensiv für die eigenen Rationalitätskriterien wirbt. Das klassische *Gatekeeping* muss durch das *Gatereporting* (Hanne Detel) ergänzt werden.

Was ist damit gemeint? *Gatekeeping* betreiben heißt, Information auszuwählen, sie überhaupt als relevant auszuzeichnen. Das ist die klassische, nach wie vor unverzichtbare Kernkompetenz in einer Zeit, in der Gerüchte

und gefährlicher Nonsens blitzschnell zirkulieren. *Gatereporting* betreiben hingegen bedeutet, die eigenen Auswahlkriterien und Quellen offenzulegen und sich um die selbstreflexive, transparente, dialogisch orientierte Begründung von Relevanz, Stichhaltigkeit und Objektivitätsanspruch zu bemühen. Bildungsverantwortliche und Wissensarbeiter in Schulen und Hochschulen, in Redaktionen und in öffentlichen Debatten müssen heute nicht mehr nur verkünden, was sie selbst für richtig halten, sondern selbst zu Dolmetschern ihrer Disziplin werden und sich als kraftvolle Vermittler ihrer Profession begreifen, die Metarezepte der Wissensüberprüfung und etablierte Spielregeln der Faktenrecherche mitliefern. Sie müssen wieder und wieder erklären, wie sie arbeiten und warum sie sagen, was sie sagen. Es gilt überdies, das Prinzip des *Gatereporting* unerschrocken auch auf die Mächte der Gegenaufklärung anzuwenden, sie ohne falsche Scheu zu attackieren.

Wir brauchen auf dem Weg zu einer neuen Aufklärung notwendiger denn je eine angstfreie, wissenschaftlich gestützte Machtanalyse und Ideologiekritik, die fassbar werden lässt, wer auf intransparente Weise Informationsströme algorithmisch lenkt, im Netz und anderswo Propaganda betreibt, von Stimmungsmanipulation, Fake News und Social Bots ökonomisch oder politisch profitiert, Pseudo-Experten oder scheinbar neutrale Graswurzelorganisationen (*Astroturfing*) aufbaut. Selbstverständlich lässt sich auf diese Weise nicht jeder erreichen. Aber was wäre die Alternative? Eine „Gnosokratie“, wie ein Wissenschaftler in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vor einiger Zeit schrieb? Gemeint war – und dies nicht als Glosse, sondern als ein ernst gemeinter Vorschlag – die Kopplung des allgemeinen Wahlrechts an einen offiziellen Wissens- und Kompetenztest, durchgeführt von der Bundeszentrale für politische Bildung („Wer besteht, darf wählen“).

Nein, man kann eine Demokratie nicht retten, indem man ihre Abschaffung empfiehlt, für den Aufbau von Wahrheitsministerien und die Inthronisierung von Philosophenkönigen plädiert. Das demokratische Prinzip und das Konzept von Bildung leben elementar von der Idee des mündigen Bürgers – bis zum absolut endgültigen Beweis des Gegenteils. Und eine paternalistisch regierte Wahrheitswelt kann sich bei allem Erschrecken über das gegenwärtige Kommunikationsklima niemand wünschen. Was für liberal gesinnte Geister bleibt, ist die manchmal beglückende und manchmal schreckliche Sisyphusarbeit des Diskurses, die nun überall stattfinden muss – selbst an den rutschigen Ufern eines Ententeichs, den ich selbst mit absoluter Sicherheit für einen Tisch halte.

Der Beitrag basiert auf einem Essay für die Wochenzeitung „Die Zeit“ und die aktuelle Buchveröffentlichung des Autors „Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung“ (Hanser Verlag, München 2018).

Medienrevolution und Sprache

Über „Sprachverrohung“ und die Auswirkungen von Digitalisierung

HENNING LOBIN

Geboren 1964 in Lüneburg, Professor für Germanistische Linguistik an der Universität Mannheim, Direktor des Leibniz-Instituts für Deutsche Sprache. Zuletzt erschien von ihm „Digital und vernetzt. Das neue Bild der Sprache“ bei Metzler (2018).

Es scheint schlimm zu stehen um den Sprachgebrauch, besonders den politischen, wenn sich Lehrerverbände, Schriftsteller und selbst der Bundes-

präsident besorgt äußern. Von „Sprachverrohung“ ist allenthalben die Rede. Inwieweit ist diese Besorgnis durch die Forschung gedeckt?

Henning Lobin: Die internetbasierten Medien lassen erstmals fassbar werden, was zuvor zumindest wissenschaftlich nicht wahrgenommen werden konnte: die Art und Weise, wie sich Menschen spontan zu bestimmten Themen austauschen. Dieser Austausch findet in Gesprächen,



Foto: © Henning Lobin, Fotograf: T. W. Klein

etwa am viel zitierten Stammtisch, seit jeher statt. Aber erst unter den neuen Kommunikationsbedingungen besteht die Möglichkeit, dabei gewissermaßen mitzuhören. Insofern gibt es bei der Frage, ob Tendenzen einer sogenannten „Sprachverrohung“ erkennbar sind, das methodische Problem einer fehlenden Vergleichsgröße.

„Hate Speech“ wäre demnach möglicherweise gar nichts Neues?

Henning Lobin: „Hate Speech“ hat es schon immer gegeben. Aber ihre Wahrnehmbarkeit ist heute eine andere. Mit den vernetzten digitalen Medien ist es möglich, sich mit anderen, die ähnliche Meinungen

vertreten, zu verbinden und Gruppeneffekte zu erzeugen. So werden ganze kommunikative Lawinen ausgelöst.

Würden Sie Durs Grünbein widersprechen, der eine „ganz klare Radikalisierung“ erkennt?

Henning Lobin: Was die mediale Seite betrifft, würde ich keine klare Radikalisierung sehen. Mit Blick auf parlamentarische Debatten ist aber durchaus nachweisbar, dass sehr polarisierende Äußerungen viel häufiger getätigt werden und mit dem Instrument der Provokationen gearbeitet wird. Auch das hat es schon früher gegeben, wenn Sie etwa an Herbert Wehner, Franz Josef Strauß oder Joschka Fischer

denken. Aber es verband sich mit bestimmten Persönlichkeiten. Heute ist es oftmals bereits auf der mittleren politischen Ebene eine Methode der Positionierung und des Sammelns der eigenen Truppen, der Konfrontation mit dem Gegner.

Bei all den Schmähungen und Beleidigungen in den Sozialen Medien liegt der Eindruck einer Radikalisierung doch nahe. Deshalb die Nachfrage: Ist das Netz nicht doch weit mehr als ein Ventil altbekannter Wut und Aggression – ist es nicht eher ein Katalysator für immer neue Empörungsspiralen?

Henning Lobin: Ich bin keineswegs der Meinung, dass alles schon da gewesen und harmlos ist, was dort passiert. Aber mit den Sozialen Medien gibt es zunächst einmal eine neue Qualität der Kommunikation: nämlich die durchaus positiv zu beurteilende Möglichkeit der Vernetzung, die es beispielsweise erlaubt, einzelnen Äußerungen eine sehr große Reichweite zu verleihen. In Vor-Internetzeiten war es vielleicht Zeitungsjournalisten vorbehalten, ähnliche publizistische Wirkungen zu erzielen. Erst kürzlich konnten wir sehen, was für einen Einfluss ein YouTube-Video auf den Europawahlkampf gewinnen konnte. Für die Linguistik stellt sich dabei die sehr interessante Frage, ob sich Sprachwandelphänomene in solchen vernetzten Gemeinschaften womöglich anders darstellen.

Die Debatten für jeden Einzelnen zu öffnen, klingt demokratisch. Aber eine partikularisierte Öffentlichkeit könnte ja auch den Zerfall derselben bedeuten. Was bleibt am Ende, wenn die strukturierende, qualitätssichernde und somit filternde Funktion beispielsweise des

Journalismus entfällt – einer Profession, die man ja nicht grundlos über Jahre erlernen muss? Oder einfacher gefragt: Droht in einer partikularisierten Öffentlichkeit der Verlust der „gemeinsamen Sprache“?

Henning Lobin: Da ist eine aus meiner Sicht naheliegende Veränderung im Gange, nachdem bestimmte „Gatekeeper“ die öffentliche Kommunikation lange geprägt haben. Die „gemeinsame Sprache“ fehlt doch schon heute, denn wir haben es mit einer Reihe von Teilöffentlichkeiten zu tun, die ihre eigenen Kommunikationsformen entwickelt haben. Was sich an Rezos Video sehr gut beobachten lässt, ist, dass eine neue Art der Sprache in die politische Kommunikation Einzug hält. Das irritiert manchen, weil wir sehr stark dadurch geprägt sind, wie öffentlich-rechtliche Medienangebote und große, renommierte Tageszeitungen über Politik berichten.

Rezo spricht seine Zuhörer mit „Du“ an und bringt Wertungen so zum Ausdruck, dass sie die Zuhörer tangieren: Von „krassen Problemen“ ist die Rede, und er macht deutlich, welchen Einfluss bestimmte politische Themen auf die unmittelbare Lebenswelt haben. Abstrakte Begriffe wie „soziale Gerechtigkeit“ übersetzt er griffig: „Wenn du aus einer ärmeren Familie kommst, dann solltest du doch genau die gleichen Chancen haben wie jemand, der reiche Eltern hat.“

Insofern sehe ich vor allem die Möglichkeiten – auch für eine große Volkspartei, die über neue Kanäle mit einer anderen Sprache auch andere Wählergruppen ansprechen kann. Doch ist das eine langfristige Aufgabe, denn es müsste eine Plattform geschaffen werden, in der sich

die authentische Vermittlung eigener Themen entwickeln kann. Das ja zuweilen als „Seniorensender“ bezeichnete ZDF macht es mit dem digitalen Angebot „Funk“ vor.

Medienrevolutionen haben schon früher neue Formen der Auseinandersetzung, auch der persönlichen Herabsetzung, hervorgebracht – denkt man etwa an den Buchdruck oder die Flugblätter zur Lutherzeit. Was hebt die digitale Revolution mit Blick auf die Sprache von früheren medialen Quantensprüngen ab?

Henning Lobin: Aufgrund des medialen Wandels verschieben sich auch die Auffassungen über Sprache. Die Erfindung des Buchdrucks hat den Fokus deutlich auf die Normierung und Standardisierung der Sprache gelenkt – in einem Sprachraum, der damals von Dialekten geprägt war. Verleger und Autoren hatten ein nachvollziehbares publizistisches und wirtschaftliches Interesse an der Vereinheitlichung.

Heute hat die Digitalisierung weitreichenden Einfluss auf Sprachgebrauch und -entwicklung: durch die Automatisierung, also die maschinelle Erzeugung von Sprache und Texten durch den Computer; die Medienintegration, wenn alles in einem Speicher zusammenläuft und so die Verbindung verschiedener Medien enorm erleichtert wird. Der dritte wesentliche Faktor ist die Sozialität aufgrund der Vernetzung. Und der vierte Aspekt geht zurück auf die extrem erhöhte Verfügbarkeit von Informationen und die enorm vereinfachten Prozesse, diese zu erzeugen und weiterzuverbreiten: Ich habe eine Demonstration radikaler Gruppen live und parallel auf Twitter verfolgt. Menschen, die mit der einen Hand Fahnen schwenkten, stell-

ten quasi gleichzeitig mit der anderen per Smartphone Fotos und Textnachrichten her und publizierten sie. Das ist eine radikal veränderte Schreib- und Lesesituation, die es zuvor in dieser Form noch nicht gegeben hat.

Wenn auch radikale Überzeugungen überall und zu jeder Zeit verbreitet werden können, stellt sich die Frage, wie demokratische Institutionen auf diesen Ansturm reagieren können: gehalten und twittern, bis der Arzt kommt? Oder eher den Windschatten suchen und auf Entschleunigung und Substanz setzen?

Henning Lobin: Es kann keinesfalls darum gehen, wild in der Gegend herumzutwittern. Wenn man einen Nutzen aus den neuen Möglichkeiten ziehen will, ist ein Konzept notwendig, das genau umreißt, was man auf welchem Kanal kommunizieren will. Die verschiedenen Kanäle haben ihre eigenen Qualitäts- und Authentizitätsanforderungen, gerade auch inhaltlicher Art. Sie müssen richtig zugeordnet und aufeinander bezogen werden. In der wissenschaftlichen Kommunikation wird derzeit hinterfragt: Was twittern wir? Was bloggen wir? Was publizieren wir auf herkömmlichem Wege?

Für die politische Kommunikation ergibt sich die gleiche Fragestellung, und sie ist von entscheidender Bedeutung: Manche Parteien, Bewegungen und Gruppierungen setzen inzwischen auf nichts anderes als auf die Mobilisierung durch Soziale Medien. Insofern kommt es auch für die „etablierten“ Parteien oder auch politische Stiftungen darauf an, ein wirklich klares Konzept zu entwickeln und zu verfolgen. Es geht darum, seriös und

substanziell zu bleiben und trotzdem möglichst viel Aufmerksamkeit auf die eigenen Positionen und Inhalte zu lenken. Man kann durchaus auch seriös twittern und eine seriöse Facebook-Präsenz aufbauen, die Netzwerkeffekte erzielt.

Zurück zur Frage der „Sprachverrohung“: Was halten Sie von der gewagten These, dass eine erhöhte Sprachsensibilität das Verlangen nach verstärktem Tabubruch nach sich zieht?

Henning Lobin: Grundsätzlich ist Sprachsensibilität etwas Vernünftiges, das beispielsweise durch entsprechende Bildungsprozesse und -ziele angestrebt werden sollte. Wenn damit aber – sagen wir – eine überhöhte oder missverständliche Sprachsensibilität gemeint ist, ist der Bereich faktischer Sprachverbote angesprochen. Diese sind in Ausnahmefällen wie bei der Holocaustleugnung legitim und sogar strafrechtlich bewehrt. Wenn, davon abgesehen, aber der Eindruck von Übertreibungen entsteht – und wir haben dieses Phänomen aufgrund von Polarisierungseffekten vermehrt zu verzeichnen –, dann ist es, glaube ich, eine Art menschliche Grundeigenschaft, sich gelegentlich dagegen aufzulehnen.

Im Allgemeinen geht es um das Spiel mit Tabubrüchen und ihrer kontrollierten Überschreitung, die wiederum beabsichtigte kommunikative Reaktionen auslöst und insofern Teil des Diskurses ist. Es wird dann problematisch, wenn einerseits die Hürden zu hoch gesetzt und andererseits die Reaktionen zu gewaltig werden.

Der Dichter Marcel Beyer sah in der Verwendung des Begriffs „Volk“ ein Anzeichen für die nach seiner Ansicht

besorgniserregenden Tendenzen im Sprachgebrauch ...

Henning Lobin: Um das Wort „Volk“ braucht man sich keine Sorgen zu machen, und zwar nicht etwa, weil die Kritik daran nichts fruchtet, sondern weil das Wort sehr häufig – gerade *nicht* im „völkischen“ Sinne – verwendet wird. Wer beispielsweise im Digitalen Wörterbuch der Deutschen Sprache nachschlägt, findet fünf Grundbedeutungen, die, wenn man sich die tatsächlichen Verwendungsfälle ansieht, ständig vorkommen und in sehr vielen inhaltlichen Bereichen praktiziert werden. Bei Google-Suchanfragen, auf Twitter lässt sich nachverfolgen: Jeden Tag wird das Wort oft verwendet. Allein im gerade gefeierten Grundgesetz erscheint es 45 Mal als solches oder in Zusammensetzungen. Wenn die einen seine Verwendung kritisieren und andere seine historisch belastete Verwendungsvariante wieder herausstellen wollen, ist das eine Auseinandersetzung, die an der Wirklichkeit der Verwendung dieses Wortes weit vorbeigeht.

Gibt es die Gefahr, bestimmte Begriffe zu stigmatisieren? „Heimat“ ist ein Beispiel: Vor Jahren galt es vielen als verpönt, heute nennen sich selbst trendige Werbeagenturen so. Muss man also an Worten arbeiten, damit sie nicht bestimmten Gruppen überlassen bleiben?

Henning Lobin: Das könnte man sagen, gerade bei einem Begriff, der ebenso wie das Wort „Volk“ ein breites Spektrum alltäglicher Verwendungsweisen besitzt. Politisch motivierten Aufladungsversuchen lässt sich gerade dadurch begegnen, dass

man das Wort erst recht und in seiner gesamten Bandbreite verwendet, sodass die spezifische, möglicherweise tatsächlich anrühige Bedeutung in den Hintergrund tritt.

Ich gehöre dem Jahrgang 1964 an und erinnere mich gut daran, dass in den 1980er-Jahren die deutsche Teilung für viele als eine unumstößliche Gewissheit galt und das Wort „Deutschland“ in Kreisen jüngerer Erwachsener kaum verwendet werden konnte. Seine Verwendung ohne ein vorgeschaltetes „Bundesrepublik“ kam damals schon einem politischen Statement gleich. Durch den Prozess der Wiedervereinigung und die Tatsache, dass unser Land nun einmal „Deutschland“ heißt und nicht mehr von einem anderen deutschen Staat abgegrenzt werden muss, hat es einen völlig neutralen Verwendungszusammenhang bekommen, der keinerlei spezifische Aussage mehr beinhaltet. Das ist ein Beispiel dafür, wie die Aufladung eines Begriffs durch veränderte Rahmenbedingungen und die Intensität der Verwendung „zurückgedreht“ werden kann.

Was ist mit dem Ausdruck „weiße alte Männer“ gemeint und beabsichtigt? Das ist doch „Framing“ – also die Konstruktion eines Deutungsrahmens, in dem Worte eine bewusst manipulative oder pejorative Bedeutung erhalten.

Henning Lobin: Auf alle Fälle ist es ein Phraseologismus. Es soll, und insofern ist es auch ein Frame, die Vorstellung von einem Mann evoziert werden, der seinen beruflichen Werdegang erfolgreich hinter sich hat, über Einfluss und Wohlstand verfügt und aus dieser Position und Perspektive heraus Bewertungen äußert und Entscheidungen trifft. Es handelt sich also

nicht um die Position und Perspektive junger, vielleicht nicht weißer Menschen, nicht von Frauen oder Personen, die andere geschlechtliche Identitäten besitzen. Auf „alte weiße Frauen“ könnte niemand unwidersprochen öffentlich verweisen. „Alter weißer Mann“ wird deshalb noch akzeptiert, weil es hier – so wird es wohl wahrgenommen – keine Gruppe trifft, die als schwach eingeschätzt wird, sondern eine Majorität besitzt und über Möglichkeiten verfügt, sich zu wehren.

In einer Analyse für die Konrad-Adenauer-Stiftung warnen Sie vor einem übermäßigen Gebrauch von Metaphern in der politischen Kommunikation und regen an, häufiger auf sie zu verzichten. Warum?

Henning Lobin: Metaphern sind ein Mittel sprachlicher Gestaltung, bei dem ein Inhaltsbereich auf einen anderen übertragen wird. Oftmals lässt sich so ein besseres Verständnis erzielen – beispielsweise, indem etwas Abstraktes oder Unbekanntes mit dem eigenen Erfahrungsbereich verbunden wird. Wenn ich etwa „Weltraumtaxi“ sage, weiß jeder, was gemeint ist, ohne dass er sich in der Raumfahrt auskennen müsste. In der politischen Kommunikation werden Metaphern nicht allein dazu genutzt, das Verständnis eines Sachverhalts zu erhöhen, sondern der Wahrnehmung eine bestimmte Deutung und Richtung zu geben. In Wahlkämpfen etwa ist diese Strategie sicherlich nicht verkehrt. Aber im politischen Tagesgeschäft sollte sie nicht überbordend verwendet werden.

Mir geht es insbesondere um die parlamentarische Auseinandersetzung – dass dabei also nicht hochkomplexe Problemlagen mit dem zu groben Zuschnitt von

Metaphern vereinfacht werden und dadurch tatsächliche Lösungswege aus dem Blick geraten. Die Klima-, Renten- oder auch Sicherheitspolitik lassen sich nicht ohne Weiteres in einfache Bilder kleiden. Es schadet, wenn man auf Kosten der vielschichtigen inhaltlichen Substanz einer Fragestellung ihre Greifbarmachung in den Vordergrund rückt. Politische Ehrlichkeit und Seriosität hängen davon ab, dass man dies gerade *nicht* tut. Die großen Reden von Bundespräsidenten beispielsweise sind geprägt von einer intensiven rhetorischen Überformung, vereinfachende Metaphorik findet sich hingegen so gut wie gar nicht.

Die zentrale Frage ist doch, wie viel Zugkraft sachlichen Argumenten noch zuzutrauen ist, wenn Populisten Vereinfachung und Emotion dagegen setzen?

Henning Lobin: Mit scheint es sehr wichtig, Diskursethik weiterhin als eine Grundlage der politischen Auseinandersetzung zu praktizieren. Seit Jahrzehnten versetzt dies die politisch Handelnden in die Lage, Probleme zu lösen – bestimmt nicht immer im Konsens, aber meist auf der Basis von Kompromissen. Selbst wenn es populistische Gegenstrategien gibt: Politische Kommunikation sollte auf Klarheit und Sachlichkeit basieren, andere Positionen ernst nehmen und den Diskurspartner schätzen. Es gibt keine andere Wahl.

Dann ist die politische Kommunikation also auf dem Holzweg, wenn sie

beispielsweise Gesetzen einschmeichelnde Namen gibt? Sie kennen Beispiele: „Gute-Kita-Gesetz“, „Starke-Familien-Gesetz“, „Respektrente“ ...

Henning Lobin: Damit ist man sicherlich auf dem Holzweg. Das sind Namen, bei denen jeder halbwegs verständige Mensch sofort die Framing-Absicht erkennt. Die allerwenigsten Menschen wollen aber so „geframt“ werden – also einer solchen psycholinguistisch mehr oder weniger gut funktionierenden Einflussnahme ausgesetzt sein. Es mag ja sein, dass das zur Mobilisierung der eigenen Leute, vielleicht zur Erinnerung an das ursprüngliche Ziel dieses Gesetzesvorhabens, funktioniert. Aber man setzt sich dem Risiko aus, dass bestimmte Aspekte, die auch in dem Gesetz eine Rolle spielen, in den Hintergrund treten – das ist beim Framing immer so.

SPD-Mitglieder haben mit dem Wort „Starke-Familien-Gesetz“ vermutlich kein Problem, weil sie es bereits aus ihren Ortsvereinsitzungen, Parteipublikationen und Werbematerialien kennen. Aber ich kann mir kaum vorstellen, dass die Wählerinnen und Wähler auf der Straße es über die Lippen bringen. Menschen wollen sich nicht manipulieren lassen. Es ist eine anspruchsvolle redaktionelle Aufgabe, einprägsam zu formulieren, worauf ein Gesetz im Kern abzielt, was damit politisch und rechtlich erreicht werden soll – ohne die Bezeichnung dadurch manipulativ zu infizieren.

Das Gespräch führte Bernd Löhmann am 20. Mai 2019.

Das „unmögliche“ Wörterbuch

Der Duden dokumentiert, kommt aber ohne Wertungen nicht aus

KATHRIN KUNKEL-RAZUM

Geboren 1959 in Potsdam, promovierte Germanistin, Leiterin der Dudenredaktion.

Ich schreibe den Anfang dieses Artikels auf einer Dienstreise, die mich nach Bloomington (Indiana) führt. *Duden* in Indiana? Die Dudenredaktion ist eingeladen, auf der alle zwei Jahre

stattfindenden Tagung der *Dictionary Society of North America* über die Gewinnung und Auswahl von neuen Wörtern, sogenannten Neologismen, für den Duden zu sprechen. Versammelt sind hier Lexikografinnen und Lexikografen aus aller Welt, um über das gleiche Thema zu ihren Wörterbüchern zu sprechen. Der Unterschied: Viele dieser Wörterbücher aus anderen Ländern

haben, weil sie von nationalen Akademien er- und bearbeitet werden, einen offiziellen Nationalstatus, und es handelt sich immer um Bedeutungswörterbücher. Nicht so beim Rechtschreibduden, dem ältesten und bis heute auf-lagenstärksten Duden-Wörterbuch.

Er wird seit 139 Jahren in einem traditionsreichen Privatverlag – das Bibliographische Institut wurde 1826 gegründet – verlegt und ist noch immer ein Rechtschreib- und kein Bedeutungswörterbuch, wenn auch einige Wörter kurz in ihrer Bedeutung erklärt werden. In einem streng wissenschaftlich-lexikografischen Sinne ist er ein „unmögliches“ Wörterbuch, weil er nicht konsequent nur ein Rechtschreib- oder Aussprache- oder Bedeutungswörterbuch ist. Und dennoch ist er das bekannteste, renommierteste und einflussreichste Wörterbuch Deutschlands. Wie wurde er dazu? Und wie kann er das bleiben in Zeiten, in denen computergenerierte Sprachinformationen einen immer größeren Anteil gewinnen und sich der Stellenwert von Rechtschreibung verändert? Wie arbeitet die Redaktion eigentlich – präskriptiv, also vorschreibend, oder deskriptiv, also beschreibend?

DUDENS PIONIERARBEIT

Konrad Duden (1829–1911) war Deutschlehrer sowie Gymnasialdirektor und sein besonderes Interesse galt Fragen der Rechtschreibung. In dieser Zeit gab es noch keine einheitlich geregelte Orthografie in Deutschland, und das erwies sich nach der Reichsgründung 1871 immer mehr als ein politisches und vor allem auch wirtschaftliches Hemmnis. Zwar existierten große Rechtschreibwörterbücher, zum Beispiel in Bayern und Preußen, aber keines war für den gesamten deutschen Sprachraum verbindlich. So lag Dudens Pionierarbeit darin, die bestehenden Wörterbücher zu analysieren, zu vergleichen und daraus ein eigenes Wörterbuch zu entwickeln. Von vornherein ging es „nur“ um ein Rechtschreibwörterbuch.

Nach zähen politischen Auseinandersetzungen galt dieses Wörterbuch 1902 nach der II. Orthographischen Konferenz verbindlich für die orthografischen Belange in Deutschland.¹ Österreich und die Schweiz übernahmen die Regelungen. Von Stund an war der Rechtschreibduden das verbreitetste und bekannteste Wörterbuch Deutschlands. Die Regelung der deutschen Rechtschreibung oblag bis 1996 der Dudenredaktion beziehungsweise den beiden Dudenredaktionen in Mannheim und Leipzig in den Jahren der deutschen Teilung. 1996 trat dann das amtliche Regelwerk zur deutschen Rechtschreibung, auf das sich Deutschland, Österreich, die Schweiz, Südtirol, Liechtenstein, Luxemburg und Belgien in einem internationalen Abkommen verständigt hatten, in Kraft. Seitdem setzt die Dudenredaktion dieses Regelwerk in seinen Produkten um und beteiligt sich durch Mitarbeit im Rat für deutsche Rechtschreibung an der Weiterentwicklung der Regeln.

Der Rechtschreibduden war jedoch von Anfang an immer mehr als ein Rechtschreibwörterbuch; es interessierte die Öffentlichkeit auch immer, welche Wörter in eine Neuauflage aufgenommen, welche gestrichen wurden und welche impliziten und expliziten Wertungen (damit) vorgenommen wurden. Ob Konrad Duden sich das so vorgestellt hatte, als er das Wörterbuch entwickelte?

Ein Zeitsprung: Als im Sommer 2017 die aktuelle, die 27. Auflage des Rechtschreibdudens erschien und ich aus diesem Anlass im „Morgenmagazin“ von ARD und ZDF interviewt wurde, fragte die Moderatorin nach Neuauflagen. Dazu gehörten in dieser Auflage Wörter wie *Barrierefreiheit*, *Europapolitik*, *Emoji*, *Kopftuchstreit*, aber auch *facebooken* und *tindern*.

BELASTETE UND DIFFAMIERENDE WÖRTER

Ein Wörterbuch ist immer Spiegel seiner Zeit – und für die Aufnahme eines Wortes in den Duden zählt vor allem seine Verbreitung im Sprachgebrauch über einen längeren Zeitraum und verschiedene Textsorten hinweg.² Dann erkundigte sich die „Morgenmagazin“-Moderatorin, ob wir eigentlich auch Wörter streichen würden. Wir hatten jedoch diesmal – weil wir den Platz für die in den letzten Auflagen üblich gewordenen 5.000 neuen Wörter über einen Seitenzuwachs gewonnen hatten – so gut wie nichts gestrichen. Sie merkte dann an, dass wir nach ihren Informationen doch das Wort *Sturmbannführer* getilgt hätten. Hier lag ein Missverständnis vor, das später aufgeklärt werden konnte: Dieses Wort war bereits im Zuge der Entnazifizierung des Dudens aus der 13. Auflage 1947 gestrichen worden. Für uns, aber auch für Kolleginnen und Kollegen, die an anderen Wörterbüchern arbeiten, war diese Frage Anlass, erneut zu reflektieren, welche Position wir zu historisch belasteten Wörtern einnehmen. Damit war also ein Kernpunkt unserer Arbeit berührt: Dokumentieren wir den Gebrauch der deutschen Sprache in ihrer jeweils aktuellen Beschaffenheit oder schreiben wir Wortgebrauch vor und reglementieren ihn damit?

Der Blick in die Vergangenheit zeigt: Nationalsozialistisch geprägte Wörter entfernte die Dudenredaktion 1947 umfassend. Stattdessen wurden – die Nachkriegsauflage wurde aus dem Stehsatz der 12. Auflage von 1941 heraus produziert – die durch die Streichung von *Hitler*, *Hitlergruß* und *Hitlerjunge* frei werdenden Stellen im Umbruch mit Wörtern wie *Hirtenschaft*, *Hirtentäschel* und *Hirtentum* gefüllt. Dieses Vorgehen ist dem Umstand geschuldet, dass der Druck der 13. Auflage durch die zuständige Militäradministration freigegeben werden musste und diese Freigabe für einen Band mit einem umfangreichen Naziwortschatz nicht erfolgt wäre.

Aus heutiger Sicht und nach unseren heutigen Arbeitsgrundsätzen ist die damalige Entscheidung zu hinterfragen: Zwei Jahre nach Kriegsende und

in einer Zeit intensiver Auseinandersetzung mit dem „Dritten Reich“ sowie im Rahmen der Entnazifizierung hatten Wörter wie *Hitlergruß* oder *Sturmbannführer* weiterhin eine hohe Frequenz im Auftreten und hätten damit durchaus Anspruch auf einen Platz im Duden gehabt.

Wichtig aber: Natürlich dürfen solche Wörter nicht unkommentiert im Duden bleiben, sondern nur mit dem Zusatz „nationalsozialistisch“ versehen. In dieser Weise markiert finden sich noch heute einige einschlägige Wörter im Rechtschreibduden; andere, wie *Hitlergruß* und *Sturmbannführer*, nur auf Duden online, dem umfassendsten Bedeutungswörterbuch der deutschen Gegenwartssprache. Dieses Wörterbuch stellt es sich im Unterschied zum Rechtschreibduden zur Aufgabe, jedes Stichwort durch eine Definition in seiner Bedeutung zu erklären. Damit soll unter anderem gewährleistet sein, dass Menschen Wortbedeutungen nachschlagen können und so zum Beispiel auch ältere oder neuere Wörter, die sie in einem Text finden, verstehen können.

Ebenso stehen Wörter wie *Neger* oder *Fidschi* (als diskriminierendes Schimpfwort für Menschen asiatischer Herkunft) in unseren Wörterbüchern. Diese Wörter versehen wir – dem heutigen Sprachgebrauch folgend – mit dem Hinweis, dass sie diskriminierend und deshalb heute zu vermeiden sind. Das gilt genauso für ein Wort wie *Rasse*, wenn es auf Menschen bezogen wird, antisemitischen Wortschatz und diffamierende, abwertende Begriffe neueren Datums wie *Lügenpresse* oder *Gutmensch*.

DEUTSCH-DEUTSCHE DUDENGESCHICHTE

Der Duden von 1947 war für viele Jahre der letzte gesamtdeutsche Duden. Er erschien zuerst in Leipzig und wurde dann in den westlichen Besatzungszonen lizenziert. Die Besitzer des Bibliographischen Instituts gründeten später den Verlag in Mannheim neu, sodass zwei Verlage dieses Namens nebeneinander existierten – eben in Leipzig und Mannheim – und in beiden Häusern wurden Rechtschreibduden verlegt. Während beide Redaktionen darauf achteten, dass die Rechtschreibregeln nicht zu weit auseinanderdrifteten, trug der verzeichnete Wortschatz den jeweiligen gesellschaftlichen Realitäten Rechnung.

Der erste wiedervereinigte Duden wurde 1991 vorgelegt und oft als „Einheitsduden“ bezeichnet. Er entstand auf Grundlage der Mannheimer Auflage von 1986, das heißt, die Konzeption des Buches, die Stichwortauswahl und der Artikelaufbau wurden von dort übernommen. Die Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland fanden dort also all die Wörter, die für sie neu waren und denen sie jetzt im Alltag, am Arbeitsplatz und auf den Ämtern begegneten, verzeichnet. Was aber geschah mit dem DDR-Wortschatz? Der Mannheimer Duden von 1986 enthielt rund 130 Wörter, die mit der pragmatischen Markierung „DDR“ versehen waren. Etwas über 100 davon

blieben verzeichnet, die anderen wurden gestrichen. Zu letzteren gehörten *Blauhemd*, *Thälmann-Pionier* und *Jugendwerkhof* aus dem politisch-gesellschaftlichen Bereich, aber auch Wörter aus dem Alltagsleben wie *Postmietbehälter* und *Zeitkino*. Es wurden aber rund 25 Wörter aus dem DDR-Wortschatz neu aufgenommen, sodass die Zahl der DDR-Wörter mit etwa 130 stabil blieb.³

Aber auch nicht ganz so offensichtliche Definitionsprobleme fordern uns heraus: Auf Twitter wurden wir vor einigen Wochen aufgefordert, die Definitionen von *Chefsekretärin* und *Chefsekretär* in unseren Bedeutungswörterbüchern zu überprüfen und die von *Chefsekretärin* zu aktualisieren. Sie lauteten bis dahin „Sekretärin des Chefs“ beziehungsweise „leitender Funktionär einer Organisation (zum Beispiel einer Partei, einer Gewerkschaft)“. Das Ungleichgewicht springt ins Auge, und ganz sicher ist dieses hier vermittelte Bild gesellschaftlicher Realität alles andere als wünschenswert und zementiert diese auch.

SPRACHLICHE GLEICHSTELLUNG

Die Analyse der entsprechenden Daten in unserer Sprachdatenbank – das Dudenkorpus umfasst aktuell rund 5,2 Milliarden Wortformen – bestätigt unseren Eintrag: Unter 995 Belegen für die *Chefsekretärin* gibt es nur ganz wenige, die nicht die Bedeutung „Sekretärin des Chefs“ (oder der Chefin) belegen, und unter den 73 Treffern für *Chefsekretär* finden sich genau zwei, die eher mit der Bedeutung „Sekretär eines Chefs/einer Chefin“ in Übereinklang stehen. Wir haben uns nun nach intensiven Diskussionen entschlossen, bei beiden Stichwörtern beide Bedeutungen anzugeben und die jeweils seltenere mit dem pragmatischen Marker „selten“ zu versehen, sodass die Nachschlagenden sehen, dass beide Varianten möglich und im System angelegt sind, aber unterschiedlich genutzt werden.

Dieses Beispiel steht symptomatisch für den Bereich Gleichheit in der Sprache oder auch geschlechtergerechter Sprachgebrauch, und das ist nach unserer Wahrnehmung das sprachliche Thema, das die Deutschsprechenden, zumindest in Deutschland, in den letzten Monaten am stärksten beschäftigt hat. Sprachliche Gleichstellung erschöpft sich eben nicht nur in der Frage „Gendersternchen – ja oder nein?“, also der Akzeptanz von Schreibungen wie *die Leser*innen dieses Artikels*, sondern betrifft auch die sprachliche Realisierung weiterer Geschlechter als des männlichen und weiblichen und das geschlechtergerechte Definieren.

Kommen wir zurück auf die Ausgangsfrage, ob die Dudenredaktion nun eigentlich präskriptiv oder deskriptiv arbeitet. Hier muss man genau unterscheiden, worüber wir sprechen: Hinsichtlich der Rechtschreibung sind der Rechtschreibduden und alle anderen Wörterbücher klar präskriptiv

ausgerichtet. In ihnen setzen wir die Regeln, wie sie vom Rat für deutsche Rechtschreibung im amtlichen Regelwerk und dem dazugehörigen Wörterverzeichnis vorgegeben werden, im jeweils aktuellen Stand um. Da bei vielen Wörtern (etwa 3.000 der im Rechtschreibduden verzeichneten) Schreibvarianten erlaubt sind (*Delfin – Delphin*), gibt die Redaktion seit der 24. Auflage von 2006 Empfehlungen, welche Variante gewählt werden sollte, um einen einheitlichen Schreibstil in Dokumenten sicherzustellen. Damit greift sie eine alte Tradition wieder auf, die auch schon Konrad Duden in seinem Buchdruckerduden umgesetzt hatte.

Im Bereich der Grammatik sind die Regeln häufig eher weniger klar. Heißt es denn nun *im Juli diesen Jahres* oder *dieses Jahres erscheint das neue Buch von ...*? Und heißt es jetzt *wegen des schlechten Wetters* oder *wegen dem schlechten Wetter fiel das Spiel aus*? Nicht so leicht zu beantworten, sieht man sich auch hier die Sprachdaten im Dudenkorpus an: In den beiden Beispielen haben wir es mit unterschiedlichen, aber eindeutigen Sprachwandelphänomenen zu tun. Einmal ist es ein sprachsystemimmanenter Prozess – *diesen Jahres* (in Anlehnung an *vorigen/nächsten Jahres*) wird sich durchsetzen. Im *Wegen*-Beispiel ist es eine stilistische Fragestellung – *wegen dem schlechten Wetter* ist umgangssprachlich markiert, als standardsprachlich gilt nach wie vor nur *wegen des schlechten Wetters*. Aber: Die Umgangssprache gewinnt einen immer größeren Einfluss in unserer täglichen Kommunikation. In solchen Fragen also beobachten wir den Sprachgebrauch und beschreiben ihn (arbeiten also deskriptiv), geben aber gleichzeitig auch klare Orientierung, welche Form wann verwendet werden sollte (präskriptiv).

LEBHAFTE SPRACHDEBATTEN

Für den Wortschatz habe ich bereits verschiedene Beispiele gezeigt, wie wir einerseits beschreiben, was wir in den Daten vorfinden, andererseits aber auch hier Orientierung für den Gebrauch von Wörtern geben. Im Sachbuchprogramm des Verlags, das in den letzten beiden Jahren stark erweitert wurde, gehen wir solchen Fragestellungen vertieft nach. So haben wir ein Buch zum in unserer Zeit noch lebendigen Naziwortschatz⁴ herausgebracht, beleuchten Streichungen aus verschiedenen Rechtschreibduden⁵ und beziehen Stellung zum Stellenwert von Rechtschreibung im digitalen Zeitalter,⁶ zum Gendern⁷ und zum politisch korrekten Sprachgebrauch⁸.

Es wird weiterhin lebhaft Sprachdebatten geben, und die Dudenredaktion wird zuhören, dokumentieren, Empfehlungen geben und sich auch einmischen. Neben den inhaltlichen Aspekten kommt es für uns darauf an, mit den richtigen technischen Lösungen und Angeboten aufzuwarten: Sachbücher werden sowohl gedruckt als auch digital gelesen, Rechtschreibfragen und Bedeutungen werden zunehmend digital geklärt, wobei es nach unserer

Überzeugung aber auch noch sehr lange einen Markt für gedruckte Wörterbücher geben wird. Also bieten wir beide Formen von Wörterbüchern und anderen Nachschlagewerken an und forcieren den Ausbau digitaler Unterstützungsprogramme wie des Duden-Mentors, der die Schreibenden in ihrem konkreten Schreibprozess am Rechner unterstützt und unter anderem das Geschriebene korrigiert und stilistische Hinweise gibt. So hilft Duden auch in Zukunft, „den *Schlüssel* Sprache richtig und sinnvoll zu nutzen, um zu verstehen, um uns auszudrücken, um uns zu verständigen“.⁹

¹ Die Geschichte des Duden kann nachgelesen werden unter www.duden.de/ueber_duden/geschichte-der-rechtschreibung.

² Vgl. www.duden.de/ueber_duden/wie-kommt-ein-wort-in-den-duden.

³ Vgl. Peter Graf: Was nicht mehr im Duden steht, Berlin 2018, S. 134–149.

⁴ Matthias Heine: Verbrannte Wörter, Berlin 2019.

⁵ Peter Graf: Was nicht mehr im Duden steht, Berlin 2018.

⁶ Kathrin Kunkel-Razum: Warum es nicht egal ist, wie wir schreiben, Berlin 2018.

⁷ Gabriele Diewald / Anja Steinhauer: Gendern – ganz einfach, Berlin 2019; Anne Wizorek / Hannah Lühmann: Gendern?! Ein Für und ein Wider, Berlin 2018.

⁸ Anatol Stefanowitsch: Eine Frage der Moral. Warum wir politisch korrekte Sprache brauchen, Berlin 2018.

⁹ Aus: Das Duden-Markenleitbild, Berlin 2017 (unveröffentlicht).

Im Shitstorm

Erfahrungsbericht einer Journalistin

COSIMA GILL

Geboren 1989 in Bonn, Altstipendiatin der Journalistischen Nachwuchsförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Absolventin der RTL-Journalistenschule, Reporterin unter anderem für den Westdeutschen Rundfunk („Aktuelle Stunde“).

„Ein Schlampen von einer Reporterin“: Diese Worte standen im April 2018 unter einem Facebook-live-Video. Der Autor dieser Worte meinte damit mich.

Ich hatte zuvor für die „Aktuelle Stunde“, das Informationsmagazin des West-

deutschen Rundfunks, auf Facebook live von einer Demonstration in Dortmund berichtet: Am 14. April 2018 marschierten rund 600 Neonazis durch die Dortmunder Innenstadt. Sie demonstrierten unter dem Motto „Europa erwache“. Zeitgleich verteilten sich Tausende Gegendemonstranten in der ganzen Stadt – für die Polizei war es ein Großeinsatztag.

Über genau diese Gemengelage habe ich auf Facebook rund fünfzehn Minuten live für den WDR berichtet. Nach einem langen Demo-Tag bin ich zurück ins

Rheinland gefahren und habe die sozialen Netzwerke abends nicht mehr durchforstet. Erst am nächsten Morgen habe ich diese Kommentare gelesen:

„Man braucht sich diese HOHLE KUH nur anschauen und sieht WOHER sie kommt! Nix Deutsches!!!“

„Wenn ich diese dumme Reporter Muschi höre, dann wünsche ich der einfach nur, dass die abends im Park von fünf Facharbeitern genommen wird.“

„GEZ Hure halte dein Maul“

„Drecksau lass dich vergewaltigen von den Asylanten.“

Ich war fassungslos und habe die Kommentare einer Freundin gezeigt. Meinen die Verfasser wirklich mich? Daran bestand kein Zweifel. Trotzdem ging mir dieser Gedanke durch den Kopf. Denn obwohl ich die sozialen Netzwerke gut kenne und dort nicht gerade wenig Zeit verbringe, habe ich selbst nicht mit solch einem Shitstorm gerechnet. Auf eine gewisse, möglicherweise auch naive Weise habe ich immer gehofft, der Hass im Netz würde sich so schnell nicht gegen mich richten.

Meine Redaktion hat sich sofort um die Situation gekümmert und mich aus der Schusslinie genommen. Für die schnelle Reaktion meiner Kollegen und für die große Unterstützung bin ich besonders im Nachhinein sehr dankbar, denn im ersten Moment war ich wie gelähmt. Gern würde ich sagen, dass die Kommentare an mir abgeprallt wären und ich sie nicht persönlich genommen hätte; das stimmt aber nicht. Ich musste sehr schwer schlucken und bin zu meiner Familie gefahren.

Dass die Kommentare mich überhaupt berührt haben, hat mich geärgert, denn eigentlich wollte ich stärker sein als der Hass. Auf eine perfide Art und Weise

machen diese Hasskommentare und Drohungen allerdings etwas mit einem: Sie rütteln an dem eigenen Grundvertrauen in die Gesellschaft. Die Drohungen, die Sie am Anfang des Beitrags gelesen haben, wurden alle mit Klarnamen veröffentlicht. So etwas hätten sich viele User vor ein paar Jahren im Netz wohl noch nicht getraut.

Diese Kommentare verdeutlichten mir, dass ich für einige Social Media-Nutzer offenbar in eine Art Feindbild passe. Dass einige der Kommentare aus dem rechten Umfeld der Dortmunder Neonazi-Szene stammten, war sehr naheliegend. Die Kommentare stehen für mich beispielhaft für eine Situation, mit der sich Journalisten weltweit auseinandersetzen müssen: Journalisten werden insbesondere von rechten und linken Extremisten oft nicht mehr als neutrale Berichtersteller wahrgenommen, sondern als Feinde. Ihre Berichterstattung gilt als unglaubwürdig oder politisch gefärbt.

NEVER FEED THE TROLLS

Aber was tun, um dieses Feindbild zu durchbrechen? In den Tagen nach dem Shitstorm habe ich vor allem eine „Jetzt erst recht“-Haltung entwickelt. Ich hatte das Gefühl, dass ich demokratische Werte verteidigen sollte und für diese Werte einstehen muss. Eine Art Gegenwehr.

Diese Gegenwehr bedeutet für mich, noch häufiger unangenehme, aber zugleich relevante Themen anzugehen, noch unbequemere Fragen zu stellen, noch gründlicher und tiefer zu recherchieren und unsere journalistische Arbeit noch

transparenter zu machen. Diese Gegenwehr bedeutet für mich nicht, dass ich den Verfassern der Hasskommentare konfrontativ antworte, denn dann liefere ich genau die Antworten, die Extremisten neuen Stoff liefern – und die Hassspirale dreht sich weiter. Deshalb gilt im Netz auch ein ungeschriebenes Gesetz, welches lautet: *Never feed the trolls*. Kurzum, nicht auf Hasskommentare eingehen!

Gibt es allerdings inhaltliche Kritik zwischen all den Hasskommentaren, ist es meiner Meinung nach wichtig, diese ernst zu nehmen und darauf zu antworten. Denn vielleicht gibt es doch den ein oder anderen User, der sich auf eine inhaltliche Diskussion einlässt.

Bei meiner Facebook-live-Berichterstattung gab es beispielsweise einige Kommentatoren, die auf eine sehr unverschämte Weise kritisiert haben, dass ich das Wort „Neonazis“ mehrfach in meiner Live-Schaltete verwendet habe. Mit dieser Kritik habe ich mich anschließend auseinandergesetzt und erneut mit einigen Politikwissenschaftlern über die Verwendung des Begriffs gesprochen. Sie bestätigten mir, dass in diesem Zusammenhang die Verwendung des Begriffs zulässig gewesen sei.

Ich glaube jedoch, dass es besonders wichtig ist, inhaltliche Kritik ernst zu nehmen, um den Populisten nicht zusätzliche Angriffsfläche zu bieten und eventuell zumindest bei dem einen oder anderen User zu verhindern, dass sich die gesellschaftlichen Gräben in seinem Kopf vertiefen. Die inhaltliche Kritik bei einem Shitstorm betrifft in den meisten Fällen allerdings nur eine geringe Anzahl von Kommentaren.

Häufig führt das Beantworten kritischer Anmerkungen leider nicht zu einer

inhaltlichen Diskussion, sondern zu mehr Hass und Hetze im Netz. Das zeigt etwa der Shitstorm gegen eine ZDF-Kollegin. Sie hat im Januar 2019 auf Twitter versucht, mit Ironie auf Hasskommentare zu antworten. Einige rechte Nutzer haben ihre sarkastischen Antworten weiterverbreitet und behauptet, diese seien ernst gemeint gewesen. Für einige Tage hält der Shitstorm auf Twitter an.

NICHT SHITSTORM, SONDERN SHIT-TSUNAMI

Der Journalist Richard Gutjahr spricht in seinem Fall sogar nicht nur von einem Shitstorm, sondern von einem Shit-Tsunami. Gutjahr wurde zweimal binnen kurzer Zeit Zeuge von Anschlägen. 2016 berichtete er vom Terroranschlag in Nizza und kurz danach über den Amoklauf in München. Durch diese beiden Live-Berichterstattungen, die zeitlich nah beieinanderlagen, wurde er Projektionsfläche für Verschwörungstheorien und von Reichsbürgern sowie Neonazis im Netz angegriffen. Selbst seine eigene Familie wurde monatelang zur Zielscheibe.

Richard Gutjahr hat eine Form gefunden, mit dem Shitstorm umzugehen. Im Deutschlandfunk sagte er 2018: „Man muss die Wortführer identifizieren und man muss sie tatsächlich zur Rechenschaft ziehen.“ Er hat selbst rechtliche Schritte gegen Wortführer eingeleitet, denn oftmals reagieren Plattformen wie YouTube oder Facebook nicht ausreichend, wenn Hasskommentare oder Drohungen gemeldet werden. Ein Problem ist, dass Schimpfwörter oder Drohungen vom Algorithmus der sozialen Netzwerke häufig

nicht als solche erkannt werden und somit weiterhin online bleiben.

Bei meinem Shitstorm hat meine Redaktion geprüft, ob rechtliche Schritte gegen Nutzer eingeleitet werden können. Diese Bewertung ist im Rahmen des Projekts „Verfolgen statt nur löschen“ erfolgt. An diesem Projekt beteiligen sich unter anderem die nordrhein-westfälische Landesanstalt für Medien, das Landeskriminalamt NRW, das Polizeipräsidium Köln und die Medienunternehmen WDR, *Rheinische Post* und die Mediengruppe RTL Deutschland. Konkret geht es darum, dass Hasskommentare nicht einfach nur gelöscht, sondern auf ihre strafrechtliche Relevanz geprüft und im Falle einer Rechtsverletzung verfolgt werden.

Dieser Dialog zwischen Staatsanwaltschaft und Redaktionen ist sicherlich eine wichtige Maßnahme, um Verfassern von Hasskommentaren aufzuzeigen, dass das Netz kein rechtsfreier Raum ist. Verfolgt werden können beispielsweise Androhungen einer Straftat, Volksverhetzung oder die Verbreitung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Viele Hasskommentare, die sich gezielt gegen Journalisten richten, passen allerdings nicht in diese juristischen Kategorien. Richard Gutjahr hat sich beispielsweise mehr Rückhalt von seinem Arbeitgeber gewünscht. In den öffentlich-rechtlichen Medien arbeiten sehr viele Journalisten als freie Mitarbeiter. Für sie wäre ein garantierter juristischer Beistand in solchen Fällen sehr wichtig. Ich habe

beim WDR neben sehr viel menschlicher Unterstützung auch sofort juristische Hilfe erhalten. Prinzipiell würde ich mir wünschen, dass dies für alle Kollegen deutschlandweit gilt und einheitlich geregelt ist.

MEHRHEIT IM NETZ SCHWEIGT NOCH

Meiner Meinung nach sollten sich Journalisten „jetzt erst recht“ mit Personen und gesellschaftlichen Phänomenen auseinandersetzen, die Journalisten gern als „Feinde“ betrachten. Darauf kann dann – in nicht seltenen Fällen – ein Shitstorm folgen. Kommt es dazu, ist für mich zusammengefasst besonders wichtig, dass wir versuchen, zwischen den Hasskommentaren immer noch die inhaltliche Kritik zu finden und uns mit diesen Anmerkungen auseinanderzusetzen. Außerdem sollte sowohl die menschliche als auch juristische Unterstützung, insbesondere für freie Mitarbeiter, von allen Redaktionen gesichert sein. Es hilft in dem Moment, zu wissen, dass man nicht allein mit der Situation umgehen muss.

Was wir jedoch alle tun können, ist, nicht nur passiv im Netz mitzulesen. Wenn wir auf einen Shitstorm aufmerksam werden, sollten wir inhaltlich mitkommentieren. Denn die Mehrheit verbreitet keinen Hass im Netz, sondern schweigt. Und das können wir alle ändern!

Hass im Netz

Wahrnehmung, Verbreitung und Zivilisierung von Hate Speech

MARTIN EMMER

Geboren 1969 in München, Professor für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Freien Universität Berlin, Gründungsdirektor des Weizenbaum-Instituts für die vernetzte Gesellschaft.

Die vielfältigen Kommunikationsmöglichkeiten, die das Internet bereitstellt, wurden lange Zeit vor allem als eine Chance diskutiert, Bürgern mehr Teilhabechancen an öffentlichen Debatten und am politischen Prozess zu ermöglichen. Inzwischen hat der Enthusiasmus deutlich abgenommen. Skeptische

Fragen werden gestellt. Vielfach herrscht die Einschätzung, dass in den von Nutzerbeiträgen geprägten Bereichen des Internets – Kommentarspalten von Medien, Foren, Sozialen Medien wie Facebook oder YouTube – manipulative, beleidigende oder sogar hasserfüllte Inhalte dominieren und ein rationaler Diskurs über politische Streitfragen kaum noch möglich ist.

Selbst wenn aufgrund der beinahe grenzenlosen Menge von Internetinhalten kaum wirklich verlässliche Zahlen über den Umfang dieses Phänomens

gewonnen werden können, so deuten Datenerhebungen in begrenzten Bereichen des Internets auf eine gravierende Zunahme des Problems in den letzten Jahren hin: So ermittelte etwa eine Untersuchung im Zeitraum von Februar 2017 bis Februar 2018 innerhalb eines Jahres einen Anstieg von Beiträgen rechtsextremen, hasserfüllten Inhalts um mehr als das Zehnfache (Kreißel et al., 2018).

Ein wichtiger Kristallisationspunkt von Hassbeiträgen sind alle Themen, in denen es um Ausgrenzung und Abwertung von Minderheiten oder bestimmten Personengruppen geht. Vor allem die Diskussion um die Aufnahme von Flüchtlingen seit Sommer 2015 hat sich hierfür als eine Art Brandbeschleuniger erwiesen. Die Ausprägungen dieser Debatte haben Befürchtungen genährt, dass hasserfüllte Beiträge im Netz eine Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt darstellen, indem sie zum Rückgang des Vertrauens in politische Institutionen, zum Aufstieg rechtsextremer Parteien und nicht zuletzt auch zur Zunahme von Gewaltstraftaten gegen Angehörige angegriffener Personengruppen führen können.

Aus diesem Grund beschäftigen sich mittlerweile viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, etwa aus der Rechtswissenschaft, den Sprachwissenschaften, den Sozialwissenschaften oder auch der Informatik, mit diesem Problemfeld. Aus Sicht der Medien- und Kommunikationswissenschaft steht vor allem die Frage im Mittelpunkt, wie sich solche Hassbeiträge in digitalen Medien verbreiten und welche Folgen sie dort haben können. Solche Inhalte sind schließlich ein Phänomen, das stark mit dem digitalen Medienwandel verknüpft ist: Sie existieren im Wesentlichen erst, seit der klassische Journalismus seine sogenannte „Gatekeeper“-Funktion für die Öffentlichkeit verloren hat und mit Internetmedien im Prinzip jede Einzelperson an den Massenmedien vorbei Öffentlichkeiten für ihre Botschaften finden kann.

WAS IST HASSREDE?

Die Frage, was Hassrede (englisch „hate speech“) genau ist, ist nicht einfach zu beantworten. Die engste Definition ist in der Regel eine rechtswissenschaftliche, in der sich strafrechtlich relevante Aussagen, etwa Aufrufe zur Gewalt oder „Aufstachelung zum Rassenhass“ (Paragraph 130 Absatz 1 Strafgesetzbuch [StGB]), abgrenzen lassen von allen anderen Aussagen, die – auch wenn sie im Einzelfall sehr unschön sind – durch das in Deutschland relativ weit ausgelegte Recht auf Meinungsfreiheit gedeckt sind. Die Zahlen zur Löschung „offensichtlich rechtswidriger Inhalte“, wie sie kürzlich von Facebook im zweiten Transparenzbericht nach dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz veröffentlicht wurden (Facebook, 2019), halten sich jedoch in sehr engen Grenzen und erreichen keinesfalls die Umfänge, die von externen Studien wie der oben zitierten ermittelt wurden. Es gibt also aus sprach- und

gesellschaftswissenschaftlicher Perspektive einen großen Graubereich mutmaßlich legaler, trotzdem aber hasserfüllter und für Betroffene und die Öffentlichkeit schädlicher Inhalte.

Unter Rückgriff auf Zugänge der Sprach- und Sozialwissenschaften hat sich für Hassrede ein Verständnis herausgebildet, das im Wesentlichen auf drei Aspekten basiert: *erstens* auf dem Aspekt der „Rede“, das heißt, es geht um Äußerungen in einer Öffentlichkeit, auch wenn diese eher klein ist, etwa in einer Gaststätte oder einem Online-Forum, wo zufälliges Publikum anwesend sein kann. Persönliche Beleidigungen, die in einem privaten Gespräch, zum Beispiel aus einer situativen Verärgerung heraus, ausgesprochen werden, sind also nicht Gegenstand des Problems und seiner Analyse.

Zweitens definiert sich Hassrede durch eine Herabwürdigung einzelner Personen oder ganzer Gruppen; sprachlich kann dies viele verschiedene Formen annehmen, etwa emotional oder sachlich, über Beleidigungen, Bedrohungen oder auch abwertende Stereotypisierungen (zum Beispiel „terroristische Muslime“, „stehende Polen“). Ein *drittes* Merkmal ist schließlich der Rückgriff der Herabwürdigung auf pauschale Gruppenmerkmale; eine Person wird aufgrund bestimmter Eigenschaften, auf die sie meist gar keinen Einfluss hat, abgewertet (etwa die Herkunft oder Hautfarbe, im Fall von sogenannter „Misogynie“/Frauenfeindlichkeit auch das Geschlecht). Die Beleidigung einer Person aufgrund einer konkreten Handlung, etwa weil sie mir gerade den Parkplatz weggeschnappt hat, würde nicht darunter fallen.

ZWISCHENFORMEN UND ÜBERGANGSBEREICHE

Auf Basis solcher Definitionen versuchen weltweit zurzeit viele interdisziplinäre Projekte, Hassrede genauer zu verstehen und auch deren Entstehungsbedingungen und mögliche Wirkungen zu erklären, so etwa das Projekt NOHATE an der Freien Universität und der Beuth-Hochschule in Berlin (www.nohate.online). Dabei geht es nicht nur darum, eine einfache Ja-Nein-Entscheidung über Hassrede oder Nicht-Hassrede zu treffen, sondern auch Zwischenformen und Übergangsbereiche zu identifizieren, etwa von sogenannter „unziviler“ Kommunikation, die bestimmte Regeln verletzen, ohne bereits Hassrede zu sein. Es gibt mittlerweile einige Studien, die zeigen, dass Diskussionen durch solche minderschweren sprachlichen Entgleisungen auf eine schiefe Ebene geraten können, durch die im weiteren Verlauf das Auftreten schwerwiegenderer Formen von Hassrede begünstigt wird. Lernen wir, diese Mechanismen besser zu verstehen, können wir bessere Strategien entwickeln, um frühzeitig reagieren zu können.

Hassrede ist, wie bereits erwähnt, ein Phänomen des sogenannten „User Generated Content“, also von Inhalten, die von Personen oder Organisationen außerhalb der klassischen journalistisch-politischen Öffentlichkeitsakteure

verbreitet werden. Man sollte sich jedoch vor dem Kurzschluss hüten, jeder Beitrag in diesen frei zugänglichen Foren des Internets würde auch wirklich von einer Einzelperson geschrieben, die ihre persönliche Meinung äußern will. Die oben zitierte Studie von Kreißel et al. zeigt, dass etwa die Hälfte der großen Menge an Hassbeiträgen von nur einer Handvoll Nutzeraccounts stammt. Man überschätzt deshalb in der Regel aufgrund der reinen Masse von Beiträgen die Größe der dahinterstehenden Bevölkerungsgruppen, und mutmaßlich ist genau das auch der Zweck eines solchen massenhaften Verbreitens von Botschaften.

BEZAHLTE AGENTEN UND AUTOMATISIERTE ACCOUNTS

Aus der Kommunikationsforschung wissen wir, dass sich dadurch bei anderen Nutzern der Eindruck einer starken Meinungsmehrheit ergeben kann, durch die viele es dann nicht mehr wagen, eine andere Meinung öffentlich zu äußern. Der Nachweis, dass hinter solchen Hasswellen im Netz vielfach strategisch handelnde politische Akteure stehen, die eventuell bezahlte Agenten oder (halb)automatisierte Accounts (Social Bots) einsetzen, ist allerdings schwer zu führen. Denn im Internet lassen sich Spuren leicht verwischen, und die Tatsache, dass es sich bei Facebook und Co. um Plattformen von Privatunternehmen und dementsprechend bei den Inhalten um deren Firmeneigentum handelt, schränkt die Möglichkeiten der unabhängigen Wissenschaft zur Analyse dieser Inhalte deutlich ein.

Skepsis ist teilweise auch hinsichtlich anderer Wirkungen angebracht: So kann eine unzivile oder gar hasserfüllte Kommunikation zwar Hemmschwellen senken und Menschen zu ähnlichen Äußerungen mobilisieren; einem unmittelbaren Einfluss auf die Einstellungen der Gesamtbevölkerung steht allerdings der soziologische Befund entgegen, dass wir Menschen in der Regel durch ein relativ stabiles System von Werten und Einstellungen geprägt sind, das sich nicht so einfach durch Medieninhalte ändern lässt. Stattdessen wenden sich Menschen lieber Inhalten zu, die ihren schon existierenden Einstellungen entsprechen, und vermeiden solche, die diesen widersprechen. Gerade diese urmenschlichen Verhaltensweisen werden von den meisten Social-Media-Plattformen noch verstärkt, indem uns durch Vorschlags- und Empfehlungssysteme (etwa bei YouTube) oder direkte Filterung von Inhalten (etwa bei Facebook) meist nur solche Inhalte angeboten werden, die wir mutmaßlich gern sehen und die uns zu weiterer Nutzung animieren – um uns weitere bezahlte Werbung anzeigen zu können. Eine Folge dieses Systems aus verhaltensverstärkender Angebotsorganisation ist, dass vor allem solche Nutzer zum Beispiel fremdenfeindliche und herabwürdigende Inhalte suchen und sie auch stärker angezeigt bekommen, die bereits entsprechende Voreinstellungen haben. Folge dieses Systems kann einerseits eine Radikalisierung

und Mobilisierung von Menschen mit rechtsradikaler Einstellung sein, andererseits eine Abwendung und das zunehmende Schweigen von Menschen mit gegensätzlicher Haltung.

Was lässt sich unternehmen, um zu verhindern, dass solche Wirkungen demokratische Werte und Prozesse erodieren lassen? Natürlich muss man zuerst auch gegenüber neuen Anbietern öffentlicher Diskussionsräume wie etwa Facebook auf der Einhaltung des Rechts bestehen. Allerdings kann es dabei nur um die Löschung beziehungsweise Strafverfolgung eindeutig illegaler Inhalte gehen, die aber, wie beschrieben, nur einen kleinen Teil des Problems darstellen.

Wichtiger für eine „Zivilisierung“ der Debatte wären Maßnahmen wie eine Verringerung der oben beschriebenen Filtereffekte, etwa indem man Plattformen in gewissen Grenzen zu einer Organisation von Vielfalt beziehungsweise zu einer Begrenzung der rein auf positive Nutzererfahrung ausgerichteten Inhaltsdarstellung verpflichtet. Darüber hinaus gibt es durchaus positive Erfahrungen mit verschiedenen Formen der Moderation von Internet-Diskussionsforen: Schnelles Intervenieren bei Hassbeiträgen, Sperrung betrügerischer Accounts, Verweis der Nutzer auf Forenregeln und sachliche Argumentation können hitzige Diskussionen versachlichen und beruhigen.

Damit lassen sich sicher nicht alle Probleme lösen – in einer Welt, in der Bürger sich jederzeit frei äußern können, wird man dauerhaft damit leben müssen, auch unangenehmen Beiträgen oder unbelehrbaren „Trollen“ oder Aktivisten zu begegnen. Will man keine „chinesische Lösung“, also eine zentralisierte, automatisierte Vollkontrolle mit umfangreicher Löschung von Nutzerinhalten, muss man Lösungen finden, die mit demokratischen Grundwerten vereinbar sind. Hier ist, neben Plattformregulierung und mehr Investitionen in die Moderation von Inhalten, nicht zuletzt Medien-, Kommunikations- und Bürgerkompetenz gefragt: Wir alle haben in der neuen digitalen Kommunikationswelt, die uns viele neue Freiheiten eröffnet, eben auch eine größere Verantwortung, mit diesen Freiheiten umzugehen. Wir müssen lernen, zu erkennen, welche Qualität bestimmte Inhalte haben (dies gilt auch für andere Arten der Problemmunikation, etwa für das Problem von „Fake News“), wir müssen unangenehme Inhalte ertragen können, und schließlich sollten wir lernen, wie wir selbst durch eigene Beiträge gewinnbringende Diskussionen mit anderen Menschen im Netz führen können.

Literatur

Kreißel, Philip / Ebner, Julia / Urban, Alexander / Guhl, Jakob: Hass auf Knopfdruck: Rechtsextreme Trollfabriken und das Ökosystem koordinierter Hasskampagnen im Netz, Institute for Strategic Dialogue (ISD) & #ichbinhier, London 2019, u. a.: www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2018/07/ISD_Ich_Bin_Hier_2.pdf [Zugriff am 05.06.2019].

Facebook: NetzDG-Transparenzbericht, Dublin, Januar 2019, fbnewsroomus.files.wordpress.com/2019/01/facebook_netzdg_januar_2019_deutsch52.pdf [Zugriff am 05.06.2019].

Die Schweigespirale heute

—
Was man von Elisabeth Noelle-Neumanns Theorie lernen kann

THOMAS PETERSEN

Geboren 1968 in Hamburg, Kommunikationswissenschaftler und Meinungsforscher, Projektleiter beim Institut für Demoskopie Allensbach (IfD).

Im Jahr 2016 wurde der Redaktion des ZDF-Magazins „Frontal 21“ ein Datensatz mit internen E-Mails der ostukrainischen Rebellen zugespielt. Darunter befand sich ein Strategiepapier russischer „Berater“. Darin hieß es: „Es sollen Aktivistengruppen für Internet-

kommentare in Blogs, Foren und sozialen Netzwerken aufgestellt werden [...] aufgrund der Intensität ihrer Arbeit [wird] der Eindruck erweckt, die Mehrheit denkt so.“

Diese kleine Notiz ist in der Öffentlichkeit wenig beachtet worden; dabei hätte sie es verdient, in die Lehrbücher aufgenommen zu werden, denn sie ist das vielleicht aufschlussreichste Dokument zum Verständnis der Kommunikationsstrategien der Diktatoren und Populisten unserer Tage. Es ist eine kurze, aber präzise Gebrauchsanweisung zur Irreführung der Bürger und zeigt die Raffinesse und Rücksichtslosigkeit, mit der politische Akteure versuchen, die Meinungsbildung der Gesellschaft über das Internet zu manipulieren, mit der Folge einer spürbaren Veränderung der Debattenkultur.

VERÄNDERTER TONFALL

Bereits seit Jahren wird in der Öffentlichkeit die Klage erhoben, die politische Auseinandersetzung sei schärfer, die Diskussionen seien unerbittlicher geworden. Man wird schwerlich hieb- und stichfeste Beweise dafür finden können, dass dies tatsächlich der Fall ist, doch der Eindruck, dass sich der Tonfall mancher gesellschaftlicher Debatten, vor allem im Internet, verändert hat, liegt zumindest nahe. Dabei kann man durchaus charakteristische Muster identifizieren, vor allem, wenn es um die Auseinandersetzung mit den neuen populistischen Parteien und Bewegungen in Europa geht. Die Anhänger dieser Bewegungen erheben oft die Klage, es gebe „Sprechverbote“, durch die sie und ihre Meinung systematisch unterdrückt würden. Ihre politischen Gegner reagieren auf diese Bemerkungen mit Unverständnis, dem Verweis auf das grundgesetzlich garantierte Recht auf freie Meinungsäußerung und werfen ihrerseits der Gegenseite vor, die Gesellschaft zu spalten, worauf diese wiederum mit Unverständnis reagiert.

Auf den ersten Blick scheinen diese Elemente der öffentlichen Auseinandersetzung – der Versuch von Propagandisten, ihre Position wahrheitswidrig als Mehrheitsmeinung erscheinen zu lassen, ihre Klage über angebliche „Sprechverbote“ und der Vorwurf der Spaltung von der Gegenseite – wenig miteinander zu tun zu haben, doch tatsächlich hängen sie eng zusammen. Wie, das lässt sich mithilfe der Theorie der Schweigespirale erklären.

Die Theorie der Schweigespirale stammt von Elisabeth Noelle-Neumann (1916–2010), der Gründerin und langjährigen Leiterin des Instituts für Demoskopie Allensbach. Sie stellte im Rahmen der Wahlforschung zur Bundestagswahl 1965 fest, dass die Vermutungen der in den Repräsentativumfragen des Instituts befragten Wähler, welche Partei die Wahl gewinnen werde, nicht mit den tatsächlichen Parteistärken übereinstimmten. Während CDU/CSU und SPD über Monate hinweg in den Umfragen praktisch gleichauf lagen, setzte sich bei der Bevölkerung die Überzeugung durch, die CDU/CSU werde die Wahl gewinnen. Dasselbe Muster wiederholte sich im Jahr 1972, nur dieses Mal mit umgekehrten Vorzeichen: Nun stieg die Erwartung, dass die SPD die Wahl gewinnen werde, steil an, obwohl die

Parteizahlen eine solche Veränderung der Wahrnehmung eigentlich nicht rechtfertigten. Mit einer Serie von Prüffragen wurde schließlich festgestellt, dass 1972 die Anhänger der Union in der Öffentlichkeit praktisch unsichtbar waren, obwohl ihre Zahl nicht geringer war als die der SPD-Anhänger. Irgendetwas hatte sie so eingeschüchtert, dass sie kaum noch in Erscheinung traten. Während sich die SPD-Anhänger selbstbewusst zu ihrer politischen Haltung bekannten, Anstecknadeln trugen, Aufkleber am Auto befestigten, bei Diskussionen für ihre Haltung eintraten, blieben die CDU/CSU-Anhänger stumm.

Aus dieser Beobachtung heraus entwickelte Elisabeth Noelle-Neumann nach und nach die Theorie der Schweigespirale. Sie nahm an, dass die meisten Menschen den wahrscheinlich angeborenen Drang haben, von ihrer Umgebung, von der Gemeinschaft akzeptiert zu werden, und die gesellschaftliche Isolation fürchten. Deswegen beobachten sie laufend, wenn auch weitgehend unbewusst, das Verhalten der Menschen um sie herum und stellen fest, welche Meinungen und Verhaltensweisen von der Gesellschaft geduldet werden und welche nicht, mit welchen Meinungsäußerungen man Beifall, Schulterklopfen, wohlwollendes Nicken oder wenigstens neutrale Reaktionen auslöst und mit welchen man Widerspruch, Stirnrunzeln oder Gelächter erntet. Letztere Reaktionen sind als Isolationsdrohungen zu verstehen: Wer gegen den Konsens, die Normen, Regeln und die allgemein akzeptierte Meinung verstößt, riskiert, von der Gemeinschaft ausgeschlossen zu werden.

DER QUASISTATISTISCHE SINN DER BÜRGER

Die meisten Menschen haben, so die Theorie, ein sehr feines Gespür dafür, welche Meinung mehrheitsfähig ist und welche nicht. Noelle-Neumann spricht in diesem Zusammenhang vom „quasistatistischen Sinn“. Wer spürt, dass er mit seiner Meinung in der Minderheit ist, dass das Meinungsklima gegen ihn gerichtet ist, wird meistens instinktiv dazu neigen, sich mit Meinungsäußerungen in der Öffentlichkeit zurückzuhalten. Dieses Verhalten kann unter bestimmten Umständen eine Dynamik auslösen: Dadurch, dass Anhänger der einen Position eingeschüchtert verstummen, wird diese Meinung im öffentlichen Raum weniger sichtbar, die Zahl ihrer Anhänger erscheint kleiner, als sie tatsächlich ist. Andere Anhänger dieser Position finden dadurch weniger Bestätigung und werden ihrerseits zum Schweigen gebracht. Die Vertreter der Gegenposition sehen sich dagegen immer weniger Widerspruch ausgesetzt, werden immer selbstbewusster und lauter. So stecken sich die einen gegenseitig zum Schweigen an, die anderen zum Reden. Ein Spiralprozess setzt ein, der im Extremfall dazu führen kann, dass das eine

Meinungslager fast ganz aus der Öffentlichkeit verschwindet und das andere das Meinungsklima gänzlich dominiert.

Solche Extremfälle der völligen Dominanz einer Meinung sind selten, doch die Dynamik des Spiralprozesses konnte von den Sozialwissenschaftlern in den letzten Jahrzehnten bei verschiedenen Gelegenheiten dokumentiert werden. Auch gegenwärtig kann man Beispiele finden, die die Existenz einer Schweigespirale zumindest wahrscheinlich erscheinen lassen. Ein Hinweis hierauf ist es meistens, wenn Menschen sich verpflichtet fühlen, offensichtlich übertriebene Aussagen zu machen oder offensiv gegen ihre eigenen Überzeugungen zu argumentieren, um nur ja nicht in den Verdacht zu geraten, man stünde auf der falschen Seite. Wenn, wie in diesem Januar geschehen, verkündet wird, Schneefall im Winter sei ein sicheres Zeichen für eine vom Menschen verursachte Klimakatastrophe, wenn CDU, CSU und SPD ihre Wahlniederlagen in den letzten Monaten damit erklären, dass sie immer noch nicht genug über das Thema Klima gesprochen (und damit Wasser auf die Mühlen der Grünen geleitet) hätten, wenn die Union auf ziemlich unqualifizierte Anwürfe eines Youtubers nicht mit klaren Gegenargumenten, sondern mit Anbiederungsversuchen reagiert, dann muss man das als Verbeugungen vor dem Zeitgeist verstehen. Lieber schadet man den eigenen inhaltlichen Interessen, als in den Geruch zu geraten, man stünde am Rande.

„KETZER“ UND „AVANTGARDISTEN“

Dieses Wechselspiel von Reden und Schweigen hat eine wichtige Funktion, denn es sorgt dafür, dass die Gesellschaft auch bei solchen Themen entscheidungsfähig bleibt, in denen kein echter Konsens möglich ist: Wenn die Minderheit schon nicht überzeugt werden kann, so wird sie doch immerhin durch sozialpsychologische Mechanismen, durch Isolationsdruck und soziale Kontrolle zum Schweigen gebracht. Wer aber die Kontrolle über diesen Mechanismus gewinnt, erhält eine bedeutende Machtposition, denn eine Meinung, die in der Öffentlichkeit im Hintertreffen ist, wird, selbst wenn sie zunächst noch die Zustimmung eines erheblichen Teils der Bevölkerung erfährt, auf Dauer tatsächlich schwächer, denn ihre Anhänger finden keine Bestätigung, keine Fürsprecher, keine Argumente. Man kann solche Prozesse als unbarmherzig empfinden, aber sie sind notwendig, denn sie halten die Gesellschaft zusammen.

Diese Aspekte der Theorie der Schweigespirale sind vielen Politikern und Sozialwissenschaftlern bekannt. Auch Journalisten kennen das Prinzip in der Regel gut, auch wenn sie es in der Öffentlichkeit meist nicht gern zugeben, denn es ist ein wesentliches Element der gesellschaftlichen Macht der Massenmedien. Weniger beachtet wird dagegen ein nicht unbedeutender Seitenaspekt der Theorie: In ihr wird angenommen, dass zwar die meisten

Menschen dazu neigen, zu verstummen, wenn sie sich in der Minderheit fühlen, aber nicht alle. Eine kleine Gruppe in der Bevölkerung reagiert nicht auf Isolationsdrohungen, hat keine Isolationsfurcht. Noelle-Neumann nennt sie „Ketzer“ und „Avantgardisten“. An anderer Stelle spricht sie vom „harten Kern“, der immer, auch in Situationen stärksten Isolationsdrucks, unangefochten bleibt. Diese Menschen treten unbeirrt für ihre Haltung ein, auch dann, wenn sie dafür heftigsten Widerspruch ernten. Das versetzt sie in eine besonders starke Position, denn sie reden selbstbewusst, als wären sie mit ihrer Meinung in der Mehrheit. Das wiederum beeindruckt andere: Die Ketzer halten sich nicht an die Regeln des Spiels von Isolationsfurcht und Isolationsdrohungen, aber ihr Publikum tut es. Wer nur laut genug schreit, wird Gefolge finden. Wer Isolation nicht fürchtet, kann das Meinungsklima verändern.

SPALTUNG DER GESELLSCHAFT

Vor diesem Hintergrund werden nun die Elemente der neuen Debattenkultur in Deutschland und anderen Ländern Europas verständlich: Die Klagen etwa der Anhänger der Alternative für Deutschland (AfD) über angebliche Sprechverbote beziehen sich nicht auf die juristische Ebene. Natürlich wissen die Klagenden, dass es kein Gesetz gibt, das ihnen ihre Meinungsäußerungen verbietet. Deswegen sind auch Verweise auf die im Grundgesetz garantierte Meinungsfreiheit sinnlos. Stattdessen geht es um die „ungeschriebenen Gesetze“, die gesellschaftlichen Sanktionen, die Ächtung, die man erfährt, wenn man gegen den gesellschaftlichen Konsens verstößt. Dies wird von den Betroffenen als schwerwiegender und demütigender empfunden als irgendetwelche rechtlichen Konsequenzen.

Auch die Empfehlung der russischen „Berater“ der ukrainischen Rebellen lässt sich nun leicht einordnen: Sie ist nichts anderes als eine Anleitung zur Manipulation des „quasistatistischen Sinns“ der Bürger, geleitet von der Erkenntnis, dass der Eindruck, man sei mit einer Position in der Mehrheit, der Schlüssel zur Erringung der Übermacht in der öffentlichen Meinung ist. Diejenigen, die wöchentlich in Dresden „Wir sind das Volk“ rufen, mögen dies vielleicht wirklich glauben. Doch diejenigen, die sie aufhetzen, wissen höchstwahrscheinlich genau, dass das nicht die Wahrheit ist. Sie wissen aber, dass ihre einzige Chance, die Macht im Land zu erringen, darin besteht, den gegenteiligen Eindruck zu erwecken. Denn wenn ihnen dies gelingt, werden ihnen Heerscharen von arglosen Unpolitischen, Ängstlichen und Opportunisten zulaufen, und dann wäre der Zeitpunkt nicht mehr weit, an dem sie wirklich die Mehrheit der Bevölkerung auf ihre Seite ziehen könnten.

Die größte Gefahr für diese Strategie ist der Verweis auf die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse, der deswegen mit der größten Entschlossenheit

bekämpft wird. Als der Autor dieses Artikels im Vorfeld der letzten Bundestagswahl in einem Interview mit der Tageszeitung *Die Welt* in einer eigentlich nebensächlichen Randbemerkung auf die Tatsache hinwies, dass es sich bei den AfD-Anhängern um eine Minderheit handelt, erschienen in der Internetausgabe der Zeitung binnen weniger Tage rund 950 größtenteils aggressive Kommentare voller Fälschungsvorwürfe und „Lügenpresse“-Beschimpfungen. Dass eine solche, eigentlich banale und leicht überprüfbare Feststellung derart maßlose Reaktionen auslöste, wird erst verständlich, wenn man sich vor Augen führt, dass sie das Fundament der Argumentationsstrategie der Partei angriff, die Erzeugung der Illusion, man befände sich in der Mehrheit.

Und der Vorwurf der Spaltung? Er ist in einem Maße wahr, wie es denjenigen, die ihn erheben, vermutlich kaum bewusst ist. Das Wechselspiel von Reden und Verstummen, von Isolationsdruck und Isolationsfurcht dient, wie beschrieben, dem Zusammenhalt der Gesellschaft. Wer diesen Mechanismus aber erst einmal durchschaut hat, kann ihn durchbrechen. Er kann, die eigene Isolationsfurcht überwindend, bewusst die Rolle des „Ketzers“ einnehmen und sich damit dessen Macht zunutze machen. Wer nur beharrlich und laut genug „Wir sind das Volk“ ruft, wird früher oder später Anhänger um sich scharen und damit seine Position in der öffentlichen Meinung stärken. Doch wenn sich das allgemeine gesellschaftliche Klima in eine andere Richtung bewegt, setzt er damit auch den Mechanismus außer Kraft, der dazu dient, die Gesellschaft zusammenzuhalten. Wer bewusst gegen die Schweigespirale vorgeht, befördert also, ob er will oder nicht, die gesellschaftliche Spaltung.

Bewusster fliegen

Anmerkungen zu politischer Korrektheit und Genderngerechtigkeit

REINHARD MOHR

Geboren 1955 in Frankfurt am Main, Journalist, Autor und Publizist. Nach dem Studium der Soziologie arbeitete er für das Frankfurter Stadtmagazin „Pflasterstrand“, später die „tageszeitung“, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und den „Stern“. Von 1996 bis 2004 war er Kulturredakteur beim „Spiegel“. Heute lebt er in Berlin und schreibt als freier Autor unter anderem für die „Welt am Sonntag“.

Als in den 1960er- und 1970er-Jahren zum letzten Mal in großem Stil, auf der Straße wie im Hörsaal, in der Wissenschaft wie auf Massenversammlungen, über eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus gestritten wurde, war der Begriff „Politische Korrektheit“ praktisch unbekannt.

Was hätte er auch bedeuten sollen? Anständige Politik? Eine ziemlich spießbürgerliche Idee. Auch die Vorstellung, es

gebe nur eine einzige, eben politisch „korrekte“ Sicht auf die Welt, wäre kaum jemandem in den Sinn gekommen. Selbst leidenschaftliche Linksradikale konzedierten, dass es konservative, liberale und libertäre, reaktionäre wie revolutionäre Interpretationen der gesellschaftlichen Wirklichkeit gab. Im imaginierten Klassenkampf gab es zwar kein Pardon, aber die Idee eines für alle verbindlichen Sprachcodes wäre den meisten Kontrahenten absurd erschienen. Man stritt über große Gesellschaftstheorien und studierte dicke Bücher von Karl Marx, Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse und Jürgen Habermas. Ganz Tapfere kämpften sich sogar durch die Werke ihrer politischen Gegner wie Carl Schmitt und Martin Heidegger.

Heute tut es ein kurzer Tweet, der sich in Windeseile verbreitet. Als würde sich eine neue Aktion „Saubere Leinwand“ – die Älteren erinnern sich – in alle Lebensbereiche ausbreiten, treten überall Hausmeister der guten Sache auf, „Blog-Warte“ der einzig richtigen Gesinnung und Sprachpolizist*innen mit dem linguistischen Handmikroskop, um allfällige Verstöße gegen die politische Korrektheit zu melden und möglichst umgehend zu ahnden. „Toxisches“ Vokabular wird überall dingfest gemacht, und das betrifft längst nicht mehr nur Klassiker wie das „Zigeunerschnitzel“, den „Mohr im Hemd“ oder den „Negerkuss“. Wer hier nicht auf dem letzten Stand ist, muss nachsitzen, etwa beim Thema „Transphobie“, einem Neologismus, den selbst gebildete Menschen erst einmal googeln müssen.

Der „Shitstorm“ im grenzenlosen Riesenreich der „Sozialen Medien“ ist zum Menetekel der Zeit geworden. Selbst die lobenswerte Kampagne des Bundesver-

kehrsministeriums für Fahrradhelme, bei der „halbnackte Models“ zu sehen waren, wie ausgerechnet der *Stern* monierte, geriet im Handumdrehen unter „Sexismus“-Verdacht. Bevor es um die Sache selbst, den Schutz vor Kopfverletzungen bei Stürzen vom Fahrrad, geht, werden Bildmotive diskreditiert, die wahrscheinlich von einer jungen, hippen Werbeagentur ausgesucht wurden.

DIE SEMANTIK BESTIMMT DAS BEWUSSTSEIN

Hinter all dem verbirgt sich ein Phänomen, das auf den ersten Blick so gar nicht zum fortschrittlichen Pathos der selbsternannten Sprachaufseher zu passen scheint: die Verbesserung der Welt durch die flächendeckende Endkontrolle der Wörter, mit denen sie beschrieben werden darf. Nicht mehr das Sein bestimmt das Bewusstsein, wie Karl Marx sagte, sondern die Semantik – bis in die letzte Alltagsformulierung hinein. Mit der Kraft der richtigen Worte sollen Berge versetzt werden. Sie wolle ab sofort „bewusster fliegen“, versprach die Klimaaktivistin Luisa Neubauer, die deutsche Greta.

Galt einst Ferdinand Lassalles aufklärerische Parole „Sagen, was ist!“, so herrscht nun das Dogma des vorausseilenden Euphemismus, der die perfekte Welt von morgen antizipiert. Aldous Huxleys *Schöne neue Welt* lässt grüßen. Vor einigen Jahren prangerte die „Nationale Armutskonferenz“ gleich zwei Dutzend „Unwörter“ an, darunter das so unschuldig und pragmatisch daher kommende Attribut „alleinerziehend“. Schon die schlichte Feststellung einer sozialen

Tatsache gilt als kränkend, beleidigend und verletzend.

Daher ist ein notorisch schlechter Schüler nun „ein vom Bildungswesen nicht Erreichter“, Flüchtlinge heißen „Geflüchtete“ oder „Schutzsuchende“ – was wäre hier eigentlich die korrekte weibliche Form? – und Dezernenten, jedenfalls in Hannover, seit dem Jahreswechsel „Dezernent*innen“. „Fahrzeugführende“ begegnen auf der Straße möglicherweise „Idiotinnen“. So viel Geschlechtergerechtigkeit muss sein. Im Münchner Rathaus wurden jüngst gar „Anwesend*Innen“ begrüßt. In derselben diskriminierungssensiblen Logik sollen „Unisex-Toiletten“ eine repressive „Selbstkategorisierung in das binäre Geschlechtersystem“ verhindern, wie es in der Drucksache DS/0550/IV der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Friedrichshain-Kreuzberg heißt.

BLOSS KEINE „HÜBSCHEN“ TÖCHTER!

Bereits im Kinderzimmer lauern die Gefahren einer patriarchalisch-rassistisch-sexistischen Indoktrinierung, für die alte, nicht selten schon tote weiße Männer die Verantwortung tragen. Das schlimmste Vergehen neben einer Verkleidung als Indianer im Karneval: die Verfestigung der genderungerechten Geschlechtertypologie. Rosa Kleidchen und blaue Jungstrampler sind da ebenso fragwürdig wie der Stolz der Eltern auf ihre hübsche kleine Tochter. „Stark ist das neue hübsch“, schrieb die Autorin Hatice Akyün in ihrer Kolumne für den Berliner *Tagesspiegel* und dekretierte im Namen einer alle Rollenklischees vermeidenden Gender-Gerech-

tigkeit: „Wir müssen aufhören, unsere Töchter hübsch zu finden.“ Ob auch Väter ihre bärenstarken Buben nun nicht mehr hübsch finden dürfen, bleibt vorerst ungeklärt.

„Die Gender-Mainstreamenden haben einen Beistandspakt geschlossen mit Political Correctness, Sprach-Säuberern sowie deren Wächtern, mit Religionsmissionaren, Anti-Aufklärern aller Couleur, militanten Veganern und sonstigen Entsagungsfanatikern“, resümierte die Schriftstellerin und Poetik-Professorin an der Berliner Ernst-Busch-Schauspielschule, Kerstin Hensel, schon 2015 im Deutschlandfunk den Stand der Dinge. „Schauspielerinnen wollen keine klassischen weiblichen Rollen mehr spielen, weil von Molière bis Müller alle Dramatiker Sexisten seien. Professoren und Professorinnen werden von Studentinnen ausgepiffen oder mit Ignoranz bestraft, wenn sie nicht im Femininum ihre Vorlesung halten.“

An amerikanischen Universitäten ist das alles lange schon Alltag. Da werden „Safe Spaces“ eingerichtet, sichere Räume also, in denen die „Student*innen“ jeglicher Herkunft nicht mit verbalen „Mikroaggressionen“ oder sie in irgendeiner Weise seelisch und moralisch überfordernden Texten, Meinungen und Tatsachen konfrontiert werden. Shakespeares *Richard III.* ist da natürlich keine Option mehr; Pippi Langstrumpf schon eher. Dafür sorgen entsprechende „Trigger-Warnings“, die wie Alarmanlagen für unerwünschte Inhalte funktionieren. So verlangten Studenten der Columbia University (New York), Professoren müssten sie vor dem traumatisierenden Inhalt von Ovids *Metamorphosen* warnen. Auf Drängen von Studentinnen der Northwestern University (Illinois),

berichtet ein amerikanischer Professor, wurde ein Disziplinarverfahren gegen eine Professorin eingeleitet, die erklärt hatte, dass die Missbrauchsangst bei Liebeleien auf dem Campus übertrieben werde.

Hier wird schon das schlichte Äußern einer anderen, unliebsamen Meinung zur Ordnungswidrigkeit, wenn nicht zur Strafsache erklärt. Als Bundespräsident Joachim Gauck 2013 das Wort vom „Tugendfuror“ in den Mund nahm, warfen ihm Protagonistinnen der „#Aufschrei-Debatte“ in einem offenen Brief vor, er bringe „erniedrigende, verletzende oder traumatisierende Erlebnisse sowie das Anliegen, diese Erfahrungen sichtbar zu machen, in Verbindung mit dem Begriff Furie“. Das hatte Gauck zwar gar nicht gesagt, aber die Initiatorin, eine junge Studentin, legte gleich nach: „Wenn man so ein supereigenartiges Wort wie Tugendfuror liest, tut das weh und macht wütend.“

HANG ZUM „SOCIAL ENGINEERING“

Hätte sie im Geschichtsunterricht aufgepasst, dann wüsste sie, dass dieses supereigenartige Wort schon zu Zeiten der Französischen Revolution und Robespierres Tugendfuror in Gebrauch war, der zum blutigen Terror wurde. Frauen waren damals freilich nur als interessierte Zuschauerinnen der Massenhinrichtungen per Guillotine erwünscht.

Hinter all diesen – übrigens komplett humorlosen und ironiefreien – Versuchen, die Welt von falschen Worten wie falschen Ansichten zu säubern, steckt ein totalitärer Impuls. Er ist ein Verfalls- und Ersatz-

produkt für das, was vor rund fünfzig Jahren die „konkrete Utopie“ einer anderen, radikal befreiten, also irgendwie sozialistisch-emanzipierten Gesellschaft war. Damals ist die Sache am Ende im Sande verlaufen.

Nun sind es vor allem junge Gender-Aktivistinnen wie Margarete Stokowski, Mely Kiyak, Sophie Passmann und Ferda Ataman, die das Projekt als überzeugte Volkspädagoginnen mit Hang zum „Social Engineering“ weiterverfolgen, bei dem das Sein dem Design folgen soll. Den zentralen Widerspruch ihrer Argumentation bemerken sie gar nicht: Sie feiern „Diversity“, die „bunte“ Gesellschaft der Vielfalt und Unterschiedlichkeit von (immer mehr) Identitäten, Geschlechtern, Ethnien und Kulturen, bekämpfen im selben Atemzug aber den – selbstverständlich kritischen – Diskurs über Unterschiede und ihre Folgen mit dem allgegenwärtigen Schlachtruf der „Diskriminierung“. Motto: Alles ist anders, aber alles ist gleich. So sind die Fans der „Diversity“ die eigentlichen Gleichmacher.

Diese Mischung aus politischer Korrektheit, Gendergerechtigkeit und einem reflexhaften Antirassismus atmet die stickige Luft einer Überwachungs- und Verwaltungsbehörde, in der weder ein kreativer Geschichtsoptimismus noch der Geist der Freiheit zu Hause ist. Aus dem Subjekt der Geschichte droht das Objekt einer allwissenden Weltverbesserungsbürokratie zu werden. Noch ist diese Perspektive nur die Kopfgeburt einer Minderheit, deren akademische Fußtruppen erste Enklaven unserer Gesellschaft erobert haben.

Um zu verhindern, dass sie sich weiter ausbreiten, bedarf es scharfen Widerspruchs – ob im Uni-Seminar, in der Polit-Talkshow oder im Deutschen Bundestag.

Miteinander reden, aber wie?

–
Diskursethik in „tief gespaltenen“ Gesellschaften

ROLAND BENEDIKTER

Geboren 1965 in Bruneck (Südtirol), Forschungsprofessor für Multidisziplinäre Politikanalyse in residence, Willy Brandt Zentrum der Universität Wrocław-Breslau, Co-Leiter des Center for Advanced Studies von Eurac Research Bozen, Mitglied des Zukunftskreises des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF).

Das politische Gespräch werde schwieriger, beklagen viele. *Erstens* sind es *populis-*

tische Rhetoriken, die eine „Wir-gegen-sie“-Logik salonfähiger machen. Sie schließen nicht nur andere Arten der Vernunft durch ihre Argumentation aus, sondern fordern auch ausdrücklich zum Ausschluss auf. *Zweitens* ist es Verunsicherung durch den *Trend zu Meinungsmedien und die „Blaseninformation“ sozialer Medien*. Beide vergrößern gefilterte und einseitige Teilinformationen in großer Zahl zu einer einzigen Wahrheit, neben der Pluralität verblasst und alles Nicht-Identische Misstrauen

erweckt. Differenz wird hier zur Andersheit, der das Merkmal des Fremdartigen und Unverständlichen anhaften muss. *Drittens* steigt der Einfluss *politischer Korrektheit*. Sie ist im Gegensatz zu den direkten, ja brachialen populistischen Rhetoriken, aber ähnlich wie die Blaseninformation sozialer Medien ein intelligenteres „Verdünnungselement“ indirekter und unterschwelliger Art, das subtiler, aber deshalb nicht weniger effizient wirkt. Ein Übermaß an politischer Korrektheit führt zu Mechanismen des Ausschlusses aus dem öffentlichen Gespräch, indem Moral und Humanität als „menschliche“ Überlegenheit vereinnahmt werden. Dieser „moralischen“ Überlegenheit ist durch politische Sachargumente nicht beizukommen, da sie – meist unbewusst, manchmal auch bewusst – ein Metaelement darstellt, das durch andere unhintergebar ist.

Diese drei Gründe wirken seit einigen Jahren immer intensiver zusammen und verstärken sich gegenseitig, gerade indem sie sich bekämpfen. *Populistische Rhetoriken* rebellieren gegen die angeblich universale politische Korrektheit der Medien, der Bildungseinrichtungen und Eliten. Sie scheuen sich wenig um den vernünftigen Dialog, wie ihn Jahrhunderte europäischer Ideen- und Geistesgeschichte unter vielen Opfern hervorgebracht haben, weil sie – zu Unrecht – den Dialog in offenen Gesellschaften prinzipiell als von politischer Korrektheit vereinnahmt brandmarken, die von wenigen kontrolliert werde. Damit diskreditieren sie, vielleicht teilweise unbewusst, das Prinzip des Dialogs an sich – mit unabsehbaren Folgen. *Politische Korrektheit* dagegen sorgt sich im Gegenzug mit Hinweis auf populistische Narrative und Diskurse übertrieben um Benehmen, Argumentationslogik und Sprache. Sie

schüttet dabei das Kind mit dem Bade aus: Sie kämpft mit moralisch erhobenem Zeigefinger und einem wieder auflebenden Betroffenheitskult, dem argumentativ nicht beizukommen ist, nicht nur gegen die Populisten, sondern auch gegen traditionelle nicht-linke Akteure offener Gesellschaften. Und die *Blasenlogik sozialer Medien* schließlich als dritter Akteur im Bunde füttert die einen wie die anderen, indem sie beide bedient und sich gleichzeitig von beiden abzugrenzen sucht – bislang mit wenig Erfolg.

Diese drei Tendenzen haben das demokratische Gespräch, das der Idee nach und im Prinzip offen, Sprache verleihend statt Sprache nehmend und konstruktiv sein sollte (was „konstruktive Dekonstruktion“ einschließt), mittlerweile in eine ernsthafte Krise gestürzt. Intellektuelle und Gelehrte wie der schottische Historiker Niall Ferguson oder der Direktor des Instituts für Europastudien der Oxford-Universität, Timothy Garton Ash, klagen deshalb über die immer stärkere Verengung des demokratischen Dialogs – und vor allem über die mangelnde Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit demokratischer *Dialogbereitschaft*.

NEUE STREITKULTUR FÜR DAS SHITSTORM-ZEITALTER

Garton Ash sieht „Populisten“ auf der einen Seite und „Politisch Korrekte“ auf der anderen Seite gleichermaßen auf dem Weg zum Ausschluss des anderen. Das ist ein Problem sowohl für die Linke als auch für die Rechte. Zwar bedienen sich Rechte eher populistischer Rhetoriken, Linke eher politischer Korrektheit – jedoch mit

beiderseits ähnlichen Effekten auf die Güte des Dialogs. Deshalb müsse, so Garton Ash, im Gegenzug zum heutigen Trend gegenseitigen Ausschlusses das Allermeiste im Dialog zugelassen und auch noch die anstößigste Meinung diskutiert und der Diskussion aktiv für wert befunden werden. Dazu brauche es jedoch eine neue Streitkultur für das „Shitstorm-Zeitalter“, weil heute der Streit in anonymen virtuellen Massen-Foren so geführt werden kann, dass informeller Druck ausgeübt und „Ent-rüstung“ so geschürt wird, dass politische Korrektheit andere Elemente überlagert und zu vorauseilender Selbstzensur führen kann. Die „unheiligen drei“: Populismus, politische Korrektheit und blasenartige neue soziale Medien stellen letztlich immer stärker das grundlegende Prinzip der Redefreiheit infrage. Wir bräuchten, so Garton Ash, als Antwort darauf ein „dickeres Fell“, um mit dieser neuen Gefährdung umzugehen – und zwar sowohl individuell wie kollektiv.

Sein angelsächsischer Kollege Niall Ferguson geht noch darüber hinaus und meint, der aufgeklärte Diskurs offener Gesellschaften sei längst zugunsten eines ideologischen Lagers aus dem Gleichgewicht geraten, ohne dass dies bislang ausdrücklich bewusst gemacht werde. An Universitäten etwa, die vielleicht am besten die Diskursmitte repräsentieren und sie institutionell aufrechtzuerhalten aufgerufen sind, sei man heute „als Rechter ein potenzieller Nazi, als Kommunist hingegen ein moralisch einwandfreier Sozialdemokrat“. Die politische Korrektheit sei in offenen Gesellschaften längst zu weit nach links gerückt, so Ferguson. Nicht nur sei das Paradigma (also: das unbewusst erkenntnisleitende kollektive Vorurteil) der höheren Bildungseinrichtun-

gen und der von ihr hervorgebrachten Eliten stark in eine politische Richtung abgedriftet, sodass sogar der Begriff „konservativ“ heute faktisch bereits „links-liberal“ bedeute. Auch die politische Korrektheit der meisten liberalen, demokratietreuen Medien habe sich stark zugunsten „linker“ Denkmuster verschoben und drohe, die meisten konservativen und teilweise sogar Mitte-Meinungen als „rechtsverdächtig“ zu brandmarken. Diese Entwicklung sei ein Effekt des Sieges von 1968 im intellektuellen Bereich offener Gesellschaften, der die Niederlage von 1968 in der Realität überlagere. Sie sei nach einer jahrzehntelangen Inkubationsphase unter anderem im Gefolge der Migrationskrise virulent geworden und habe sowohl durch Populisten wie durch politisch Korrekte – und in ihrer Mitte mittels sozialer Medien beidseits undifferenziert befördert – zu einer Re-Moralisierung der Politik und damit letztlich auch zu einer Re-Ideologisierung der offenen Gesellschaften geführt.

Viele andere teilen diese Sicht, wenn auch manche in weniger explizit politischer Weise als Garton Ash und Ferguson. So sieht der italienische Philosoph Massimo Cacciari wegen der seiner Meinung nach inzwischen grenzwertigen Emotionalisierung des offenen Gesprächs die Grundfesten der Demokratie in ernsthafte Gefahr. Laut Cacciari stellt Demokratie mehr als andere Gesellschaftsformen einen politischen Kampf zwischen linken und konservativen Lagern dar, der sie im Unterschied zu geschlossenen Gesellschaften geradezu definiert, der nie vollständig entschieden werden sollte, weil er ihren Reichtum ausmacht, und den sie daher ständig dialogisch und offen zu führen hat. Doch dieser Kampf droht

heute auch durch Medienwirkungen zur Konfrontation zwischen „absoluten“ Lagern zu werden. Diese hören sich gegenseitig nur mehr der Form nach zu, sind aber nicht wirklich am Argument des anderen interessiert, vielmehr zentral an seiner fundamentalen De-Legitimation.

„Entrüstung“ wird hier zum alt-neuen politischen Stilmittel vor allem der Linken. Doch eigentlich sollte sie allein ein Mittel des Kampfes von Dissidenten gegen Regime in geschlossenen Gesellschaften sein. Wegen der Universalisierung von De-Legitimationsmechanismen drohe, so Cacciari, der Demokratie ausgerechnet ihr einziges Energiereservoir auszugehen, über das sie im Unterschied zu geschlossenen und autoritären Gesellschaften verfügt: nämlich das aufeinander zugehende Gespräch unter „fundamental andersartigen“, ja „inkommensurablen“ Sprachspielen (Ludwig Wittgenstein) als unaufhebbarer, unverzichtbarer und nicht auf seine einzelnen Elemente und Akteure reduzierbarer Prozess. Für diesen Prozess sei eine politische Kultur der Mitte und vor allem: der Bereitschaft zur Mitte ausschlaggebend, die heute abhanden zu kommen drohe.

RÜCKZUG DER „SCHNEEFLOCKENGEBUNG“

Wie wir miteinander reden, betrifft also laut übereinstimmender Meinung der meisten heute ernst zu nehmenden politischen Theoretiker die veritablen Grundlagen des Selbstverständnisses demokratischer Gemeinschaftsbildung. Es strahlt in alle Bereiche offener Gesellschaften aus. Insbesondere die „Schneeflockengeneration“ (*snowflake generation*) der „millennias“,

also derer, die in den 2000er-Jahren geboren wurden, ist vor dieses Problem gestellt. Es ist eine Jugend, die viele Schlüsselthemen – aufgrund eines inzwischen grenzwertig ausdifferenzierten Pluralismus, der sehr vieles ohne ordnendes Zentrum nebeneinander gelten lässt – als zu vielgestaltig, ambivalent und daher als letztlich unentscheidbar und emotional zu belastend erfährt, um mitzudiskutieren und mitzuentcheiden. Deshalb zieht sie sich eher zurück, statt am öffentlichen Gespräch teilzunehmen. Die Stichworte sind Entpolitisierung, Verlagerung auf Blaseninformation durch soziale Netzwerke und innere Emigration in die elektronisch-interaktive Unterhaltungsindustrie. Ergebnis ist unter anderem der Brexit, der maßgeblich durch die Nichtbeteiligung der Jugend mitentschieden wurde.

FAZIT?

Es stellt sich in der Zusammenschau dieser Entwicklung die fundamentale Frage, wie wir heute und künftig überhaupt miteinander reden wollen, damit die – inzwischen von verschiedenen Seiten, nicht zuletzt auch von außen durch den Aufstieg illiberaler Gesellschaften bedrohte – offene Gesellschaft zumindest nach innen erhalten werden kann. Wo liegen die Grenzen der Ein- und Ausschlussfähigkeit „richtiger“ und „falscher“, „legitimer“ und „illegitimer“ oder „angemessener“ und „nicht-angemessener“ Diskurse?

Was wir nun benötigen, ist eine viel umfassendere, ausgewogenere und vertiefte Debatte darüber, wie wir vernünftig miteinander reden wollen – und wer mitreden darf. Das wird zum zentralen,

vielleicht zum wichtigsten Bestandteil jeder Zukunftsdiskussion. Dazu wird auch die bewusstere Beschäftigung mit der Versöhnbarkeit radikaler, ihrer Natur nach auseinanderstrebender Pluralität mit integrierender gesellschaftlicher Vernunft als Magnet einer vernünftigen Mitte viel umfassender stattfinden müssen als bisher. Die Volksparteien sind aufgerufen, sich dieser Herausforderung anzunehmen – im eigenen Interesse einer „Rückkehr“ ins Zentrum der politischen Geschehnisse.

HABERMAS UND LYOTARD

Für eine vertiefte Erneuerung des Gesprächs ist meines Erachtens letztlich auch die Wiederbelebung von Gesprächs-Theorien notwendig, die auf die Praxis zielen und einschließen, nicht ausschließen. Vor allem zwei Ansätze sind es, die es wieder aufzufrischen gilt, weil sie in den vergangenen Jahrzehnten – als die Gemüter noch weniger erhitzt waren – die Debatte inspiriert und informiert haben. Der erste stammt aus den 1980er-Jahren, also aus einer Zeit der internen Debatte offener Gesellschaften vor der globalen Demokratisierungseuphorie der 1990er- und Anfang der 2000er-Jahre. Der zweite stammt aus der späteren Phase der Ernüchterung über die fehlende oder zumindest unvollständige Verwirklichung dieser Hoffnung seit der zweiten Hälfte der 2000er-Jahre.

Es sind zum einen *Jürgen Habermas: Die Rolle des modernen Intellektuellen in tief gespaltenen Gesellschaften*¹ aus dem Jahr 2006 und zum anderen *Jean-François Lyotard: Der Widerstreit*² als positiver Prozess aus dem Jahr 1983 (deutsch 1989). Welche Figur und Rolle ist nötig, um den

Dialog wiederzubeleben (Habermas)? Und: Wie kann Demokratie erhalten und sogar besonders fruchtbar gemacht werden, wenn es fundamental inkommensurable Sprachspiele der Realitätskonstruktion und -deutung gibt, die weder Konsens noch Kompromiss erzielen und auch keine Aussicht darauf haben (Lyotard)?

Habermas geht das Problem von der Verteilung gesellschaftlicher Rollen in einer funktionierenden pluralistischen Gesellschaft an. Seine „klassische“ Position ist, dass – neben Legitimationsmechanismen und Bausteinen wie Verfassungspatriotismus statt Nationalismus oder Ethnozentrismus – mehr denn je die Figur des unabhängigen öffentlichen Intellektuellen unabdingbar ist, der im Prinzip keiner Paradigmengruppe zugehört, um Europas Demokratie zu erhalten und zu beleben. Dieser Intellektuelle sollte sich mit einer Portion Provokation – einschließlich eines Spiels mit politischer Inkorrektheit, das gefährlich an die Grenze zu populistischer Rhetorik reichen kann, diese aber nicht überschreiten darf – im Sinn der Vorwegnahme möglicher Gefährdungen des Gemeinwesens *antizipativ* hervortun. Dazu benötigt er Fingerspitzengefühl und einen „avantgardistischen Spürsinn für Relevanzen“, deren wirkliche Bedeutung er allerdings erst im Prozess herausfinden und erweisen kann. Die Position dieses „Freisprechers“ ist mit dem Risiko der Cassandra verbunden, aber auch mit einem bewussten Aufbrechen von Stereotypen vor allem und gerade auch sprachlich. Die Hinterfragung politisch korrekter Begriffe, ja politischer „Sprachpolizei“ an sich, aber auch der Produktion von Fakten und Relevanzen durch quantitative und qualitative Verfahren sehr unterschiedlicher Akteure gehört zu seinen Kernaufgaben.

Mit Blick beispielsweise auf den heutigen „Krieg um Fakten“, etwa zwischen Eurobarometer und dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung – seit 2015 werfen sie sich gegenseitig politisch tendenziöse Kunstproduktion von empirischen Zahlen vor –, erweist sich die Relevanz von Habermas' Ideen. Dass sogar seine Theorie selbst – aufgrund seiner Forderung, der Intellektuelle müsse den Mut haben, eine Art Cassandra (aber nicht nur) zu sein, um mögliche Zukünfte sowohl spielerisch als auch provokativ zu antizipieren – von Linkstheoretikern aus heutiger Sicht ins Lager der Populisten gerückt wird, die ihrer Ansicht nach ähnliche Verfahrensweisen praktizieren, um mit dem Schüren von Zukunftsängsten Politik in der Gegenwart zu machen, ist eine der großen Absurditäten unserer aktuellen Gesellschaftsdebatte.

MIT POPULISMUS GEGEN POPULISMUS?

Doch ebenso wenig wie Nation automatisch Nationalismus bedeutet, wie unter anderem Aleida Assmann gegen Robert Menasse geltend gemacht hat, bedeutet Antizipation sofort Populismus oder warnende Szenarienentwicklung sofort Angst-mache. Das Zusammenwerfen dieser verschiedenen Aspekte in ein und dasselbe war eine Entdifferenzierung, die vor allem die – in Zentraleuropa im Gefolge von 1968 bis heute öffentlich führende – intellektuelle Linke in ihrem hyper-moralischen Impetus der vergangenen Jahre, der an sich ein Rückzugsimpuls ist, vorgenommen hat. Den Verführungen begrifflicher Entdifferenzierung auf verein-

fachende Wirksamkeit ist sie vielfach erlegen – worin einer der Gründe ihrer heutigen realpolitischen Krise liegt. Dazu gehört auch das Abdriften von Teilen ihrer Vertreter in die Idee, gegen Rechtspopulismen einen neuen Linkspopulismus in Anlehnung an den Hegemoniebegriff Antonio Gramscis zu etablieren.

Doch wenn die Perspektive „Populismus gegen Populismus“ lautet, um den gewiss schwierigen, komplexen und oft wenig populären Anforderungen der Begriffs-differenzierung zu entgehen, kann nur Regression von Demokratie die Folge sein.

Der Ansatz von Habermas' Zeitgenossen *Jean-François Lyotard* dagegen geht, wie es der ideengeschichtlichen Tradition Frankreichs entspricht, detaillierter und prinzipieller auf die Verwendung von Sprache, Diskurs und Sprachspiel auf der Meso- und Mikroebene ein. Lyotard geht davon aus, dass Widerstreit zwischen inkommensurablen, also in jeder Hinsicht radikal unterschiedlichen Sprachspielen im Prinzip etwas Gutes ist. Er sollte in offenen Gesellschaften niemals abgeschlossen oder an ein „eindeutiges Ende“ gebracht werden. Das schließt ein, auch die unbedeutendsten Narrative, Argumentationsmuster, Deutungsweisen und Andeutungen der Realitätslektüre und -erzeugung mittels Diskurs gleichermaßen ins Gespräch einzubeziehen – sogar und ausdrücklich auch solche, die politisch inkorrekt sind.

Der militante Kommunist Lyotard, Gründungs-Mitglied der Gruppe „Sozialismus oder Barbarei“, war – wie heute unter anderem Mark Zuckerberg – ein Verteidiger des Rechts sogar von Holocaust-Leugnern, ihre Position öffentlich und an den Universitäten und vor der Öffentlichkeit darzustellen, um sie dann Schritt für

Schritt sachlich im vernünftigen Dialog zu dekonstruieren und zu berichtigen. Aus seiner Sicht darf niemand, absolut niemand, aus dem Gespräch ausgeschlossen werden, schon gar nicht aus politischer Korrektheit – andernfalls leidet die Demokratie, und die Populisten reüssieren. Um dies zu erreichen, müssen diejenigen, die keine eigene Sprache haben, die also mangels Alternative Diskurse und Begriffe benutzen müssen, in denen sie sich nicht wiederfinden, sogar aktiv darin unterstützt werden, ihre eigene Sprache zu finden – auch wenn dies dem Mainstream oder der gerade gültigen Vernunft widerspricht. Aus Sicht Lyotards darf es neben Marktschreibern, Angstmachern und Verführern eines am wenigsten geben: eine politische Korrektheit, die zur Sprachpolizei ausartet. Das würde den „freien Widerstreit“ der Diskursarten unterminieren – und eine Art „Diktatur mit anderen Mitteln“ errichten, die Gegenreaktionen wie etwa den Populismus hervorruft, die der Anfang vom Ende der Demokratie sein würden.

Das bedeutet jedoch ausdrücklich nicht, dass politische Korrektheit die Ursache für den Populismus ist; ebenso wenig, dass sie nur eine Reaktion darauf ist. Vielmehr gilt es, beides zu verhindern: Populismus und politische Korrektheit sowie außerdem die Blaseninformation sozialer Medien, die beide bedient, auf neue Grundlagen zu stellen, um die Diskursfreiheit offenzuhalten, weil darin Demokratie besteht, und zwar viel mehr als in den im engeren Sinne politischen und institutionellen Prozessen.

Habermas und Lyotard sind sich, trotz unterschiedlicher politischer Herkunftskulturen, Geschichtskontexte und Ausrichtungen, in einem zentralen Punkt

einig: Im Prinzip sollten im Diskurs einer offenen Gesellschaft alle mitreden dürfen, auch noch die Vertreter unbequemster Positionen, sofern sie formal noch im politischen Spektrum der Demokratie liegen – also nicht vom Verfassungsschutz für undemokratisch erklärt sind. Auch die verwendeten Begriffe und Sprachspiele sollten breitestmöglich erhalten und in ihrer Diversität, einschließlich gewisser provokativer und unkonventioneller Kräfte, sogar aktiv geschützt werden. Alle Ausschlussmechanismen sollten auf das Minimum reduziert werden, seien sie nun explizit oder implizit, offen oder verborgen.

Kein Zweifel: Beide in gewisser Weise zueinander komplementären Positionen, die von Habermas und von Lyotard, erfordern von allen heute im Spiel befindlichen Seiten Selbstüberwindung, Selbstkritik und Selbstbeschränkung. Das wird weder für Populisten noch für Politisch Korrekte, weder für Konservative noch Progressive in der heute diskursiv und paradigmatisch verfahrenen Situation einfach. Es ist aber unabdingbar, wenn wir die Demokratie und ihre paradigmatische Offenheit des Gesprächs, auf der sie fundamental beruht, für die kommenden Generationen erhalten wollen.

¹ Jürgen Habermas: „Ein avantgardistischer Spürsinn für Relevanzen. Die Rolle des Intellektuellen und die Sache Europas“, in: ders.: Ach, Europa. Kleine Politische Schriften XI, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2008, S. 77–87.

² Jean-François Lyotard: Der Widerstreit, Wilhelm Fink Verlag, München 1989 ff.

Aus dem Bläschen

Die Sicht eines Wortunterhalters

DJANGO ASÜL

Geboren 1972 in Deggendorf, Kabarettist, Buchautor, Kolumnist, 2018 mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet.

Eines gleich vorweg: Im Kampf gegen Entgleisungen ist natürlich mehr denn je die Deutsche Bahn das Maß aller Dinge. Kluge Köpfe in der Konzernspitze, die mitunter sogar einmal Spitzenpolitiker waren oder zumindest sich selber dafür gehalten haben, haben rational nachgedacht und praxisnahe Lösungen gefunden. Die Faustformel lautet: Züge, die im Zeitlupentempo oder am besten überhaupt nicht unterwegs sind, können auch

nicht entgleisen. Wer also in den Chor der Bahnkritiker einsteigen will ob immenser Zugausfälle und Verspätungen, sollte in Zeiten allgemeiner Hetzerei erst mal bedenken, welchen wichtigen Beitrag die Bahn zur Entschleunigung leistet. Und da ist noch gar nicht die Rede von Ressourcenschonung. Und doch ist die Unzufriedenheit mit der Bahn quasi zum Greifen, weil manch ein Zugausfall so manch verhinderten Zugfahrer dazu animiert, dem völlig unschuldigen Schaffner am Bahnsteig an den Kragen zu gehen.

Eine nicht entgleisende Bahn ist also kein Erfolgsmodell, wenn dieses Resultat nur dem Umstand zu verdanken ist, dass sich der Zug mitsamt Insassen gar nicht

erst in Bewegung setzt. Auf die Gesellschaft übertragen: Wo keiner mit keinem redet, kann es auch nicht zu Entgleisungen kommen. Ob die Gesellschaft dann aber funktioniert, steht auf einem ganz anderen Blatt. Falls dieses Beispiel zu weit hergeholt ist, hilft die ideale Überleitung, die da lautet: jetzt aber zum eigentlichen Thema.

Mich in meiner Funktion als Wortunterhalter in dieser Angelegenheit einzuspannen, ist einerseits selbstverständlich eine große Ehre. Auf den ersten Blick aber andererseits schon auch irgendwie ein Widerspruch in sich. Meine berufliche Grundkonstellation ist nämlich äußerst schlicht: Ich stehe auf der Bühne. Und die Zuhörerschaft sitzt unten. Ich rede. Der Rest schweigt. Zwischenrufe sind zwar willkommener Anlass für Improvisation. Sollten sich Zwischenrufe häufen, wäre dem Zwischenrufer solider Furor sicher. Nicht von mir, sondern seitens des Publikums, das Eintritt gezahlt hat, um mir statt einem/einer aus der Zuhörerschaft zulauschen. Für Debatten jedweder Art ist dieses Szenario folglich ungeeignet. Hat aber den Vorteil, dass dadurch auch Entgleisungen keine Chance haben. Ich bin also beruflich gesehen eine sehr singuläre Blase. Ein Bläschen.

UMARMEN, BIS DIE RIPPEN KRACHEN

Meine Sozialisation verschaffte mir dennoch eine sehr solide Grundausbildung in Sachen Debattenkultur. Ab dem vierten Lebensjahr war ich auf ehrenamtlicher Basis ständiger Beisitzer an einem niederbayerischen Stammtisch. Jeden Sonntag

acht bis zehn Herren der Jahrgänge 1934 bis 1942. Es war ein sehr konsensualer Stammtisch. Ohne erkennbare Agenda ging es da hoch her. Ein sehr harmonischer Austausch von bestehenden Gewissheiten. Es herrschte eine maximal tolerante und offene Sicht auf die Statements untereinander, weil es nicht nur die Bestätigung, sondern regelrecht die Zementierung des eigenen Weltbilds war. Da durfte es auch jederzeit ruppig zugehen, weil die Ruppigkeit nie zu einer Frontbildung geführt hätte. Im übertragenen Sinne hat da jeder jeden herzlich umarmt, bis die Rippen krachten. Nicht von ungefähr besuche ich diesen Stammtisch immer noch von Zeit zu Zeit.

Daneben habe ich, um auch unter der Woche ausgelastet zu sein, einen weiteren Stammtisch, der mich sozusagen adoptiert hat. Dieser Stammtisch debattiert nicht sonntäglich, sondern knallhart jede Woche Montag bis Samstag mit Ausnahme von Feiertagen. Hitzig wird es höchstens bei der Beurteilung diverser fußballerischer Leistungen in der Bundesliga oder Champions League. Wenn sich nicht zeitnah eine übereinstimmende Meinung am Tisch hervortut, belässt man es generös bei einem „Schau ma moi, dann sengmascho“. Hochaktuelle Versionen von Political Correctness haben da selbstredend nicht gerade Hochkonjunktur, weil ein diesbezügliches Update im eigenen Umfeld nicht vorgesehen ist oder mit großer Wahrscheinlichkeit gar für überflüssige Irritationen sorgen könnte. Eine Eskalation am Stammtisch hat aber definitiv keine Chance, weil jeder Anwesende weiß: Am nächsten Tag droht ein Wiedersehen, und an sich besteht der ganze Haufen aus Menschen, die miteinander können und wollen.

So einen Mikrokosmos auf den Makrokosmos eins zu eins zu übertragen, wäre der Wunschtraum aller, die ohne Sturzhelm und Brustpanzer den Alltag meistern wollen. Die Alternativlosigkeit, die die Bundeskanzlerin zur Ultima Ratio ihrer Regierungsarbeit gemacht hat, hat sich aber, vom Kanzleramt aus startend, auf den Weg gemacht durch alle Gruppierungen dieser Gesellschaft. Die Digitalisierung sorgt da noch für den zusätzlichen Turbo. Was eben noch ein Standpunkt war, entwickelt sich *powered by* Twitter und Facebook zu einer Standlawine, die keine Gefangenen macht. Wer anderer Meinung ist, dem wird sofort ordentlich eingeheizt. Wozu noch gediegene Dialektik, wenn es ein Shitstorm auch tut? Wer da noch auf Maß und Mitte setzt, steht schnell als wirrer Phlegmatiker da und wird umgeblasen. Wer nicht willens oder fähig ist, extreme Positionen zu vertreten, erntet im Chor der Marktschreier nur verständnisloses Kopfschütteln und erratisches Schulterzucken.

DAMPF ABLASSENDE DURCHSCHNITTSBÜRGER

Ein gewisser Überdruck baut sich auf in der Gesellschaft, weil die Regierungsarbeit der Großen Koalition sich durch ambitionierten Unterdruck auszeichnet. Bei den großen Themen wie Wohnen, Digitalisierung, Mobilität und natürlich Migration schwirren zwar irgendwelche Ideen und Leitlinien umher. Doch mündet all das nicht in spürbare und nachvollziehbare Resultate. Nur ein exemplarisches Beispiel: Die Sozialetats schwellen an, was aber nicht unbedingt zu Linde-

rung von Not in großem Stil führt. Auf einen einfachen beziehungsweise vereinfachenden Nenner gebracht: Je mehr Geld der Staat für Arme ausgibt, umso mehr Arme gibt es. Die einen zahlen mehr, ohne dass andere mehr kriegen. Das macht den Durchschnittsbürger, der sich um seine Sicherheit jedweder Art Gedanken macht, nicht unbedingt entspannter. Wer sich dann einen Kanal sucht und findet, um sich zu artikulieren, lässt dann richtig Dampf ab. Mit der Verhältnismäßigkeit der Mittel, Gedanken und Worte ist es dann nicht mehr weit her – egal, ob im Internet oder auf dem Marktplatz.

Mittlerweile können einem sogar die Volksvertreter leidtun. Die haben auch begriffen: Wer sich Gehör verschaffen will, muss schon mit sehr schrillen Thesen um Eck kommen. Sonst geht man ruckzuck unter im Ozean der Dauerposterei. Gerade weil alles so schnelllebig geworden ist, befindet sich auch die Politik im Dauerkampfkampf. Was der Politik umso weniger Luft lässt zum Gestalten. Was wiederum die Leute im Lande auf die kommunikativen Barrikaden treibt. In Anlehnung an die am Anfang erwähnte Deutsche Bahn ist tatsächlich allen Beteiligten des öffentlichen Diskurses ein bisschen Entschleunigung zu empfehlen.

Und so kommen wir nun zum konstruktiven, also irrationalen Teil: Wir alle dürfen uns zusammenreißen und begreifen, dass es immer andere Ansichten als unsere eigenen gibt und geben wird. Die Frage ist, wie schnell man lernt, damit umzugehen. Falls was Illegales unsere Entgleisungsphantasien beflügelt, hilft die Einsicht, dass sich darum nicht ein von Hassparolen begleiteter Baseballschläger oder eine sich unverstanden führende Machete kümmern sollte, sondern

der Sicherheitsapparat mitsamt Justiz. Der Mensch kann glücklicherweise eine Menge Energie freisetzen und diese unglücklicherweise sehr zum Schaden anderer einsetzen. Das ist eine traurige Binsenweisheit der Geschichte. Zumal man sich so auch die eigene Gesundheit zugrunde richten kann. Also warum nicht diese Energie positiv nutzen, indem das eigene Umfeld gestärkt wird? So ziemlich jeder hat Familie, Vereine, Freunde um sich. Also eine Art Stammtisch im weitesten und breitesten Sinne. Es ist jedenfalls jedem und jeder zu wünschen, dass er und sie nicht nur digital vernetzt sind, sondern auch im echten Leben. Wer sich dort einbringt, setzt sich quasi auf das richtige Gleis.

MORGEN WIEDER AM STAMMTISCH

Entgleisungen werden dadurch obsolet. Und was die Debattenkultur betrifft, reicht sogar der simple kategorische Imperativ. Denn wenn ich jeden anbrülle, dessen Ansichten nicht deckungsgleich mit meinen

sind, sind die Stimmbänder schnell im Eimer und in der Folge auch die Ohren. Denn getreu dem Prinzip *Actio* gleich *Reactio* wird auch der Ton der Gegenseite im Umgang mit mir ähnlich konziliant sein. Sollte der Kombattant gar nicht debattieren wollen, sondern lediglich eine Monsterschallwelle in die Welt setzen, hat die Debatte ihren Namen sowieso nicht verdient und verliert ihre Daseinsberechtigung. Da braucht sich keiner Illusionen zu machen. Es wird immer Debatten geben, wo einfach verschiedene Ansichten und Philosophien aufeinanderprallen.

Da wird keiner dem anderen recht geben können, weil er einfach mit der Welt des anderen nichts anfangen kann. Das ist subjektiv nicht immer angenehm, weil es womöglich die eigene Komfortzone tangiert, ist aber dennoch objektiv legitim. Gut, es mag schon pathetischere Schlussworte in Beiträgen über Debattenkultur gegeben haben. Diese hier sind jedenfalls realistischer Natur. Zugegebenermaßen tu ich mich da auch leicht, weil ich weiß, dass ich morgen Vormittag selber wieder erfolgreich debattiere am Stammtisch. Mit gewissem Ausgang.

Längst nicht Retro!

Rhetorik bleibt ein politisches Instrument

KARL-HEINZ GÖTTERT

Geboren 1943 in Koblenz, emeritierter Professor für Ältere Deutsche Literatur, Universität zu Köln, Buchautor. Im S. Fischer Verlag zuletzt erschienen: „Abschied von Mutter Sprache. Deutsch in Zeiten der Globalisierung“ (2013), „Mythos Redemacht. Eine andere Geschichte der Rhetorik“ (2015).

Die Prognose eines Untergangs der Redekultur ist alles andere als neu. Um nicht zu weit zurückzugreifen, sei an den Staatsrechtler Carl Schmitt erinnert, der diese Prognose in Zeiten der Weimarer Republik vertrat, etwa in seiner erstmals 1923 erschienenen Schrift *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*. Statt Diskussion und Öffentlichkeit zu den Grundpfeilern der Demokratie zu machen, seien „alle öffentlichen Angelegenheiten in

Beute- und Kompromissobjekte von Parteien und Gefolgschaften“ verwandelt worden. Von dort ist es nicht weit zum Schluss, dass „die Epoche der Diskussion überhaupt zu Ende [gehe]“. Für wirkliche Diskussion müsse der „Kampf der Meinungen“ gelten, die „Bereitschaft, sich überzeugen zu lassen“. Stattdessen habe die „moderne Massendemokratie die argumentierende öffentliche Diskussion zu einer leeren Formalität gemacht“, gewisse

Normen des Parlamentsrechtes wirkten „wie eine überflüssige Dekoration, unnütz und sogar peinlich, als hätte jemand die Heizkörper einer modernen Zentralheizung mit roten Flammen angemalt, um die Illusion eines lodernen Feuers hervorzurufen [...] Das Argument im eigentlichen Sinne, das für die echte Diskussion charakteristisch ist, verschwindet.“

Was Schmitt formuliert, übertreibt nur einen Standpunkt, den das humanistische Gymnasium mit seiner Bevorzugung der (platonischen) Philosophie gegen die (aristotelische) Wissenschaft schon immer vertrat. Die Position der Rhetorik liegt demgegenüber gerade darin, sich von einem Argument „im eigentlichen Sinne“ zu verabschieden, weil es dies unter Bedingungen politischer oder moralischer Fragen (im Gegensatz zur Geometrie) nicht gibt. Was es gibt, sind Argumente in der Vielzahl und manchmal äußerst unbequeme Diskussionen. Aristoteles ging es darum, das dabei nötige Vorgehen methodisch in den Griff zu bekommen, will sagen: die Anforderungen an Sachbezogenheit, argumentative Möglichkeiten und emotionale Unterstützung ausgewogen zu halten. Es ging ihm mit anderen Worten um Rationalität, aber mit Bezug auf ein Publikum. Man kann durchaus von einer geminderten Form von Rationalität sprechen. Zugespitzt formuliert, kann man sogar von einem Ersatz der Wahrheit durch Macht sprechen, durch die Macht der Redekunst. Wer den Spagat zwischen einem (falschen) „Überreden“ und einem (richtigen) „Überzeugen“ macht, glaubt nicht an Rhetorik – wie Schmitt, der bekanntlich die Lösung im Faschismus sah.

Man hat richtig gelesen: Ja, Rhetorik will überreden, die Römer anerkannten nur diesen einen Begriff (*persuadere*), das Überzeugen (*convincere*) im Sinne von „jemanden mit Zeugen zu etwas bringen“ war nur eine spezielle Variante. Aber man sieht auch das heutige Problem. Es könnte sein, dass es für dieses Überreden aus einem anderen Grund enger wird, als Schmitt meinte. Nicht weil jede Diskussion aufgrund von Interessen oder sonstigen Manövern aus dem Ruder laufen kann, sondern weil sie verweigert wird – zum Beispiel durch das Vorbringen „alternativer Fakten“ oder durch massive Beeinflussung in den Social Media. Das weltweite Auftreten der ultrarechten Populisten ist nicht nur mit einer politischen „Meinung“ verbunden, sondern mit genau diesen „Strategien“. Während Schmitt das Ende der Redekunst erwartete, weil die Demokratie „guten“ Argumenten den Boden entziehe, erwartet man heute dieses Ende eher von einer Auflehnung gegen Argumente überhaupt. Statt rhetorischer Kunst herrscht eine Form „direkter“ Äußerung der „Wahrheit“: als Hassmail zum Beispiel. Man *kündigt* den Vertrag mit der geminderten Rationalität.

Aber stimmt die Diagnose? Im anonymen Internet sicher, man muss sich jedenfalls ernsthaft Sorgen machen. In der analogen Öffentlichkeit jedoch ist es nicht so weit. Auch Populisten schätzen vor ihrem Publikum rhetorische Kunst. Und vor allem: Die sehr viel größere Zahl der Anhänger schätzt sie offensichtlich auch, wie der Jubel zeigt. Dies sei mit konkreten Beispielen belegt.

Ich beginne mit Donald Trump und beziehe mich auf die Rede anlässlich seiner Vereidigung auf den Stufen des Kapitols am 9. November 2016, die *Election Victory Speech*. Dazu muss zunächst gesagt werden, dass die Formulierungen nicht von ihm selbst stammen und auch nicht zu stammen brauchen – dafür gibt es seit Langem in der ganzen Welt Redenschreiber. Aber auch Trump wird nur vortragen, woran er selbst glaubt. Bemerkenswert ist zunächst, dass sich die gesamte Rede an ein Vorbild anlehnt, das hinsichtlich von Redekunst eine amerikanische Ikone darstellt: an die *I have a Dream*-Rede von Martin Luther King am 28. August 1963 beim „Marsch auf Washington“, übrigens genau gegenüber dem Ort, an dem Trump vereidigt wurde. Es ist irrelevant, ob Trump selbst oder seine jubelnden Anhänger damals die King-Rede „mitgehört“ haben. Aber es waren Elemente dieser durch und durch rhetorisch geformten Rede, die immer noch überzeugend wirken sollten und offenbar auch so wirkten.

KINGS „TRAUM“ – TRUMPS „VISION“

Die wichtigste Übereinstimmung liegt in Trumps Verkündung seiner „Vision“, die an Kings „Traum“ anschließt – auch wörtlich, denn zweimal ist von „träumen“ die Rede. Weiter geht es um die Zurückweisung des „Redens“ gegenüber der Aufforderung, etwas zu „tun“. Weiter die Herausreichung der „Not“: bei King derjenigen, die sich aus der mangelnden Freiheit der Schwarzen ergibt („verkrüppelt durch die Fesseln der Rassentrennung [...] schmachtet der Neger noch immer [...] befindet sich im eigenen Land im Exil“); bei Trump derjenigen, die aus der mangelnden Beteiligung des einfachen Volkes am Reichtum im Lande folgt („das Volk hat die Kosten getragen [...] nichts von dem Reichtum gehabt [...] in Armut gefangen“). Weiter gibt es die Übernahme pathetischer Beschreibungen, etwa der „windgepeitschten Ebenen von Nebraska“ bei Trump, die die „schneebedeckten Rocky Mountains“ beziehungsweise die „geschwungenen Hänge Kaliforniens“ von King aufnehmen. Auch das „von Berg zu Berg, von Ozean zu Ozean“ bei Trump klingt nach „von jeder Stadt und jedem Weiler, von jedem Staat und jeder Großstadt“ bei King. Schließlich ist die Formulierung Trumps „egal, ob wir schwarz oder braun oder weiß sind“ ebenso eine Wiederholung der „schwarzen und weißen Menschen, Juden und Heiden, Protestanten und Katholiken“ bei King wie die Betonung der Gemeinsamkeit; bei Trump mit „Wir teilen ein Herz, eine Heimat und ein ruhmreiches Schicksal“, bei King mit der Fähigkeit „zusammen zu arbeiten, zusammen zu beten, zusammen zu kämpfen, zusammen für die Freiheit aufzustehen“.

Die Trump-Rede – darauf kommt es mir an – stellt sich in die Tradition der Freiheitsrede, die aus der Sklavenbefreiung stammt. Trump erscheint damit letztlich als derjenige, der Amerika aus der Sklaverei führt, die die Demokratie

errichtet und das anwesende Establishment verteidigt hat – eine unglaubliche Beleidigung. Aber eben auch eine (jedenfalls in Amerika) ganz normale rhetorische Präsentation. Man wundert sich allenfalls, dass sie einem twitternden Präsidenten von seinen Anhängern so euphorisch abgenommen wird.

POPULISMUS UND DEMOKRATISCHE REDETRADITION

Mein zweites Beispiel gilt dem Auftreten der Alternative für Deutschland (AfD) beziehungsweise ihrer Redner. Ich spreche nicht von den Provokationen, die vor allem im Netz kursieren. Auch nicht von Reden ausschließlich vor Anhängern mit den bekannten Entgleisungen, etwa von Alexander Gauland („Fliegenschiss“) oder Alice Weidels Reaktion (das Jahr 2018 beginne mit „der Unterwerfung unserer Behörden vor den importierten, marodierenden, grapschenden, prügelnden, Messer stechenden Migrantenmobs, an die wir uns gefälligst gewöhnen sollen“) auf eine Twitter-Nachricht von Beatrix von Storch vom Silvesterabend 2017. Ich beziehe mich auf eine Rede von Alice Weidel vom 16. Mai 2018 im Rahmen der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages.

Weidel beginnt mit einem Zitat von Kardinal Richelieu, wonach der Staatshaushalt „den profanen Augen des Untertanen entzogen“ werden müsse – Vorbild für die Große Koalition. Es kommt dabei nicht auf die „Richtigkeit“ an, sondern auf das Vorzeigen von Bildung, das Autorität sichert. Diese Autorität lässt sich dann durch rhetorische Formulierungen weiter stützen, durch ironische Wortspiele („pünktlich zur Vorstellung des Haushaltes beginnt das Tarnen und Täuschen“), durch Antithesen („Statt dem Souverän, dem Bürger, reinen Wein einzuschenken, werden vollmundige Sonntagsreden gehalten“), durch Metaphern („Es ist nämlich die Schattenverschuldung, die Sie der jüngeren Generation wie einen Mühlenstein um den Hals gehängt haben“), durch eindringliche Wiederholungen („kein Widerspruch zum gigantischen Transfer von deutschem Steuergeld, kein Widerspruch zu einem EU-Finanzminister“), durch logische Schlüsse (mit der Null- und Negativzinspolitik der EZB entschuldete sich der Staat „also auf Kosten der Sparer und Steuerzahler“), durch haarsträubende Beispiele (der brave Kumpel hat ins Rentensystem eingezahlt und darbt, der ehemalige Leibwächter von Osama Bin Laden fährt dank großzügiger Unterstützung mit dem Moped ins Grüne), durch Aufzählungen („Burkas, Kopftuchmädchen, alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand [...] nicht sichern“).

Was ich sagen will: Vor der Öffentlichkeit greifen auch Populisten auf Rhetorik zurück, sogar auf eine besonders ausgefeilte. Populisten mögen mit „völkischen“ Verheißungen die differenzierte moderne Massengesellschaft samt der Demokratie angreifen: Zu punkten suchen sie mit deren kulturellen Traditionen. Der Grund dafür liegt darin, dass es längst nicht so weit ist, wie

Schmitt oder andere Untergangsprognostiker glauben. Die Zeugnisse für die Wirkung rhetorisch geformter Reden sind Legion. Wer will, kann es anhand von Paradebeispielen wie etwa der Rede Richard von Weizsäckers anlässlich des 40. Jahrestags des Kriegsendes studieren. Selbst der viel geschmähte Deutsche Bundestag enthält vorzeigbare Beispiele, auch solche, die nicht wie im Falle von Weidel mit Fremdenhass und sonstigen Schmähungen angereichert sind. Wenn ich abschließend dazu zwei etwas ungewöhnliche Beispiele anführe, dann deshalb, weil sie nicht nur die Kunst der Redner belegen, sondern noch mehr die starke Wirkung beim Publikum, die sich in entsprechenden Klickzahlen im Netz bekundet.

DAS RISIKO DER „SUADA“

Das erste Beispiel hat wohl jeder noch vor Augen – ich meine die Rede, die Bischof Michael Curry am 22. Mai 2018 anlässlich der Trauung von Prinz Harry und Meghan Markle in Windsor gehalten hat: *The Power of Love*. Das gesamte Auftreten war rhetorisch: die Lebendigkeit des Vortrags, aber auch das Feuerwerk der Parallelismen, Anaphern und besonders der Wiederholungen, die immerfort den Begriff der „Liebe“ umkreisten. Die Kommentatoren wussten sich kaum zu drehen und zu wenden, um die umwerfende Wirkung dieser scheinbar aus der Zeit gefallen „Predigt“ zu schildern.

Das zweite Beispiel bezieht sich auf die Rede der damals fünfzehnjährigen Greta Thunberg auf dem UN-Klimagipfel in Kattowitz am 16. Dezember 2018. Es kann sein, dass diese anrührende Rede als sprachlich schlicht betrachtet wird – die Sätze sind ja wirklich kurz. Aber gerade diese Rede, bei der ich die keineswegs wertmindernde Mitwirkung von Profis vermute, ist rhetorisch bis in die letzte Silbe geschliffen. Überall finden sich Antithesen („Sie sprechen [...], aber einzig sinnvoll ist es zu handeln“), Paradoxe („Sie sind nicht erwachsen genug [...], selbst das überlassen Sie uns Kindern“), sogar ein veritables aristotelisches Enthymem, also eine verkürzte Schlussfolgerung („Wenn ein paar Kinder es schaffen [...], was erst, wenn alle es wollen“). Und am Ende, nach permanenten Anaphern und Parallelismen, folgt auch noch eine beinahe Schiller'sche Sentenz: „Die wirkliche Macht gehört den Menschen.“

Es funktioniert also noch, Rhetorik ist längst nicht Retro. Man weiß, dass im wahren Leben endgültige Wahrheiten nicht zu haben sind, und verlässt sich deshalb auf die Kraft der Überredung, akzeptiert die emotionale Seite, vertraut sich einem Redner an, der mitreißt. Die Gefahren sind bekannt, Aufklärer wie René Descartes oder Immanuel Kant fanden das Risiko der „Suada“ im *persuadere* zu hoch. Noch größer aber erscheint das Risiko, auf diese Kultur, der wir so viel zu verdanken haben, zu verzichten. Es sieht auch nicht wirklich danach aus. Selbst die Populisten wissen, dass Provokationen allein auf Dauer nicht genügen.

Bad is beautiful

Wie schlechte Nachrichten den Journalismus prägen

GÜNTER BANNAS

Geboren 1952 in Kassel, 1999 bis 2018 Leiter des politischen Ressorts im Hauptstadtbüro Berlin der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Buchautor, 2018 mit dem Theodor-Wolff-Preis für sein Lebenswerk ausgezeichnet.

Die aus dem anglo-amerikanischen Raum kommende Sichtweise des Journalismus hat sich längst in Deutschland durchgesetzt: Schlechte Nachrichten sind gute Nachrichten. „Schlechte“ Nachrichten erregen Leser, Hörer und Fernsehzuschauer. „Gute“ Nachrichten langweilen das Publikum, „schlechte“ Nachrichten lassen sich vermarkten. „Gute“ Nachrichten werden nicht zur Kenntnis genommen. Ein ICE, der pünktlich am Zielort eintrifft – na und? Ein ICE, der liegen bleibt – das ist eine Story. Eine Fähre, die mit ihren Passagieren wohlbehalten ihren Hafen erreicht – das ist normal. Der Untergang eines Schiffes – das ist ungewöhnlich. Vermeldenswert

ist das Außergewöhnliche. Das, was selten geschieht. Mit Sarkasmus oder auch schwarzem Humor versehen, so bekamen wir es vor Jahr und Tag von Altvorredern des Nachrichtengewerbes zu hören, lautet die Zuspitzung von „Bad news are good news“ auf Deutsch übertragen auch so: „Tote beleben die Sendung.“

Nun sollte man darüber nicht in kulturpessimistische Stimmung geraten, nach dem Motto, so sei er nun einmal, der Journalismus, der die Welt immer nur schlechtredet und widerwärtig erscheinen lässt. Jene Teile des Publikums, die AfD- und Pegida-nah gern und besinnungslos dem professionellen Journalismus vorwerfen, „Fake News“ zu verbreiten, leben selbst am allermeisten von den „schlechten“ Nachrichten. Sie können gar nicht schlecht genug sein, um ihr Gift in die politische Debatte zu träufeln und Vorurteile zu schüren.

SO WOLLEN ES DIE LEUTE

Es sollte aber nicht so getan werden, als wäre das breite, nicht von der Alternative für Deutschland (AfD) und Pegida infizierte Publikum frei davon, ebenfalls nach dem Grundsatz „Schlechte Nachrichten sind gute Nachrichten“ zu verfahren. Rückkehr also zu der Erfahrung mit der Eisenbahn: Wer würde schon beim Partygeplauder mit Freunden Eindruck schinden (wollen), sein Zug sei (nahezu) pünktlich angekommen? Vier Stunden Verspätung – das ist einer Erzählung wert. Und Politiker, die ordentlich ihre Pflicht tun, fleißig sind, dem Lande dienen und sich nichts zuschulden kommen lassen? Nächstes Thema, wäre die Reaktion der Umstehenden. Bloß keine Langeweile aufkommen lassen! So wollen es die Leute – die Erzähler und die Zuhörer. Liegt es im Menschen, am Zeitgeist oder an den Umständen? Oder gar am Land? Redet „der Deutsche“ lieber Schlechtes als Gutes?

Nehmen wir den Sommer vergangenen Jahres. Die Getreidebauern klagten über die Hitze. Obstbauer und Winzer freuten sich. Ergo: Der Getreidebauer stand im Mittelpunkt der Betrachtungen. Obstbauer und Winzer waren randständige Figuren und gar so etwas wie Kriegsgewinnler.

Gewiss ist alles differenziert zu sehen. Gewiss ist es auch schon deswegen so, weil es „den“ Journalisten ebenso wenig gibt wie „den“ Politiker oder gar „den“ Menschen. Wir sind alle Individuen. Doch gewiss ist es auch so, dass sich eine Stimmung breitgemacht hat, immer bloß das Schlechte zu sehen und – wenn schon – das Schlechte im Guten. Wenn schon der Zug pünktlich ist, dann war wenigstens die Klimaanlage falsch eingestellt. Oder auch: Sie hätte falsch eingestellt gewesen sein können. Dann hätten die Leute gefroren oder geschwitz. Und wäre der Zugbegleiter höflich und zuvorkommend gewesen, dann hätte er sich bei den Reisenden lieb Kind machen wollen. Und hätte er einer Verspätung wegen Schokoladentafelchen verteilt, hätte das später einmal zu einer Fahrpreiserhöhung führen können, ja führen müssen.

Oder wenn schon zu keiner Fahrpreiserhöhung, dann wenigstens dazu, dass das Zugpersonal schlecht bezahlt oder die Bahnhöfe nicht säuberlich gepflegt werden. Logisch – oder? Was denn auch sonst. Und wenn die Schokoladentafelchen tatsächlich auf Kosten des Schokoladentafelchenfabrikanten (vulgo: Sponsor) gehen, würde es heißen: Der hat die Bahn gekauft. Klarer Fall von Korruption also. Was denn auch sonst. Beziehungsweise auch: Bald steigen die Preise von Schokolade.

„KEIN FRÖHLICHER FURZ“

Im (ganz) Kleinen ist es wie im (ganz) Großen – im Gerede am Stammtisch wie in Zeitungen und im Fernsehen und in den Reden in Parlamenten. „Alles hängt mit allem zusammen“, wird gern gesagt, und ein Körnchen Wahrheit steckt in dem Spruch auch. So gesehen ist das, was für das sogenannte Berliner Politikmilieu gilt, ein Spiegelbild der sogenannten Gesellschaft. Martin Luther wird das Zitat „Aus einem verzagten Arsch kommt kein fröhlicher Furz“ zugeschrieben. Und tatsächlich ist es ja so. Mundwinkel runter – so laufen die Leute herum. In Berlin und anderswo auch. Sorgenzerfurchte Gesichter. Ziemlich kritische Augenaufschläge. Skeptizismus, wohin das Auge schaut. Dass alles gut werde? Wer könnte denn so naiv sein? Und ein Naivling will keiner sein – „die“ Politiker nicht und „die“ Journalisten schon gar nicht. Lachen, fröhlich sein – verboten. Wenn aber immer nur Pessimismus verbreitet wird, verbreitet sich Überdross: gegenüber Medien, Parteien und Parlamenten. Gar darüber hinaus?

Die Debatten über die Migration spiegelten das wider. Schon mit der Begrifflichkeit fing es an: Das Wort „Flüchtlingskrise“ bürgerte sich ein. „Krise“ – das ist rundum gefährlich, bedrohlich, angstbesetzt. Es betraf nicht einmal die Menschen, die auf der Flucht waren, weil sie es bei sich zu Hause nicht mehr aushielten. Wegen Krieg, Verfolgung oder auch Not. „Krise“ – das sollte Stimmungen von Inländern beschreiben und schürte überdies noch bei ihnen diffuse Ängste, selbst wenn sie gar nicht betroffen waren. Gestützt wurde das durch die Macht der Bilder: Filmaufnahmen von vielen Menschen auf der Flucht, die zu „Massen“ wurden, als ob sie Invasoren aus Afrika und Arabien seien. Nicht mehr das Schicksal der Flüchtlinge, das im Mittelmeer ertrinkende Kind etwa, geriet in den Mittelpunkt von Debatten in der Politik und in der Berichterstattung, sondern der Protest und die Wut derer, die in Sicherheit wohnen. Es war kennzeichnend, dass die fremdenfeindliche Wahrnehmung sich gerade dort verstärkte, wo es keine oder wenig „Fremde“ gab. Sicher, es gab krisenhafte Zuspitzungen. Dann etwa, wenn eine kleine Ortschaft buchstäblich über Nacht hundert Menschen aufzunehmen hatte. Das vorab zu organisieren, war in jenen Monaten nur selten möglich. Wie denn auch? Bürgermeister beschwerten sich oft auch zu Recht, dass sie

„von oben“ – von Landesregierungen und der Bundesregierung – im Stich gelassen worden seien.

Die Herausforderungen wurden bewältigt. Die „Krise“ aber blieb. Angela Merkels optimistisches „Wir schaffen das“ war nach wenigen Wochen, Tagen schon, verdrängt worden. Es galt vielen plötzlich als Beleg dafür, die Bundeskanzlerin habe sich vom Volk entfernt und betreibe eine weltfremde Politik. Der Satz wurde zielgerichtet nicht mehr als Ausdruck menschlicher Humanität, sondern politischer Naivität wahrgenommen. Wieder galt der Grundsatz „Schlechte Nachrichten seien gute Nachrichten“ – und umgekehrt. Hilfsbereitschaft für Menschen in Not war nur ein paar Tage lang für „Nachrichten“ gut. Tauglicher waren andere Nachrichten: Etwa, weil Flüchtlinge in Turnhallen unterzubringen waren, falle der Sportunterricht oder eine Trainingseinheit des Vereins aus – wobei dies, auch das gehört zur Medienwirklichkeit, kaum eine Nachricht mehr wert war, als die Turnhallen wieder zum Sport genutzt werden konnten. Nach den Gesetzmäßigkeiten der Medien waren „am allerbesten“ Ereignisse, die in der „Kölner Silvesternacht“ kulminierten. Das war eine richtig schöne schlechte Nachricht.

POLITISCHE POLARISIERUNG

Der Terminus „Kölner Silvesternacht“ erinnert – Zufall oder nicht – an weit in dunkler Vergangenheit liegende, also nur noch als Inbegriff des Grauens bekannte historische Ereignisse wie die „Bartholomäusnacht“, als im 16. Jahrhundert Tausende Hugenotten in Frankreich ermordet wurden. Nicht nur das Ereignis selbst, sondern auch das Wort „Kölner Silvesternacht“ schien denen recht zu geben, die mit dem Vorwurf operierten, die Flüchtlingspolitik sei Ausdruck der „Herrschaft des Unrechts“. Der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer hat diese Sicht der Dinge popularisiert, was wiederum zeigt, dass nicht bloß „die Medien“ von schlechten Nachrichten „leben“, sondern Politiker ebenso. „Herrschaft des Unrechts“ ist schlagzeilenträchtig und schürt Stimmungen. Eine „gute“ Nachricht also, und, wie es sich erwiesen hat, auch ein wirkungsvolles Instrument in der politischen Auseinandersetzung. Und wie so oft gibt es ehemalige Verfassungsrichter, die in diesem Sinne die Politik Angela Merkels (und nicht nur diese) kritisierten.

In ihrem Buch *Die Zauberlehrlinge* haben die juristisch ausgebildeten Journalisten Stephan Detjen und Maximilian Steinbeis nachgezeichnet, wie dieser Begriff die politische Debatte verheert hat. „Herrschaft des Unrechts“ seitens der Bundeskanzlerin und der Bundesregierung, so wie in der Türkei unter dem Autokraten Erdoğan? Zu keinem Verfahren vor Gerichten oder vor dem Bundesverfassungsgericht ist es gekommen, das Klärung hätte schaffen können. Seehofer hatte es angekündigt, aber am Ende doch nicht gemacht. Die Giftspritze aber hatte ihre Wirkung getan. Angela Merkel drang als Person

und mit ihrer Politik nicht mehr durch. Auf dem Feld der politischen Kommunikation hatte sie verloren. „Politiker und Journalisten stecken unter einer Decke“, lautet ein verqueres Urteil von Leuten, die an Verschwörungstheorien glauben. Sie denken dabei immer nur an „das System Merkel“. Stimmt selbst das nicht mehr?

Nicht nur wegen der Angelegenheiten der Flüchtlingspolitik, sondern auch wegen der gemeinsamen europäischen Währung („Euro-Krise“ wurde das bezeichnenderweise genannt) hat sich die Debattenkultur in Deutschland verändert. Eine politische Polarisierung hat sich breitgemacht, wie es sie lange nicht mehr gegeben hatte. Im Sinne der Unterscheidbarkeit und der Klärung von Positionen nutzt sie dem demokratischen Prozess der Willensbildung.

MÜSSEN NIEDERLAGEN „KRACHEND“ SEIN?

Doch ist das eine neue Erfahrung für eine Generation, die Reden von – beispielsweise – Franz Josef Strauß, Herbert Wehner, Joschka Fischer im Bundestag nicht erlebt hat, sondern vom konsensualen Stil Angela Merkels und ihrer Zeit im Kanzleramt geprägt worden ist. Längst vorbei und fast schon vergessen sind die Jahre, als sich bei Wahlen zum Bundestag und zu den Landtagen zwei Lager gegenüberstanden und bekämpften. „Lagerwahlkampf“ hieß das zu Zeiten Helmut Kohls. „Freiheit statt Sozialismus“ war ein Wahlkampf-motto der Unionsparteien zur Bundestagswahl 1976, als „Sozialismus“ mit Sowjetunion und DDR und den Unterdrückungssystemen dort gleichgesetzt wurde. Über die Ostverträge und über „Hessische Rahmenrichtlinien für Gesellschaftslehre“ (in der Bildungspolitik) wurde gestritten, als ob es um den Bestand von Demokratie und Freiheit in der Bundesrepublik gehe. Dermaßen in Vergessenheit geraten ist jene Zeit in den 1970er-Jahren, dass in Politik und Medien heutzutage Begriffe verwendet werden, die einer entpolitizierenden Verharmlosung ihrer Ursprünge gleichkommen. Gibt es in einer Partei – gleich welcher – Bestrebungen, eine Führung abzuwählen, ist von „Putsch“ die Rede. Gibt es in einer Partei – wiederum gleich welcher – eine Führung, die ihren Auftrag mit harter Hand durchsetzen will, gar von „Stalinismus“. So als ob die Benutzer dieser Termini gedankenlos nicht wüssten, was ein Putsch wirklich ist und welche Verbrechen sich Stalin hatte zuschulden kommen lassen.

Dass Niederlagen – im Sport, im Bundestag, auf einem Parteikongress – nunmehr stets als „krachende“ Niederlagen bezeichnet werden, mag eine Modeerscheinung sein. Auf beiden Seiten des Tisches, an dem sich „die“ Politiker und „die“ Medienleute gegenüber sitzen, ist davon die Rede. Krachend klingt gruselig – und ist schön schlecht. Für den Anfang schön wäre es schon, wenn das Narrativ von einer *nichtkrachenden* Niederlage Eingang ins politische Vokabular fände.

Nächteweise

Irritationen. Sprachlosigkeit

HUSCH JOSTEN

Geboren 1969 in Köln, Journalistin und Schriftstellerin, 2019 mit dem Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung ausgezeichnet.

Mittwoch. Angenommen, nachts sind wirklich alle Katzen grau, alle äußerlichen Unterschiede also irrelevant, weil unkenntlich, wieso macht die Nacht deine Transformation, wieso macht deine Anwesenheit seine Abwesenheit derart sichtbar? Bis zu den Spätnachrichten war alles in Ordnung.

Freitag. Es sei gewesen, habe ich heute in anderem Zusammenhang gelesen, als habe jemand in einem dunklen Raum die letzte Kerze ausgeblasen. Gemeint war die Einstellung der letzten demokratischen Zeitung 1943. Die Redakteure wurden in den Krieg geschickt oder zu Naziblättern,

wo sie Regimegetreues dahinschmieren, Geschrei schreiben mussten. Eigenartigerweise fühlt es sich auch jetzt an, als habe jemand die letzte Kerze gelöscht. Leise. Zu leise. Warum diese eine Zeitung erst dermaßen spät verboten wurde? Lag daran, heißt es, dass Goebbels die gleichgeschaltete Sprache aller anderen Blätter langweilte. Wie, frage ich mich, schüttle und winde mich in unserem Bett, klingt Widerstand? Und Subversion?

Samstag. Der Abend zog sich, wir wussten nichts zu reden, das Essen am anderen Ende der Stadt (Flucht aus unserem Viertel) war allenfalls passabel. Diese Nacht ist nicht grau. Sie ist blauschwarz wie ein Meeresgraben. Blauschwarz wie die Tinte, mit der ich dies schreibe. Blauschwarz wie der Stoff deines Anzugs, den du vor Gericht getragen hast. Bei Nacht werden die Konturen dieser Szene schärfer, die

Begriffe klarer. *Unterlassene Hilfeleistung.* Und die Fragen werden gravierender, wie alles bei Nacht bedeutsamer, monströser wird. Auch du. Wir sind nicht in der Lage, die Dunkelheit zu lesen, hat Maggie Nelson geschrieben. Wir können sie nicht lesen. Es ist eine Form des Wahnsinns – wenn auch eine geläufige –, dass wir es versuchen. Fragen, die ich dir gestellt habe. Fahrige Antworten, die du erlogen hast. Worüber man nicht sprechen kann, davon muss man schweigen. Aber Wittgenstein hat anderes gemeint, hörst Du? Ethik. Ästhetik. Religion. Nicht die Ausflucht. Nicht die Feigheit. Du warst nicht im Schock, als du an jenem Abend hier ankamst. Du warst ganz und gar bei dir, als du unsere Haustür geöffnet hast, die Tür zu diesem schäbigen Haus, als das du unseres bezeichnest, weil du findest, wir hätten ein besseres verdient. Du hättest Besseres verdient. Eine Polizistin hat mir erklärt, was geschehen ist. Und warum sie dich nach Hause brachte.

Sonntag. Sozialkritisch der „Tatort“. Alles wie immer um zwanzig Uhr fünfzehn, wir sitzen wie Millionen bundesdeutscher Paare auf der Couch. Du hast uns Brote geschmiert. Wie immer. Du kochst auch gern, sorgst für unsere Versorgung. Und jeden Tag hast du ein Brot für einen deiner Schüler in der Tasche, weil immer einer Hunger hat und keiner ihnen Frühstück macht. Brote schmieren oder kaufen in Fernsehserien verdruckste Ehefrauen und energische Sekretärinnen. Ich bin nicht verdruckt, nicht energisch. Ich bin benommen. Wie betäubt. Hellwach. Immer noch läuft sie mir nach: die letzte Kerze. Das kalte Wachs, zu dem wir beide erstarrt sind. Alle Kommissare kaputt. Wracks. Verhaltensauffällig wie die Mör-

der und Schläger, die sie suchen. Klischee, du Freund und Helfer, so zeichnen und wollen wir dich. Politisch unkorrekt und damit wieder korrekt. Angemessen aufmerksam. Aufgeklärt wachsam. Unser Horizont so begrenzt. Während der Ausstrahlung, natürlich, ein Bier und im Internet schon Tausende Kommentare. Du siehst nicht hin. Nicht auf den Bildschirm. Nicht ins Internet. Nicht in die Welt. Du hattest deinen Tatort. Der Paragraph zur unterlassenen Hilfeleistung heißt 323c und steht im Strafgesetzbuch. Er soll, sagte der Richter, *ein Mindestmaß an Solidarpflichten* sichern. Du isst ein Käsebrod.

Montag. Im Schlaf zitterst du, und ich liege wach im monochromen Silber des Zimmers, das Schlafzimmer heißt, aber seit jenem Abend für mich keines mehr ist, da ich dort nicht mehr schlafen kann, überhaupt nicht mehr, seit du mit dem blutigen Abdruck einer fremden Hand auf deinem hellblauen Baumwollhemd im Flur standest: Siegel des Totschlägers, der dich aus seinem Fluchtweg geschubst hat, zu dessen Komplizen du dich gemacht hast. Ich schlafe nicht, weil ich nicht weiß, was mit dieser Kerze ist. Ich finde die Streichhölzer nicht mehr, finde dich nicht in der grellen Dunkelheit, die du über uns geworfen hast. Heute gab es eine Mahnwache und den Gedenkgottesdienst, über den wir vorher und nachher nicht gesprochen haben. Wir saßen ganz hinten in der Kirche, die Fernsehkameras und Fotografen waren ganz vorne; wir gehen sonst nie dorthin, haben mit Gott nichts am Hut. Auch jetzt nur, weil dein Anwalt meinte ... Die anderen Leute so wenig kirchenvertraut wie wir. Wir kannten keinen. Und keiner wusste von der Sache. Nur der Priester. Kam später zu dir und schüttelte

dir wortlos die Hand. *Seine* Solidarpflicht: Vergebung. Oder wusste er am Ende gar nicht, wer du bist? Hätte er dir die Hand geschüttelt, wenn er es gewusst hätte? Weißt du überhaupt noch, wer du bist, zitternd im Schlaf? Wie lange wird es dauern, bis Gerüchte die Runde machen? Was wirst du antworten, wenn dich einer deiner Schüler fragt? Wird es überhaupt jemand ins Wort bringen?

Dienstag. Wenn wir die Probleme der Welt verstehen wollen, habe ich gerade gelesen, müssen wir unseren Blick über ein schuldiges Individuum hinaus auf das System richten, so sehr unser Instinkt danach strebt, erst einmal einen Schuldigen zu suchen. Nein, falsch: das System suchen! Also die miteinander in Wechselwirkung stehenden Ursachen. Nicht aufhören nachzudenken, stand (tatsächlich) da, nicht *einen* Übeltäter suchen, sondern Ursachen, die einander bedingen ... Ich überlege, ob ich dich wecken und dir das vorlesen soll. Zu meinem oder zu deinem Trost? Brauchst du den überhaupt? Es gibt nicht den einen Übeltäter. Nicht die eine Situation. Sondern Gemengelage. Systeme. Und auch dies: Missverständnisse. Tragödien. Unglücke. Jedoch: Wenn es den einen Übeltäter nicht gibt – gibt es auch den einen Helden, die eine Verantwortung nicht? Was bleibt für unsere Rettung? Tragödie!

Mittwoch. Nach dem Sport zur Belohnung eine Pizza. Meine Mutter flüsternd im nächsten Raum: eine meiner prägnantesten Erinnerungen an diese Frau. Sie, wispernd im Nebenzimmer. Am Telefon. Mit einer Nachbarin. Mit meiner Großmutter. Was haben sie einander zugeflüstert? Und der Kuckuck in der Küchenuhr

klang wie der echte im Wald, den ich Jahre später zum ersten Mal, endlich, in Frankreich hörte. Warum dort? Warum konnte ich in Frankreich einen echten Kuckuck hören, aber nie in Deutschland? Warum freute es mich so sehr, den Kuckuck zu hören, und warum nur denke ich jetzt, genau jetzt, während ich viel zu spät am Abend, genau genommen in der frühen Nacht, eine Pizza in der dunklen Küche esse, an die Stimme meiner Mutter und an ihre scheußliche Kuckucksuhr? Ich kenne die Antwort. Ich will die Antwort nicht. Und ich will nicht in die Dunkelheit des Zimmers, in dem du liegst, ganz ruhig, und schlafatmest. Wie geht das? Wie kannst du? Welche Bilder siehst du, wenn du deine Augen schließt? Ich öffne eine Flasche Rotwein.

Freitag: Transformation? Hatte ich wirklich „Transformation“ gemeint?

Samstag. Seit Tagen denke ich, dass ich mein liebstes Kinderbuch zur Hand nehmen, noch einmal lesen müsste. *Herzensbildung*, hat meine Großmutter dazu gesagt. *Wer bei diesem Buch keine Taschentücher braucht, hat kein Herz.* Ich war so erleichtert, dass ich (ohne Anstrengung, ohne Starren an die Decke) Taschentücher brauchte. Oh, diese Ungerechtigkeit! Oh, diese Grausamkeit! Ich erkannte und betrauerte sie, war nicht verloren. Aber jetzt? Würde ich auch heute noch weinen, wenn ich Oliver Twist wiederläse? Werde ich? Werde ich? Die Leselampe brennt im aschgrauen Licht. Ich fürchte mich vor mir selbst. Fürchte mich vor Gleichgültigkeit.

Sonntag. Es war an einem D. vor anderthalb Monaten. Etwa um diese Zeit.

Montag. Der Terror ist nicht besiegt, wie alle meinen, weil sie die Nase voll haben vom Terror. Weil es reicht, nach diesen intensiven Jahren mit ihm. Der Terror holt nur Luft. Es gab ihn immer. Seit Menschengedenken. Und nie hat er die eine Ursache. Es gibt nicht den einen Bösewicht. Und nicht den einen Helden, der ihn besiegen wird. Der Terror holt nur Luft, wo, wie lange, das weiß man nicht, aber wir schieben Terrormeldungen in den Nachrichten nach hinten, denn einmal muss ja auch Schluss sein! Nicht wahr? Wir sind jetzt damit durch. Davon hatten wir genug. Alles hat seine Zeit! Aber hörst du mich? Der Terror holt nur Luft. Macht einstweilen im Kleinen weiter. Ich möchte dir das mit all meiner Liebe an den Kopf werfen, aber selbst mit Lautstärke bist du nicht erreichbar. Es war, was du nicht getan hast, auch Terror. Verbreitung von Angst und Schrecken, systematisch oder nicht. So habe ich dich nie gesehen. Als Terroristen. Habe mir nie überlegt, wie fürchterlich Nichtstun sein kann. Hörst du mich? Nein, das tust du nicht, denn dein Körper tut seit langem nichts Unerwartetes, geht in seinem Tunnel jeden Tag einfach nur einen Schritt weiter, und du fühlst keine Schuld, das sehe ich. Du fühlst Zorn, erstickt von Ermattung. Du warst nicht im Schock. Du warst müde. Es war dir egal. *Sollen sie sich doch gegenseitig umbringen*, hast Du gedacht. Und nichts gemacht.

Dienstag. Ein Gewittersturm hat sich über die Stadt gelegt, drückt auf die Dächer, ertränkt die Straßen, zerrt uns aus den Betten. Es sei klüger und erfolgversprechender, habe ich heute gehört, Menschen bei größeren Umwälzungen keine Vorschriften zu machen, sondern ihnen

lediglich einen Schubs zu geben. Ein *Nudge*, also Schubs, sei eine einfache Maßnahme, die es Menschen leicht mache, das Richtige zu tun. Der Satz *Die meisten Menschen zahlen pünktlich ihre Steuern* auf dem Brief des Finanzamts Sorge dafür, dass fünfzehn Prozent aller Steuerzahler plötzlich pünktlich zahlten. Ein *Nudge* komme ohne Vorschriften, Gesetze und Bestrafung aus, sei immer freiwillig, lasse immer die Wahl. Ein nettes Wort. Und seine Grenze?

Mittwoch. Wähle: Wer schubst wen in welche Wahrheit?

Freitag. Hinterrücks, hat der Staatsanwalt gesagt. Ein Fleischermesser mit einer zwanzig Zentimeter langen Klinge. Neun Stiche. *Warum?*, schreit die Mutter in den Saal. *Warum?*

Samstag. Zum Grillen bei Freunden. Das Thema wird vermieden. Aus Rücksicht auf dich. Und mich. Ich fühle mich wie das Roastbeef unter der Haube. Nicht wegen der Fragen, die vermieden werden, sondern wegen der Fragen, die offensichtlich keiner hat. Das Ende von Freundschaft lässt sich nicht formulieren. Es ist. Esse Krautsalat. Beobachte dich. Du bist nicht ausgelassen, nicht niedergeschlagen. Nicht laut, nicht leise. Du bist wie immer. Tust mir Fleisch auf. Lächelst sanft. Reichst mir Ketchup. Ich werde nicht weiterleben können mit dir.

Sonntag. Zwanzig Uhr fünfzehn. Du hast Sushi bestellt. Der „Tatort“ startet mit einer Leiche. Du stehst nicht auf. Du läufst nicht weg. Du siehst nicht fort. Nur aus der Verhandlung weiß ich genau, weiß ich minutiös, was an deinem Tatort, dem

Bürgersteig vor der Imbissbude, geschehen ist. Ich weiß es von Frau K. aus dem zweiten Stock, die vom Fenster gegenüber alles beobachtet und die Polizei gerufen hat. Weiß es von Emil P., der losgerannt ist, um Hilfe zu holen. Weiß es von Anita S., der Freundin des Opfers, die geschrien und geweint und versucht hat, die Wunden zuzudrücken. Ich sehe, was du in diesem Moment gesehen hast. Ich höre, was du in diesem Moment gehört hast. Ich rieche, was du in diesem Moment gerochen hast. Ich fühle – denke ich und weiß nicht, ob man Gefühle denken kann –, was du in diesem Moment nicht gefühlt hast. Doch unterlassene Hilfeleistung, hat der Rechtsanwalt gesagt, sei eine schwer zu fassende Straftat. Und jenseits aller Empörung ergäbe die aufrichtige eigene Gewissensprüfung nicht immer, dass man selbst eingeschritten wäre. Dass man gehandelt hätte. Dass man geholfen hätte. In deinem Fall jedoch, sagte er ... Bei deinem Erfahrungsschatz ... Lehrer an einer Schule mit problematischen Kindern ... Furcht werde da doch kaum eine Rolle ... Ich prüfe und prüfe und prüfe mein Gewissen, denn deines kann ich nicht prüfen, während ich es unablässig tue und dabei nirgendwo ankomme, so wenig, wie du jemals ankommst, weil du im Kreis durch die Vorhölle läufst, routiniert, risikofrei, verkümmert.

Montag. Wenn ich dich nun mit deiner Anklage wegen unterlassener Hilfeleistung alleinlasse, unterlasse ich dann Hilfe? Wann beginnt Unterlassung?

Dienstag. Das Verfahren dauert. Termine werden anberaumt. Wochen werden vergehen. Die Zeit wird nichts ändern. Wir werden noch stiller.

Donnerstag. Die Nacht laternenhell. An der Ecke ein paar Leute am Kiosk, der an jenem Abend geschlossen war. Ich sitze auf dem Stromkasten, von dem Anita S. erzählt hat, sehe die Abwesenheit ihres Freundes in der Anwesenheit verdorrter Blumensträuße und zerregneter Botschaften, die am Rand des Bürgersteigs liegen. Es ist lau. Irgendwo spielt einer Flöte, spielt und spielt gegen tonlose, gleichmütige Wände an. An einer hängt ein Bild von ihm. In meiner Tasche, ganz oben, liegt die Kerze für den Toten. Streichhölzer habe ich in der Küchenschublade gefunden. Du hast genickt, als ich meinen Koffer gepackt habe, hast genickt, als wolltest du mir beipflichten, dass es richtig sei, zu gehen. Tatsächlich stimmst du mir weder zu noch widersprichst du mir. Du sprichst nicht mehr. Stumpf nimmst du meine Entscheidung entgegen, wie du auch das Urteil des Gerichts annehmen wirst. *Was soll ich denn tun?*, sagt dein Blick. Du bist eine Festung aus Argumenten, stützt dich ab an einer Wand aus Kausalzusammenhängen und Systemen. Ich habe dein Gesicht in meine Hände genommen, habe dich zum Abschied geküsst und nicht mehr gekannt, hörte meine Mutter im Nebenzimmer wispern, dass ich es hätte sehen können, sehen müssen an dem Tag, als du an der Auto-panne auf der Landstraße vorbeigefahren bist, während ich meinte, dass wir helfen sollten. Aber wir waren in Eile. Und bei einem so hübschen Mädchen, sagtest du, würde ein anderer halten, das dauere keine zwei Minuten. Wäre es dunkel gewesen – ich hätte klarer gesehen.

Emotional, aber politikfern?

Einblicke in die Debattenkultur in Sozialen Netzwerken

SABINE POKORNY

Geboren 1981 in Wesel, Koordinatorin Empirische Sozialforschung, Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier beklagte in seiner Weihnachtsansprache 2018, in den Sozialen Medien werde „gegiftet“, da sei „Lärm und tägliche Empörung“ (Steinmeier 2018). Das fällt in Deutschland besonders auf,

da politische Diskurse hierzulande – im Gegensatz zu den USA – weit mehr von gegenseitigem Respekt und geringer Emotionalität geprägt sind (Ferree et al. 2002). Dies gilt jedoch nicht gleichermaßen für Diskurse in den Sozialen Netzwerken (Frieß/Neu 2018; Neu 2019).

Doch wie hängen Facebook-Nutzung und Debattenkultur zusammen? Politische Diskussionen finden nicht mehr nur offline am Stammtisch oder in den klassischen Medien wie im Fernsehen oder in der Zeitung statt, sondern zunehmend auch online. Die meisten Politiker haben ein Facebook-Profil, die politischen Parteien sowieso. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat sich dieser Frage empirisch mit zwei Umfragen unter Internet- und Facebook-Nutzern genähert: einer repräsentativen Telefonbefragung und einer nicht-repräsentativen Onlineumfrage.¹

Dabei wurde deutlich, dass die politische Reichweite des Internets im Allgemeinen und von Facebook im Speziellen nicht überschätzt werden sollte. Die repräsentative Telefonbefragung ergab, dass lediglich gut jeder dritte Wahlberechtigte Facebook nutzt. In der nicht-repräsentativen Onlinebefragung wurde die Facebook-Nutzung detaillierter unter die Lupe genommen: Lediglich bei einer Minderheit der Facebook-Nutzer werden auf der eigenen Facebook-Seite politische Inhalte angezeigt. Mindestens ein Drittel der Befragten beschäftigt sich dort überhaupt nicht mit Politik: Diese Nutzer lesen keine politischen Inhalte, liken, teilen oder kommentieren sie nicht und verbreiten erst recht keine eigenen politischen Inhalte. Das gilt vor allem für die Wähler von Union, SPD und FDP. Die Wähler der AfD und der Linken nutzen Facebook dagegen häufiger für Politik.

EINSTELLUNGEN ZU FACEBOOK

Zusätzlich zur Frage der politischen Nutzung wurden in der nicht-repräsentativen Onlineuntersuchung Einstellungen zu Facebook ermittelt, die sich insgesamt erstaunlich wenig zwischen den Parteianhängerschaften unterscheiden. Zwei Befunde ragen dabei heraus: Die Anhänger der AfD sind mit 61 Prozent deutlich überdurchschnittlich der Auffassung, auf Facebook würden sie Meinungen erfahren, die außerhalb der Sozialen Medien unterdrückt würden. Hierin äußert sich nicht nur Skepsis gegenüber den klassischen Medien, sondern auch ein Hang zu Verschwörungstheorien (Frieß/Neu 2018). Zugleich gibt fast ein Fünftel der AfD-Anhänger an, auch selbst bei Facebook-Einträgen mutiger zu sein und Meinungen zu äußern, die sie sonst nicht artikulieren würden. Die Plattform Facebook wird von einigen AfD-Wählern offenbar als Möglichkeit wahrgenommen, sich auf eine Art und Weise zu äußern, die außerhalb der Sozialen Netzwerke nicht als angemessen wahrgenommen oder gar negativ sanktioniert wird.

Darüber hinaus wurde online untersucht, welche Emotionen die Nutzer empfinden, wenn sie Inhalte auf Facebook sehen.² Dabei überwiegen neutral-positive Gefühle: Die Mehrheit fühlt sich unterhalten, etwa die Hälfte fühlt sich informiert. Negative Emotionen wie Provokation (15 Prozent) oder Verärgerung (33 Prozent) empfindet eine (allerdings recht große) Minderheit.

Vor allem die Wähler der Linken fühlen sich durch Facebook-Inhalte verärgerter und provoziert. Allerdings wurde nicht untersucht, ob es Inhalte von Sympathisanten der AfD sind, die hier ihre Meinung offener äußern und dadurch die Wähler der Linken verärgern.

ABBAU MORALISCHER HEMMUNGEN

Im Zusammenhang mit einer veränderten Debattenkultur im Internet spielen auch sogenannte inzivile oder Hasskommentare eine wichtige Rolle. Im Netz fällt es durch die Möglichkeit anonymer Äußerungen leichter, inzivile Kommentare zu äußern. Diese haben noch dazu eine große Reichweite, wie eine Umfrage der Landesanstalt für Medien NRW zeigt: Insgesamt nehmen 78 Prozent der Bevölkerung Hasskommentare im Internet wahr. Für ein gutes Drittel gilt das sogar häufig oder sehr häufig (Isenberg 2019: 28 f.). Besonders oft stoßen junge Menschen zwischen vierzehn und 24 Jahren dort auf Hasskommentare. 96 Prozent der 14- bis 24-Jährigen geben an, im Netz auf Hass gestoßen zu sein (Isenberg 2019: 29).

Welche Gründe kann es für zunehmende Hasskommentare geben? Vier Ursachen können aus anderen Studien genannt werden (Kümpel/Rieger 2019: 5 ff.): *Erstens* stehen Debatten im Internet und in Sozialen Netzwerken der Öffentlichkeit zur Verfügung. Jeder kann die Diskurse und damit auch die Hasskommentare einsehen und verfolgen. Was am Stammtisch geäußert wurde, war möglicherweise ähnlich inzivil, jedoch bekamen dies nur die Stammtischteilnehmer mit. Nun sind diese Äußerungen jederzeit zugänglich, sodass sich die Wahrnehmung verändert hat. *Zweitens* fällt es durch die Funktionsweise von Sozialen Medien leichter, Inhalte und damit auch Hasskommentare zu verbreiten, als dies früher möglich war. *Drittens* spielt die erwähnte Anonymität eine Rolle. Sie vereinfacht das Verbreiten von Hasskommentaren, da der Absender keine negativen Sanktionen befürchten muss. *Viertens* werden Hasskommentare verbreitet, um negative Gefühle wie Wut oder Ärger abzubauen. Wie die vorliegende Umfrage zeigt, werden negative Gefühle zwar nur von einer Minderheit empfunden. Andere Studien deuten jedoch darauf hin, dass die Mehrheit der Hasskommentare nur von einer kleinen Minderheit geschrieben wird (Isenberg 2019: 29).

Die vorliegende Studie lässt vermuten, dass eine Art Eskalationsspirale entsteht: Die einen trauen sich auf Facebook verstärkt, ihre möglicherweise gesellschaftlich nicht anerkannten Meinungen – möglicherweise auch in Form von Hasskommentaren – zu äußern, wovon sich die anderen verärgerter und provoziert fühlen. Dadurch wird der Umgangston bei politischen Debatten in den Sozialen Netzwerken rauer.

Literatur

Ferree Marx, Myra / Gamson, William A. / Gerhards, Jürgen / Rucht, Dieter: „Four models of the public sphere in modern democracies“, in: Theory and Society 31/2002, S. 289–324.

Frieß, Hans-Jürgen / Neu, Viola: Die Heterogenität des Protests. Eine Untersuchung von Einstellungen potenzieller Protestwähler und politischem Protest im Internet, Sankt Augustin / Berlin 2018.

Isenberg, Meike: „Wie nimmt die Bevölkerung Hassrede im Netz wahr? Ergebnisse einer repräsentativen forsa-Umfrage der Landesanstalt für Medien NRW“, in: die medienanstalten (Hrsg.): Der Ton wird härter. Hass, Mobbing und Extremismus. Maßnahmen, Projekte und Forderungen, Jugendschutz- und Medienkompetenzbericht, Berlin 2019.

Kümpel, Anna Sophie / Rieger, Diana: Wandel der Sprach- und Debattenkultur in sozialen Online-Medien. Ein Literaturüberblick zu Ursachen und Wirkungen inziviler Kommunikation, Sankt Augustin / Berlin 2019.

Neu, Viola: „Das wird man wohl noch sagen dürfen.“ Eine Analyse der Facebookseiten von CDU, SPD und AfD im Wahlkampf, Analysen und Argumente, Nr. 356, Sankt Augustin / Berlin 2019.

Pokorny, Sabine: (Un-)Soziale Medien? Der Einfluss der Facebooknutzung auf die Sprach- und Streitkultur, Analysen und Argumente, Nr. 357, Sankt Augustin / Berlin 2019.

Steinmeier, Frank-Walter: Weihnachtsansprache von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 25. Dezember 2018 in Schloss Bellevue, siehe www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2018/12/181225-Weihnachtsansprache-2018.pdf?__blob=publicationFile [Aufruf am 04.02.2019].

¹ In der repräsentativen Telefonumfrage wurden 1.075 Personen von Infratest dimap im Zuge einer laufenden Bevölkerungsumfrage zwischen dem 28.11.2018 und 04.12.2018 zu ihrem Nutzungsverhalten im Internet und auf Facebook befragt. In der nicht-repräsentativen Onlineumfrage wurden 2.041 Personen mittels Online-Access-Panel zwischen dem 26.11.2018 und 04.12.2018 befragt. Dafür wurde das Payback Panel von Infratest dimap genutzt.

² Die Antwortmöglichkeiten wurden vorgegeben. Bei einer offenen Abfrage wären die Ergebnisse sicher anders ausgefallen.

SCHWERPUNKT

Skepsis und Abgrenzung

Veränderungen der Debattenkultur im baden-württembergischen Landtag

CATHARINA VÖGELE

Geboren 1988 in Filderstadt, seit 2012 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Hohenheim.

CLAUDIA THOMS

Geboren 1989 in Berlin, seit 2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Hohenheim.

Die im Jahr 2013 gegründete Alternative für Deutschland (AfD) ist noch eine relativ junge Partei, hat jedoch den politischen Wettbewerb in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren maßgeblich mitbestimmt. Mittlerweile ist sie in allen Landtagen und im Bundestag vertreten und fällt in den Parlamenten durch ein aggressives und provozierendes Auftreten auf (Hensel et al., 2017; Schroeder et al., 2018).

In Baden-Württemberg wurde die AfD bei der Landtagswahl im März 2016 mit 15,1 Prozent der Stimmen drittstärkste Partei

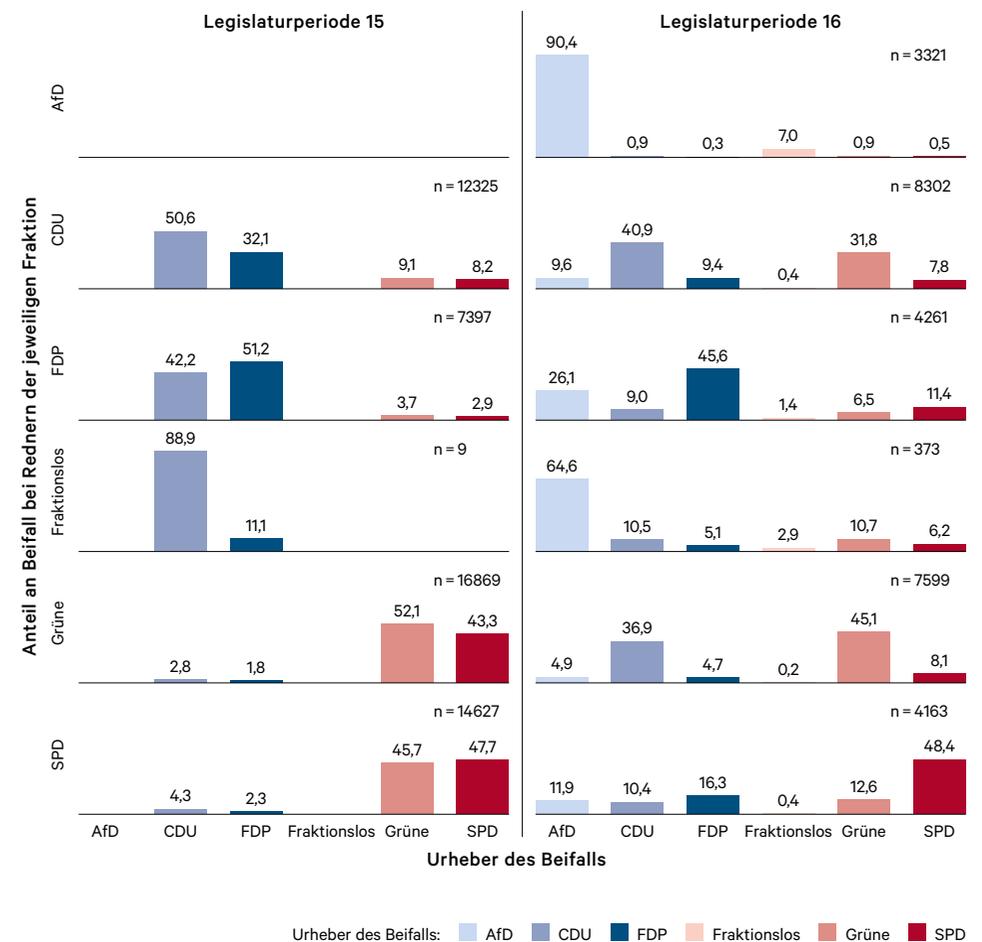
und ist seitdem mit 23 Abgeordneten im Landtag vertreten. Nach Meinung einiger Parlamentarier hat sich die Diskussionskultur im Stuttgarter Landtag seit Einzug der AfD verschärft. Muhterem Aras, Präsidentin des baden-württembergischen Landtags, berichtet beispielsweise: „Die AfD-Fraktion bewegt sich mit ihren Debattenbeiträgen häufig an der Grenze zum Tabu. Das führt zu Provokationen, und bedauerlicherweise steigen die anderen Fraktionen in der Regel darauf ein. Dadurch ist eine Streitkultur im Landtag entstanden, die der Würde des Parlaments nicht förderlich ist“ (Reiners, 2017). Die Frage ist: Hat der Einzug der AfD in den baden-württembergischen Landtag zu einer *beobachtbaren* Veränderung des Verhaltens der Fraktionen im Plenum geführt?

Die Untersuchung von Zwischenrufen und anderen Zwischenreaktionen – wie Beifall, Lachen oder Heiterkeit – bietet eine Möglichkeit, diese Frage zu beantworten. Zwischenrufe sind kurze Einwüfe von Abgeordneten im Plenum, die gerade kein Rederecht haben, aber trotzdem eine Meinungsäußerung zum Redner, zu seiner Rede oder auch zu anderen Beteiligten abgeben wollen. Abgeordnete nutzen diese Zwischenrufe insbesondere, um Redner konkurrierender Fraktionen zu kritisieren und aus dem Konzept zu bringen oder um die der eigenen Fraktion zu unterstützen (Hitzler, 1990). Sie sind damit per se Ausdruck einer spezifisch parlamentarischen Diskussionskultur. Auch mittels Beifall oder Heiterkeit kann Abgeordneten im Plenum Zustimmung signalisiert werden, oder mithilfe von Lachen, das die Parlamentsstenografen bei hämischem, abfälligem Lachen notieren, Geringschätzung und Kritik (Burkhardt, 2004).

Unsere Ergebnisse basieren auf zwei Inhaltsanalysen: einer automatisierten Analyse des Vorkommens der Zwischenreaktionen in den Plenarprotokollen der aktuellen und der vorherigen Legislaturperiode des baden-württembergischen Landtags (Legislaturperioden [LP] 15 und 16) sowie einer manuellen quantitativen Inhaltsanalyse von 1.897 Zwischenrufen in zwanzig aktuellen Debatten in diesen Legislaturperioden (zehn Debatten pro Legislaturperiode). Bei der manuellen Analyse wurden unterschiedliche Eigenschaften der Zwischenrufe, wie zum Beispiel der Urheber und der Adressat des Zwischenrufs sowie die Tendenz des Zwischenrufs (Kritik oder Unterstützung), festgehalten.

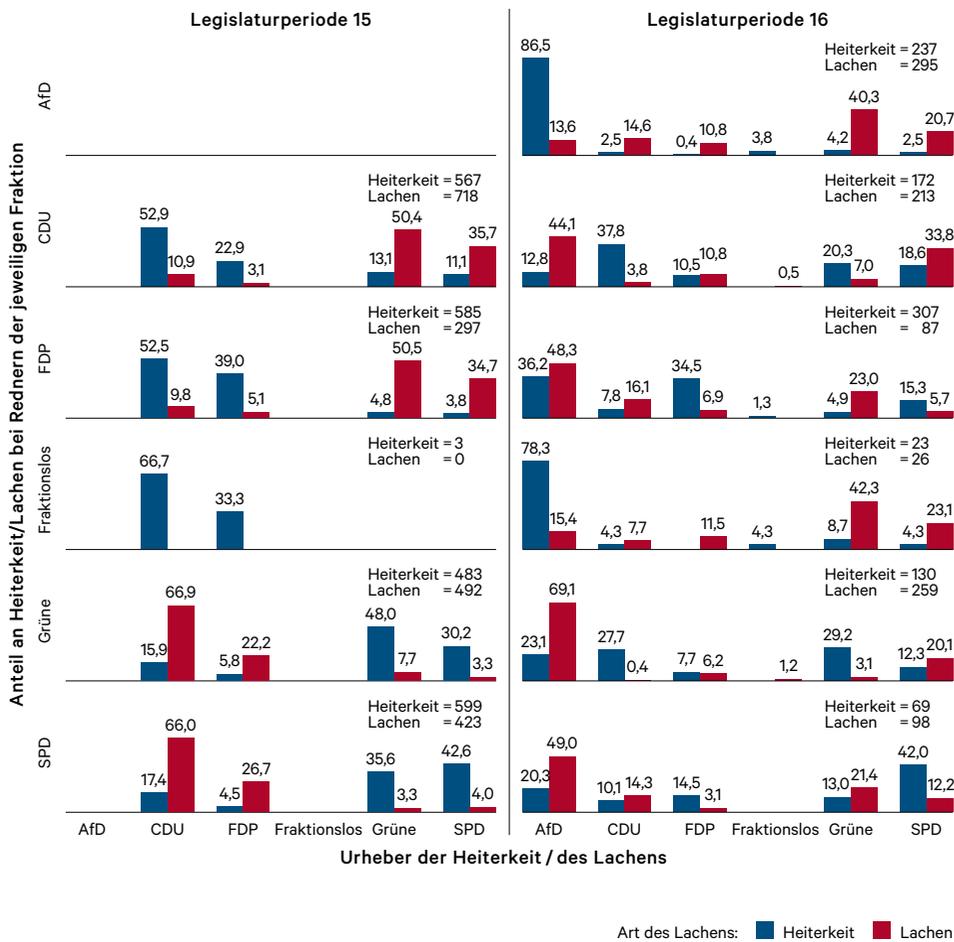
Unsere Analysen zeigen, dass die Fraktionen im Stuttgarter Landtag Zwischenreaktionen bewusst einsetzen, um sich von anderen Fraktionen abzugrenzen oder diese zu unterstützen. Die Zuordnung zur Regierung oder zur Opposition ist entscheidend bei der Frage, welche Fraktionen kritisiert beziehungsweise unterstützt werden. Beim Beifall, beim positiven und negativen Lachen sowie bei den Zwischenrufen kritisieren sich Oppositions- und Regierungsparteien jeweils in der Mehrheit gegenseitig. Sie nutzen diese Strategien in den meisten Fällen jedoch auch, um den jeweiligen Oppositionsbeziehungsweise Regierungspartner zu unterstützen.

ABBILDUNG 1: URHEBER DES BEIFALLS BEI REDNERN DER JEWEILIGEN FRAKTIONEN IM VERGLEICH DER BEIDEN LEGISLATURPERIODEN



Die Oppositionsparteien SPD und FDP setzen im Landtag hierbei besonders häufig auf kritische Zwischenrufe, um ihren Widerspruch gegenüber den Regierungsparteien CDU und Grüne zum Ausdruck zu bringen. Nicht zu diesem Muster passen jedoch in der aktuellen Legislaturperiode das Verhalten der AfD-Fraktion selbst sowie das Verhalten ihr gegenüber. Es sind keine Allianzen der anderen Parteien gegenüber der AfD zu erkennen. Stattdessen grenzen sich die anderen Fraktionen mithilfe verschiedener Mittel von der AfD ab. So spenden sie *erstens* Rednern der AfD so gut wie keinen Beifall (Abbildung 1). Sie reagieren *zweitens* eigentlich nie mit Heiterkeit auf deren

ABBILDUNG 2: HEITERKEIT UND LACHEN DURCH DIE FRAKTIONEN BEI REDNERN DER JEWELIGEN FRAKTIONEN IM VERGLEICH DER BEIDEN LEGISLATURPERIODEN



Redebeiträge (Abbildung 2). *Drittens* werden die Redner der AfD am stärksten von allen anderen Parteien in Zwischenrufen kritisiert und damit angegriffen (Abbildung 3). Und *viertens* werden die Zwischenrufe von AfD-Parlamentariern am häufigsten von den anderen Fraktionen ignoriert.

Die AfD nimmt im baden-württembergischen Landtag im Vergleich zu den anderen Fraktionen folglich eine isolierte Position ein. Sie selbst wiederum verhält sich den anderen Fraktionen gegenüber meist extrem ablehnend. Dabei fällt beispielsweise auf, dass sie mit Abstand am häufigsten das Mittel des hämischen und abfälligen Lachens einsetzt, um Redner anderer

ABBILDUNG 3: TENDENZ DER ZWISCHENRUFEN IM VERGLEICH DER PARTEIKONSTELLATIONEN UND LEGISLATURPERIODEN



Parteien lächerlich zu machen (Abbildung 2). Außerdem kritisiert die AfD in Zwischenrufen die anderen Fraktionen stärker, als die anderen Fraktionen sich gegenseitig kritisieren.

Durch den Einzug der AfD in den baden-württembergischen Landtag hat sich das Verhalten der Fraktionen im Plenum folglich leicht verändert. Das stark abgrenzende Verhalten aller Fraktionen gegenüber einer anderen Fraktion konnte in der vorherigen Legislaturperiode, als die AfD noch nicht Mitglied des Landtags war, nicht identifiziert werden. Grüne, CDU, SPD und FDP grenzen sich durch ihr Verhalten im Parlament eindeutig von der AfD ab.

Die AfD wiederum verhält sich den anderen Fraktionen gegenüber ebenfalls sehr abweisend, insbesondere gegenüber den Regierungsparteien Grüne und CDU sowie der SPD. Zusätzlich zu der immer noch existenten Konfliktlinie zwischen den beiden Regierungsparteien Grüne und CDU sowie den beiden Oppositionsparteien SPD und FDP tritt folglich eine weitere Konfliktlinie auf, die alle anderen Parteien der AfD gegenüberstellt.

Die von uns gewonnenen Ergebnisse haben durch den Fokus auf den Stuttgarter Landtag nur eine begrenzte Aussagekraft. Analysen des Plenargeschehens in anderen Landtagen und im Bundestag sind notwendig, um aussagekräftigere Ergebnisse zum Umgang mit der AfD und zum Verhalten der AfD in unterschiedlichen Parlamenten zu erhalten. Unbeantwortet ist auch die Frage, ob die Skepsis und Abgrenzung gegenüber der AfD nur auf ihre inhaltliche Ausrichtung oder auch auf ihren Status als Parlamentsneuling zurückzuführen sind. Vergleiche mit den Reaktionen auf andere Neulinge in Parlamenten könnten hier aufschlussreich sein. Denn auch beim Einzug der Grünen in den Deutschen Bundestag in den 1980er-Jahren oder der Republikaner in den baden-württembergischen Landtag Anfang der 1990er-Jahre wurden Veränderungen in der politischen Diskussionskultur wahrgenommen. Die Kommunikation im Parlament bleibt ein spannendes Forschungsfeld, mithilfe dessen Erkenntnisse zu einer veränderten politischen Diskussionskultur gewonnen werden können.

Literatur

Burkhardt, Armin: *Zwischen Monolog und Dialog. Zur Theorie, Typologie und Geschichte des Zwischenrufs im deutschen Parlamentarismus*, Max Niemeyer Verlag, Tübingen 2004.

Hensel, Alexander / Finkbeiner, Florian / Dudek, Philipp / Förster, Julika / Freckmann, Michael / Höhlich, Paula: *Die AfD vor der Bundestagswahl 2017. Vom Protest zur parlamentarischen Opposition. Eine Studie der Otto Brenner Stiftung*, Georg-August-Universität, Göttingen 2017, www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AH91_AfD_BTWahl_Goettingen_2017_07_17.pdf [Zugriff am 21.05.2019].

Hitzler, Ronald: „Die Politik des Zwischenrufs. Zu einer kleinen parlamentarischen Form“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 21. Jg., Heft 4, Nomos Verlag, Tübingen 1990, S. 619–630.

Schroeder, Wolfgang / Weßels, Bernhard / Berzel, Alexander: „Die AfD in den Landtagen: Bipolarität als Struktur und Strategie – zwischen Parlaments- und ‚Bewegungs‘-Orientierung“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 49. Jg., Heft 1, Nomos Verlag, Tübingen 2018, S. 91–110, www.nomos-elibrary.de/10.5771/0340-1758-2018-1-91/die-afd-in-den-landtagen-bipolaritaet-als-struktur-und-strategie-zwischen-parlaments-und-bewegungs-orientierung-jahrgang-49-2018-heft-1?page=1&select-row=abstract [Zugriff am 21.05.2019].

Reiners, Willi: „Der Ton dürfte deutlich rauer werden. Muhterem Aras zur AfD im Bundestag“, in: *Stuttgarter Nachrichten*, 25.09.2017, www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.landtagspraesidentin-aras-zur-afd-im-bundestag-der-ton-duerfte-deutlich-rauer-werden.883db7e7-4778-45ea-9663-f83dc7e5c128.html [Zugriff am 21.05.2019].

Paritätsregeln für das Parlament?

Gegner und Befürworter verweisen auf das Grundgesetz

KATJA GELINSKY

Geboren 1967 in Osnabrück, Koordinatorin für Recht und Politik, Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Sollte der Gesetzgeber verbindliche Quotenregelungen schaffen, um den Frauenanteil im Deutschen Bundestag und in den Landesparlamenten zu erhöhen? Dürfte er das überhaupt, oder würden sogenannte Paritätsgesetze gegen das Grundgesetz

verstoßen? Diese Fragen sind heftig umstritten. In einem Punkt herrscht jedoch weitgehend Einigkeit: Das entscheidende Wort über Gesetze zur geschlechtergerechten Zusammensetzung von Parlamenten dürfte das Bundesverfassungsgericht sprechen. Noch ist kein entsprechendes Verfahren in Karlsruhe anhängig. Aussagen über mögliche Erfolgchancen wären auch deshalb verwegen, da unterschiedliche Paritätsregelungen diskutiert werden und unterschiedliche Deutungen

und Gewichtungen der Grundrechte und Grundprinzipien – auf sie kommt es im Paritätsstreit an – zur Debatte stehen. Frühere Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts können zwar eine gewisse Orientierung bieten, aber inwieweit das Karlsruher Gericht daran anknüpft oder neue Akzente setzt, bleibt abzuwarten.

Drei „Schwergewichte“ der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen im Mittelpunkt der Debatte: der allgemeine Grundsatz der Gleichbehandlung (Artikel 3 Grundgesetz [GG]), die Gleichheit bei der Ausübung des Wahlrechts (Artikel 38 GG) sowie die Rechte der politischen Parteien (Artikel 21 GG). Umstritten ist, ob Paritätsgesetze mit diesen Vorgaben vereinbar sind.

REISSVERSCHLUSS-, DUO- UND TANDEMMODELL

Zwei miteinander kombinierbare Wege werden diskutiert, um den Frauenanteil in den Parlamenten zu erhöhen: Ein Vorschlag setzt bei den Landeslisten der Parteien an, auf denen künftig im „Reißverschlussverfahren“ abwechselnd Bewerberinnen und Bewerber nominiert werden sollen. Eine entsprechende Reform des Landeswahlgesetzes hat Brandenburg in diesem Jahr verabschiedet. Der zweite Vorschlag nimmt die Direktmandate in den Blick. So soll den Parteien vorgegeben werden, in den Wahlkreisen Bewerberpaare bestehend aus einer Kandidatin und einem Kandidaten zu nominieren. Dieser Vorschlag wird in zwei Varianten diskutiert.

Nach dem „Duo-Modell“, für das unter anderem der SPD-Abgeordnete und Bundestagsvizepräsident Thomas Oppen-

mann plädiert, würde die Zahl der Direktmandate verdoppelt. Es gäbe also künftig nicht nur *einen* Direktabgeordneten pro Wahlkreis, sondern es würden beide, die Bewerberin und der Bewerber, mit den jeweils meisten Stimmen in den Bundestag einziehen. Um zu verhindern, dass der Bundestag durch die Verdoppelung der Direktmandate noch größer wird, als er ohnehin schon ist, soll gleichzeitig die Zahl der Wahlkreise verringert werden.

Nach dem zweiten, sogenannten „Tandem-Modell“, das die schleswig-holsteinische Justizministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) angeregt hat, soll es bei *einem* Direktmandat pro Wahlkreis bleiben. Aus dem Bewerbertandem ist also Frau oder Mann zu wählen. Die Parteien werden jedoch gezwungen, weiblichen und männlichen Mitgliedern gleichermaßen Chancen auf ein Direktmandat zu geben. Wer am Ende das Rennen macht, ob Mann oder Frau, entscheidet der Wähler.

Je nachdem, welchen dieser Vorschläge der Gesetzgeber gegebenenfalls aufgreift, hat dies unterschiedliche Folgen für kandidierende Frauen und Männer, für die Wählerinnen und Wähler, für die politischen Parteien und für die repräsentative Demokratie insgesamt.

WAHLGLEICHHEIT UND PARTEIENRECHTE

Frauen und Männer sind nach dem Grundgesetz gleichberechtigt. Eine spezielle Ausprägung dieses allgemeinen Gleichheitsgrundsatzes ist der Grundsatz der Wahlgleichheit. Dieser ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts „im Sinne einer strengen und formalen

Gleichheit zu verstehen“; alle Staatsbürger müssen das aktive und passive Wahlrecht möglichst in formal gleicher Weise ausüben können.

Sollten künftig bestimmte Listenplätze für Frauen reserviert werden, ergäbe sich eine Ungleichbehandlung zu Lasten konkurrierender männlicher Kandidaten, die auf einen nachrangigen Platz verwiesen werden. Künftig könnte nicht mehr jedes Parteimitglied unabhängig vom Geschlecht mit gleichen Erfolgschancen für die Landesliste kandidieren. Spiegelbildlich könnten Wähler, die für einen Kandidaten stimmen möchten, der quotenbedingt auf einen tieferen Listenplatz rutscht, weniger Einfluss auf den Wahlausgang nehmen, kritisieren Gegner von Paritätsgesetzen.

Auch Quotenregelungen bei der Vergabe der Direktmandate hätten negative Folgen für die Wahlgleichheit. Müsste künftig jede Partei eine Frau und einen Mann für das Mandat nominieren, verringert die weibliche Konkurrenz die Chancen der bislang zahlenmäßig überlegenen männlichen Direktbewerber, in den Bundestag einzuziehen. Dies wäre jedenfalls der Fall, wenn die Tandempartner um die bisherige Zahl der Direktmandate konkurrieren müssten. Umstritten ist, ob auch bei einer Verdoppelung der Direktmandate die Wahlgleichheit beeinträchtigt ist. Dazu heißt es, den männlichen Direktkandidaten werde nichts weggenommen, wenn man zusätzliche Direktmandate für Frauen schaffe. Kritiker wenden ein, dieser Argumentation liege eine dem Wahlrecht fremde Gruppenbetrachtung zugrunde. Sollte es künftig mehr Direktmandate geben, gebiete das Prinzip strenger und formaler Wahlrechtsgleichheit, dass Bewerber unabhängig von ihrem Geschlecht gleiche

Chancen auf diese zusätzlichen Plätze hätten. Würde die Hälfte der Direktmandate für Frauen reserviert, wäre die Wählbarkeit von Männern eingeschränkt.

Verbindliche Quotenregelungen würden außerdem die Freiheit der Parteien beeinträchtigen. Diese besteht darin, ohne staatliche Einflussnahme bestimmen zu können, durch wen sie sich in den Parlamenten repräsentieren lassen. Ferner sei zu bedenken, dass die Haltung zu Paritätsregelungen auch das politisch-gesellschaftliche Selbstverständnis der Parteien und deren programmatische Ausrichtung berührt, sagen Kritiker. Moniert wird außerdem ein Eingriff in die Chancengleichheit der Parteien. So verweist der Bayerische Verfassungsgerichtshof darauf, dass Parteien und Wählergruppen, in denen ein Geschlecht deutlich unterrepräsentiert sei, deutlich größere Schwierigkeiten hätten, die Quotenvorgaben zu erfüllen. Womöglich seien diese Parteien nicht mehr in der Lage, ihre Listenplätze vollständig zu füllen. Ihre Chancen im politischen Wettbewerb würden damit geringer.

WIE WEIT REICHT DER GLEICHBERECHTIGUNGS-AUFTRAG?

Wenn der Gesetzgeber in Freiheitsrechte eingreift, ist das nicht automatisch unzulässig. Unter bestimmten Voraussetzungen sind Differenzierungen gestattet. Allerdings legt das Bundesverfassungsgericht im Zusammenhang mit Wahlen besonders strenge Maßstäbe an, da Grundprinzipien der Demokratie betroffen sind. Eingriffe in die Wahlfreiheit lassen sich demnach nur rechtfertigen, wenn sie durch die Verfassung selbst legitimiert

sind oder ein vergleichbares Gewicht wie die Wahlrechtsfreiheit haben und staatspolitisch geboten sind.

Eine Kernfrage des Paritätsstreits liegt darin, ob Quotenvorgaben durch die Verpflichtung des Staates, die „tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken“, gerechtfertigt sind. Wie weit dieses sogenannte Gleichberechtigungsgebot reicht und in welchem Verhältnis es zu anderen Grundrechtsnormen steht, darüber herrscht Uneinigkeit. Zum Teil sagen Kritiker von Paritätsgesetzen, das Gebot sei auf das Wahlrecht und das Recht der Parteien nicht anwendbar, da hier der Grundsatz streng formaler Gleichheit gelte. Befürworter von Quotenregelungen halten dagegen, das Gebot zur Beseitigung faktischer Nachteile gelte für den gesamten staatlichen und gesellschaftlichen Bereich. Folgt man dieser Auffassung, stellt sich die Frage, was legitimerweise Ziel des Gleichberechtigungsauftrags sein darf: Chancengleichheit der Geschlechter oder Ergebnisgleichheit, also eine zahlenmäßig gleiche Repräsentation von Frauen und Männern im Parlament?

CHANCENGLEICHHEIT ODER ERGEBNISGLEICHHEIT?

Nach überwiegender Ansicht, das Bundesverfassungsgericht eingeschlossen, zielt das Gleichstellungsgebot prinzipiell nicht auf Ergebnisgleichheit. Die Abgrenzung zwischen Chancen- und Ergebnisgleichheit ist allerdings nicht immer einfach. Werden die Landeslisten künftig abwechselnd mit Frauen und Männern besetzt

und Direktmandate künftig im „Doppelpack“ an ein geschlechtergemischtes Duo vergeben, zielen diese Maßnahmen darauf, dass in den Parlamenten künftig beide Geschlechter in gleicher Zahl vertreten sind. Das Resultat wäre also Ergebnisgleichheit. Befürworter argumentieren, nur über diesen Weg lasse sich das individuelle Recht jeder einzelnen Kandidatin auf eine faire und chancengleiche Teilhabe an der Parlamentsarbeit gewährleisten. Wie die bisherige Praxis gezeigt habe, reichten freiwillige parteiinterne Maßnahmen nicht aus.

Von zentraler Bedeutung für die Debatte über Paritätsregelungen sind auch divergierende Vorstellungen von politischer Repräsentation. Volksherrschaft und repräsentative Demokratie, so die Argumentationslinie der Quotenbefürworter, bedeuteten, dass die Perspektiven und Anliegen des weiblichen und männlichen Staatsvolkes im Parlament gleichberechtigt präsent sein müssten. Rechtswissenschaftlerinnen, die sich in diesem Sinne äußern, gestehen allerdings zu, dass die angestrebte „gewährleistende Dimension“ zugunsten der bisher unterrepräsentierten Frauen nicht dem derzeit herrschenden grundgesetzlichen Demokratieverständnis entspreche. Kritiker von Paritätsgesetzen wenden denn auch ein, die auf Geschlechtergerechtigkeit zielende Reglementierung von Parlamentswahlen verkenne die Eigenlogik des demokratischen Willensbildungsprozesses. Zu dessen Wesenskern gehöre es, dass der Wähler subjektive Entscheidungen treffe, mögen diese auch nicht geschlechtergerecht sein. Wer mit dem Ziel „gerechter Staatlichkeit“ Wahlscheidungen reduziere, indem er Parität vorschreibe, treffe ins Mark demokratischer Selbstbestimmung.

Auf den ersten Blick mag es überraschen, wenn der Ansicht widersprochen wird, mangelnde parlamentarische Repräsentation von Frauen sei ein Demokratiedefizit. Immerhin ist die Hälfte der Wahlberechtigten weiblich, und die Bundestagsabgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Nach Auffassung von Quotenkritikern ist es jedoch verfehlt, sich auf den Anteil der Frauen in der Gesamtbevölkerung zu fokussieren. Vielmehr komme es auf die Geschlechterzusammensetzung in den politischen Parteien an, da aus deren Reihen faktisch die Kandidatinnen und Kandidaten für die Parlamentswahlen gewonnen würden. Nehme man die Parteien als Bezugsgröße, erscheine die Repräsentanz von Frauen in den Parlamenten in einem günstigeren Licht. Die Paritätsregeln, die sich an der Gesamtbevölkerung orientierten, seien deshalb unverhältnismäßig.

WAS BEDEUTET REPRÄSENTATION?

Vor allem aber geben die Gegner von Paritätsvorgaben zu bedenken, dass ein ganzes Bündel unterschiedlicher Kriterien für eine Wahlentscheidung maßgeblich sein könne. Mit der Einführung von Paritätsregelungen werde Frauen (und Männern) misstraut, selbstbestimmt nach eigener Präferenz über die Zusammensetzung des Parlaments zu entscheiden. Leitbild parlamentarischer Repräsentation nach dem Grundgesetz sei die gemeinsame Identität der Staatsbürger, nicht die Idee, dass die Angehörigen verschiedener sozialer Gruppen entsprechend ihrer gesellschaftlichen Stärke durch „ihre“ Repräsentanten im Parlament vertreten sein müssten. Konse-

quent weitergedacht, dränge sich dann die Frage auf, ob es nicht auch Quotenregelungen für andere parlamentarisch unterrepräsentierte Gruppen, etwa für Behinderte, Sozialhilfeempfänger oder junge Menschen geben müsse. Damit sei man bei einer Art „ständischer Repräsentation“. Den Leitvorstellungen des Grundgesetzes entspreche dies nicht.

ABWÄGUNGSPROZESSE DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS

Im Raum steht, wie das Bundesverfassungsgericht die Argumente für und gegen Paritätsregelungen gewichtet. Wie viel am Ende die Wahlfreiheit, die Rechte der Parteien und das Demokratieverständnis klassischer Prägung im Vergleich zum Gleichberechtigungsauftrag zählen, ist eine Frage der Abwägung. Für diesen Abwägungsprozess dürfte auch eine Rolle spielen, ob und wie Paritätsregelungen vom Gesetzgeber miteinander kombiniert werden. Gäbe es künftig verpflichtende Vorgaben für die Landeslisten *und* für die Nominierung der Direktkandidaten wäre der Eingriff gravierender – aber aus Sicht der Befürworter auch effektiver –, als wenn es bei *einer* Maßnahme bliebe. Kritiker von Paritätsgesetzen geben zu bedenken, schon jede Paritätsbestimmung für sich genommen sei unverhältnismäßig und damit grundgesetzwidrig. So gebe es andere Möglichkeiten, auf eine Erhöhung des Frauenanteils in den Parlamenten hinzuwirken. Von den bisherigen Landeslisten mit starrer Rangfolge der Kandidaten könne man zu einem System „offener“ quotierter Listen wechseln. Die Bürger

könnten dann selbst entscheiden, wen sie auf der Liste wählen möchten. Befürworter von Quotenregelungen wiederum wenden ein, der Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers würde unzulässig eingeschränkt, wollte man ihn auf ein System offener Listen verpflichten.

WAS IST MIT PERSONEN DES „DRITTEN GESCHLECHTS“?

Eine weitere Kontroverse zur Einführung von Paritätsgesetzen sei nur am Rande erwähnt: So stellt sich die Frage, welche Regelungen für Personen gelten sollen, die sich weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen. Das Bundesverfassungsgericht hat bislang ausdrücklich nur für das Personenstandsrecht gefordert, dass die grundrechtlich geschützten Bedürfnisse von Personen des sogenannten dritten Geschlechts zu berücksichtigen sind. Seitdem wird intensiv diskutiert, ob und welche weiteren Rechtsanpassungen erforderlich sind, um Diskriminierungen von Menschen des dritten Geschlechts zu vermeiden. Nach dem neuen Wahlgesetz Brandenburgs sollen sie entweder für Listenplätze der männlichen oder weiblichen Bewerber kandidieren können. Es gibt jedoch Zweifel, dass diese Regelung grundrechtskonform ist,

da Personen des dritten Geschlechts damit wiederum in das traditionelle Mann-Frau-Schema eingeordnet werden.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass der Streit über Paritätsregeln für Parlamentswahlen zahlreiche grundlegende Fragen zum Verständnis von Demokratie, zu Fragen der Repräsentation und zu Vorstellungen von Geschlechtergerechtigkeit aufwirft. Gemessen an der bisherigen verfassungsrechtlichen Lesart, spricht vieles dafür, dass Paritätsgesetze grundgesetzwidrig sind. Davon zu trennen ist die Frage einer Verfassungsänderung. Nach überwiegender Ansicht könnte der deutsche Gesetzgeber dem französischen Beispiel folgen und durch eine Ergänzung des Grundgesetzes den Weg für Parité-Gesetze frei machen – wenn sich dafür die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit findet. Die Folgen einer solchen Reform würden allerdings weit über die Frage der Geschlechtergerechtigkeit hinausreichen. Damit verbunden wäre eine Verschiebung verfassungsrechtlicher Leitvorstellungen von Demokratie und Repräsentation. Nicht nur konservative Staatsrechtslehrer mahnen, es ginge um die prinzipielle Frage, wie wir politische Vertretung durch das Parlament künftig definieren und organisieren – getrennt nach Interessengruppen oder dem Ideal gemeinsamer gruppenübergreifender Ziele folgend?

Konservatismus und liberaler Gaullismus

Andreas Rödder und Jean-Louis Thiériot über Bewahrung und Reform

MATTHIAS OPPERMANN

Geboren 1974 in Auetal-Rehren, seit 1. Oktober 2018 Leiter der Abteilung Zeitgeschichte der Konrad-Adenauer-Stiftung, Privatdozent für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam.

Andreas Rödder: Konservativ 21.0. Eine Agenda für Deutschland, C.H. Beck, München 2019, 144 Seiten, 14,95 Euro.

Jean-Louis Thiériot: De Gaulle, le dernier réformateur, Éditions Tallandier, Paris 2018, 208 Seiten, 13,50 Euro.

Bisher ist es niemandem gelungen, ihn vom Thron zu stoßen: Charles de Gaulle ist der beliebteste Präsident der Fünften Französischen Republik. Schon zu Lebzeiten als der „berühmteste der Franzosen“ bezeichnet, wird er bis heute von einem großen Teil seiner Landsleute verehrt. Als die Franzosen 2018 anlässlich des 60. Jahrestags der Verabschiedung der Verfassung der Fünften Republik vom Meinungsforschungsinstitut *YouGov* nach ihrem bevorzugten Präsidenten befragt wurden, kam der General nicht nur mit 65 Prozent auf

den Spitzenplatz, sondern war auch der Einzige, der die Fünfzig-Prozent-Marke überschritt. Zum Vergleich: Emmanuel Macron erreichte zwanzig Prozent, François Hollande nur sechzehn Prozent. Man wird daraus freilich nicht schließen können, die Mehrheit der Franzosen neige zu einer Verklärung der Vergangenheit, denn aus solch einem Umfrageergebnis folgt noch keine politische Präferenz in der Gegenwart. Gleichwohl ist ein solches Ergebnis Grund genug, zu fragen, ob der Gaullismus de Gaulles heute überhaupt noch eine Referenz sein kann.

Schon 2006 hat der ehemalige französische Premierminister Édouard Balladur in dem Essay *Laissons de Gaulle en paix!* gefordert, de Gaulles Politik nicht für alle Probleme der Gegenwart als Blaupause heranzuziehen. Diese Aufforderung war nicht gegen de Gaulle gerichtet. Der Neogaullist Balladur wollte lediglich darauf hinweisen, dass im Zentrum von de Gaulles politischem Denken das Gebot gestanden habe, sich immer an der Wirklichkeit zu orientieren, was vor allem für die Außenpolitik relevant sei. Deshalb war es aus Balladurs Sicht im Jahr 2006 gaullistischer, sich an den in der internationalen Politik herrschenden Realitäten zu orientieren, als zu wiederholen, was de Gaulle in einer ganz bestimmten historischen Situation getan habe. Das drückte sich etwa in einem anderen Essay aus, mit dem Balladur ein Jahr später zur Gründung einer westlichen Union aus den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union (EU) aufrief. Für sogenannte historische Gaullisten kam das einem Sakrileg gleich.

Es spricht jedoch einiges dafür, dass Balladurs Interpretation genau richtig ist: Am Ende war der Gaullismus nicht mehr als die Überzeugung, dass Frankreich eine

große und unabhängige Nation sein müsse, wobei das Verlangen nach *indépendance nationale* de Gaulle nicht daran hinderte, im Jahr 1959 als Präsident die Römischen Verträge zu bekräftigen und Frankreich fest in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu verankern. Die Überzeugung, dass Frankreich über eine starke Exekutive verfügen müsse, hing mit diesen außenpolitischen Maximen zusammen. Wenn noch etwas hinzukam, dann war es der Wirtschaftsliberalismus. Denn unmittelbar nach seiner Rückkehr an die Macht im Jahr 1958 begann de Gaulle, ein liberales Reformprogramm auf den Weg zu bringen, das Frankreich später einen dem bundesdeutschen Wirtschaftswunder vergleichbaren Aufschwung ermöglichte.

IMMOBILISMUS VON STAAT UND GESELLSCHAFT

Daran erinnert jetzt der französische Publizist und Politiker Jean-Louis Thiériot in einem lesenswerten Buch über de Gaulle als „letzten Reformier“ der Fünften Republik. Wie Balladur sieht Thiériot keinen Widerspruch zwischen Gaullismus und Liberalismus. Im Gegenteil: Wenn sich dem Gaullismus neben dem Bedürfnis nach nationaler Größe überhaupt eine Art politisches Programm zuweisen lässt, dann ist es für Thiériot der Liberalismus, oder, um genau zu sein: ein Wirtschaftsliberalismus, der am ehesten mit dem deutschen Ordoliberalismus zu vergleichen ist. De Gaulle habe nicht nur zu liberalen Rezepten gegriffen, um die französische Wirtschaft davor zu bewahren, von der internationalen Konkurrenz in die Knie gezwungen zu werden, sondern er sei auch

seit den 1930er-Jahren von diesen Rezepten überzeugt gewesen.

Thiériot zeichnet in seinem Buch nach, wie es de Gaulle gelang, den berüchtigten Immobilismus von Staat und Gesellschaft zu durchbrechen und das Land umfassend zu modernisieren. Dabei sei der General weder antieuropäisch noch protektionistisch gewesen. Zwar treffe es zu, dass er Frankreich vor der Konkurrenz ausländischer Unternehmen habe schützen wollen. De Gaulle habe genau erkannt, dass die allein auf den heimischen Markt und das schon im Niedergang befindliche Kolonialreich ausgerichtete französische Wirtschaft unter den Bedingungen eines gemeinsamen europäischen Markts nicht hätte bestehen können. Der Schutz aber, den der General der französischen Wirtschaft bieten wollte, stammte nicht aus der Mottenkiste des Protektionismus. Vielmehr wollte er die französischen Unternehmen in die Lage versetzen, gegenüber der europäischen und internationalen Konkurrenz bestehen zu können.

Um das zu schaffen, versicherte er sich der Hilfe zweier Männer, die zuvor niemand mit ihm in Verbindung gebracht hätte. Der eine war Antoine Pinay – Mitglied des liberalkonservativen *Centre national des indépendants et paysans* (CNIP), Befürworter der europäischen Integration und überzeugter Transatlantiker –, der sich vor allem im Jahr 1952 als Ministerpräsident einen Namen durch die Stabilisierung des Francs gemacht hatte. De Gaulle ernannte Pinay, der für viele Franzosen die Personifizierung des gesunden Menschenverstands war, 1958 zum Finanz- und Wirtschaftsminister, um gar nicht erst Zweifel an seinem Reformwillen aufkommen zu lassen. Er stellte ihm 1959 den Karrierebeamten Jacques Rueff zur

Seite, einen dem Ordoliberalismus nahestehenden Ökonomen und politischen Intellektuellen, der als Vorsitzender einer Expertenkommission – des *Comité Rueff* – Vorschläge zur Gesundung der französischen Staatsfinanzen unterbreiten sollte. Der Zweck war, alle Hindernisse auf dem Weg zur Expansion der französischen Wirtschaft aus dem Weg zu räumen. Der nach dem Ende der Kommissionsarbeit vorgelegte *Plan Pinay-Rueff* sah harte Einschnitte vor, unter anderem eine Obergrenze für Lohnerhöhungen für Beamte, Kürzungen von Subventionen und die Erhöhung verschiedener Steuern. Außerdem setzte sich Rueff dafür ein, den Franc abzuwerten und auf diese Weise zu einer harten Währung zu machen.

GRANDEUR UND REFORMGEIST

Warum akzeptierten die protestfreudigen Franzosen diese Reformen? Weil ihnen de Gaulle klarmachte, zu welchem Zweck die zeitweiligen Härten notwendig seien. Das ist aus Thiériots Sicht eine zentrale Lehre, die man aus de Gaulles Reformpolitik ziehen kann. Ohne ein großes Ziel akzeptiert kein Volk schmerzhaft Veränderungen. Im Frankreich des Jahres 1959 ging es um die Selbstbehauptung des Landes als Großmacht. Die Wiederherstellung wirtschaftlicher Stärke war aus de Gaulles Sicht die Voraussetzung für eine Außenpolitik der *indépendance nationale* und für die Entfaltung dessen, was er *Grandeur* nannte. Das leuchtete den Franzosen offenbar ein, und der Erfolg ließ nicht lange auf sich warten: Schon 1959 hatte Frankreich wieder einen ausgeglichenen Staatshaushalt – zum ersten Mal seit 1930.

Das alles ist nicht neu, sondern in der Geschichtsforschung seit Langem bekannt. Angesichts der vielen Legenden, die sich um den General ranken und die nicht zuletzt von vielen Getreuen und selbsternannten Gralshütern des Gaullismus gepflegt werden, kann es jedoch nicht schaden, diese Dinge noch einmal für ein breites Publikum auf den Punkt zu bringen.

Und natürlich verfolgt Thiériot eine politische Absicht. Indem er de Gaulles Reformen in sieben Lektionen zusammenfasst, möchte er Emmanuel Macron zeigen, wie man es richtig macht. Es ist zweifelhaft, ob er bei dem jungen Präsidenten Gehör findet, zumal dieser kaum mit der de Gaulle'schen Motivation konform gehen dürfte. Macron, der alles „zur selben Zeit“ machen will, wie er sagt, steht für einen Veränderungswillen ohne Rückbindung an das Bestehende. Der Konservatismus, der – bei allem Reformwillen – das de Gaulle'sche Projekt auszeichnete, sollte ihm ebenso fremd sein wie die Tradition, die sich dahinter erkennen lässt. Thiériot zeigt nämlich, dass der Gaullismus – jedenfalls derjenige de Gaulles – trotz aller Hervorhebung der Autorität des Staates vielleicht weniger in der Tradition des Bonapartismus steht als in derjenigen der bis zur Julimonarchie zurückreichenden Linie des Orleanismus, also eines Bewahrung und Reform miteinander verbindenden konservativen Liberalismus.

Eine ähnliche politische Haltung beschreibt Andreas Rödder in seinem Essay *Konservativ 21.0*. Auf der Grundlage älterer und neuerer Forschungen zur Strömung des Konservatismus in Deutschland und Europa arbeitet Rödder einen besonders für die deutsche Geschichte prägenden Gegensatz von „liberalem“ und „illiberalem Konservatismus“ heraus. Wäh-

rend er den „illiberalen Konservatismus“ in Übereinstimmung mit anderen Autoren als eine Traditionslinie beschreibt, die sich vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis in die Bundesrepublik nachzeichnen lässt, betrachtet er den „liberalen Konservatismus“ als eine erst spät in Deutschland heimisch gewordene Richtung. Dabei hebt er besonders den von Jens Hacke erforschten Beitrag der philosophischen Schule um Joachim Ritter hervor, greift aber auch weiter zurück, indem er den Blick auf das Großbritannien des späten 18. und des 19. Jahrhunderts richtet.

VATER DES KONSERVATISMUS?

Natürlich darf, wenn es um den Gegenstand des Liberalismus geht, der Verweis auf Edmund Burke nicht fehlen. Tatsächlich hat Burke wie kein anderer die Grundlagen für den britischen Liberalismus gelegt, der, wie der Orleanismus, eigentlich ein konservativer Liberalismus ist. Das macht auch Rödder deutlich und lässt zudem durchblicken, dass er der Auffassung, Burke sei der „Vater des Konservatismus“ gewesen, mit einiger Skepsis gegenübersteht. Tatsächlich muss diese auf den britischen Politiker Lord Hugh Cecil zurückgehende und später nicht zuletzt durch den amerikanischen Historiker Russell Kirk popularisierte These heute als überholt gelten. Zuletzt haben die Burke-Biographen F. P. Lock, David Bromwich und Richard Bourke sich noch einmal gegen dieses Missverständnis gewandt. Tatsächlich stellte Burkes Reaktion auf die Französische Revolution keinen Bruch mit seinem

bisherigen Denken dar, machte ihn damit auch nicht zum Begründer des Konservatismus. Vielmehr legte Burke in seinem berühmten Pamphlet *Reflections on the Revolution in France*, mit großer Energie und angewandt auf die Geschehnisse in Frankreich, nur noch einmal den Kern dessen dar, was er schon immer für richtig gehalten hatte: nämlich seine Interpretation der Whig-Ideologie des 18. Jahrhunderts, die später die Grundlage für die Entwicklung des konservativen Liberalismus oder liberalen Konservatismus in Großbritannien bot.

KÜNFTIGE ROLLE DES LIBERALKONSERVATISMUS

Das Konservative daran war, wie auch Rödder erkennen lässt, allein die Haltung, die Disposition, mit der Burke an die Dinge heranging. Die Grundlage war der Lock'sche Liberalismus. Man tut dem Begriff des Liberalismus keine Gewalt an, wenn man feststellt, dass ihn diese Kombination aus Liberalismus und konservativer Disposition bis heute auszeichnet. Es ist wichtig und verdienstvoll, dass Rödder seine Grundlagen knapp und anschaulich für ein interessiertes Publikum darlegt und denen entgegentritt, die meinen, der Konservatismusbegriff sei heute nicht mehr relevant oder habe jedenfalls nichts mit der CDU zu tun. Rödder lässt keinen Zweifel daran, dass die praktische Politik von CDU und CSU eben über weite Strecken liberalkonservative Züge getragen habe und dass es keinen Gegensatz zwischen Liberalismus und Konservatismus auf der einen und den Soziallehren der Kirchen auf der anderen Seite gebe.

Noch wichtiger ist Rödders Plädoyer dafür, dass der Liberalismus auch künftig eine Rolle spielen sollte. Sein Buch trägt den Untertitel *Eine Agenda für Deutschland*, und alles, was er im entsprechenden Kapitel schreibt, wird man aus liberalkonservativer Warte begrüßen können. Es geht Rödder darum, den unauflöselichen Zusammenhang zwischen Bewahrung und Reform deutlich zu machen, der auch die Politik de Gaulles nach 1958 prägte. Denn obgleich Frankreich im 20. Jahrhundert niemals so schnell und nachhaltig verändert wurde wie unter der Präsidentschaft de Gaulles von 1959 bis 1969, war der Wandel, den der General auslöste, für ihn kein Selbstzweck. Er strebte danach, durch notwendige Veränderungen das für ihn Wesentliche zu erhalten: die Größe Frankreichs, die nicht zuletzt auch an die anthropologischen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen gebunden war, die Rödder in seiner Agenda mit Blick auf Deutschland verteidigt.

Vieles an dieser Agenda hätte wohl auch Charles de Gaulle unterschreiben können, der sich freilich bei einigen der angesprochenen Probleme gefragt hätte, in was für eine Welt er da hineingeraten sei. Tatsächlich drängt sich bei Lage der Dinge in Deutschland, Frankreich und der Welt der Eindruck auf, dass sowohl Rödders Agenda als auch die sieben Lektionen, die Thiériot Macron erteilen will, nur von einem Staatsmann zu handhaben wären, der in der Liga de Gaulles spielt.

Scharnier zwischen den Lagern

Das Zentrum und die Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung vor 100 Jahren

ULRICH VON HEHL

Geboren 1947 in Viersen, Professor emeritus, 1992 bis 2013 Inhaber des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Leipzig.

Die Deutsche Zentrumspartei verstand sich seit ihrer Gründung im Herbst 1870 als die politische Interessenvertretung der katholischen Volksminderheit im Deutschen Reich. Dies konnte nach ihrem Selbstverständnis nur auf verfassungs-

mäßigem Weg erfolgen: Treue zur Verfassung, Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte aller Bürger, freie Entfaltung des religiös-kirchlichen Lebens, Beibehaltung der föderativen Struktur des Reiches und eine vorausschauende Sozialpolitik mit „gerechtem“ Interessenausgleich von Kapital und Arbeit sowie gesetzlichem Arbeiterschutzes lauteten bereits die zentralen Forderungen des Soester Wahlprogramms vom 28. Oktober 1870. Sie bestimmten

länger als ein halbes Jahrhundert das Selbstverständnis des Zentrums als einer „Verfassungs- und Rechtspartei“. Seine Grundsätze wurzelten in der christlichen Staats- und Gesellschaftslehre, wie sie namentlich in den Lehrschreiben Papst Leos XIII. ihren Ausdruck gefunden hatte. Für eine dogmatische Festlegung auf eine bestimmte Staatsform war in diesem Denken kein Platz. Schon nach Verabschiedung der Oktober-Reformen 1918 wies Adolf Gröber, Fraktionsführer des Zentrums im Deutschen Reichstag, öffentlich darauf hin, dass „unter den heutigen Umständen“ diejenige Staatsform dem Gemeinwohl am besten diene, „die eine erweiterte Mitwirkung des Volkes an allen Entscheidungen über sein Dasein und seine Entwicklung ins Auge“ fasse.

Diese Haltung erleichterte es der Partei, sich nach verlorenem Weltkrieg und revolutionärer Umwälzung auf den Boden der ohne ihre Mitwirkung neu geschaffenen Tatsachen zu stellen. Wahl und Einberufung einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung, die den revolutionären Übergangszustand beenden sollten, entsprachen einer zentralen Forderung des Zentrums. Die seit 1917 im Interfraktionellen Ausschuss praktizierte Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten und Linksliberalen hatte die Parlamentarisierung des Reiches bedeutend gefördert. Sie erleichterte 1919 auch den Eintritt in eine von diesen gebildete Koalitionsregierung, allerdings um den Preis einer Entfremdung des stärker rechts orientierten bayerischen Zentrumsflügels. Dies führte 1920 zur definitiven Trennung und damit zu einer weiteren Schwächung des politischen Katholizismus, der auch künftig in seiner traditionellen Minderheitsposition von nicht einmal einem Fünftel der Wähler-

stimmen verblieb. Somit konnte er seine Ziele nur im Bündnis mit anderen Parteien erreichen, wobei sich rasch zeigte, dass zentrale weltanschaulich fundierte Forderungen des Zentrums auch in wechselnden Regierungskoalitionen nicht mehrheitsfähig waren. Für die Verfassungsberatungen von 1919 erwies es sich jedoch als hilfreich, dass das Gewicht als Regierungspartner in die Waagschale geworfen werden konnte, zumal die Ausgangspositionen der Parteien gerade in schul- und kulturpolitischen Fragen, aber auch beim Schutz der bestehenden Eigentumsordnung oder der föderalistischen Struktur des Reiches weit auseinanderklafften.

KONTROVERSE BERATUNGEN

Den Verfassungsberatungen lag ein mehrfach revidierter Entwurf des linksliberalen Staatsrechtlers Hugo Preuß zugrunde, der insgesamt stark in liberalen Vorstellungen der 1848er-Bewegung wurzelte und unitaristische Tendenzen zeigte. Weder Sozialdemokraten noch Zentrum verfügten über ein eigenes verfassungstheoretisches Konzept. Im 28-köpfigen Verfassungsausschuss war das Zentrum mit lediglich sechs Abgeordneten neben zwölf der Sozialdemokratischen/Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD/USPD), fünf der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), drei der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und zwei der Deutschen Volkspartei (DVP) vertreten. Schon aufgrund dieser Stimmverhältnisse war von vornherein klar, dass die Verfassung nicht „aus einem Guss“ sein konnte, sondern Ergebnis von Kompromissen sein musste, die

oft genug mit wechselnden Mehrheiten zustande kamen. Selbst die Schlussabstimmung ergab lediglich eine Zustimmung von 62 Prozent. So verliefen die Ausschuss- und Plenumsberatungen denn auch äußerst kontrovers und kamen erst Ende Juli 1919 zu einem für das Zentrum akzeptablen Ergebnis.

Mit dem Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung am 11. August 1919 war die so lange vergeblich erstrebte *volle* staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Katholiken erreicht. Kirchliche Grund- und Freiheitsrechte waren anerkannt, eine Trennung von Staat und Kirche wie in Frankreich vermieden. Der Bestand der Länder wurde verfassungsrechtlich garantiert; regionale Neugliederungen sollten allenfalls nach Volksabstimmungen möglich sein, und die überkommene Eigentumsordnung blieb in Geltung – nach den Sozialisierungsforderungen der Revolutionsmonate ein keineswegs selbstverständliches Ergebnis. In der dem Zentrum besonders am Herzen liegenden Schulfrage wurde indessen die Gleichstellung der Bekenntnisschule mit der Simultanschule als Regelschule nicht erreicht, doch konnten auch künftig Bekenntnisschulen auf Antrag der Erziehungsberechtigten eingerichtet werden, „soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb [...] nicht beeinträchtigt wird“. Der Religionsunterricht blieb ordentliches Lehrfach. Weitere Regelungen waren einem Reichsschulgesetz vorbehalten, das aber nicht zustande kam.

Fragt man, welche Verfassungsbestimmungen in besonderer Weise die Handschrift des Zentrums tragen, so ist auf folgende vier Punkte zu verweisen:

Erstens muss der im Regierungsentwurf höchst mager ausgefallene Grundrechtsteil genannt werden. Sein Ausbau

ist vor allem dem Zentrumsabgeordneten Konrad Beyerle zu verdanken. In der schließlich angenommenen Endfassung enthielt er nach begründetem Urteil „mehr von ‚Religion und Kirche‘ [...] als jede andere moderne Verfassung“.

Zweitens ging mit auf den Einsatz des Zentrums zurück, dass das Reich nicht als zentralistischer Einheitsstaat konstruiert wurde, sondern seine föderale Gliederung behielt. Allerdings wurden seine Kompetenzen gestärkt, namentlich in der Finanz- und Steuerpolitik. Die Reichsfinanzreform von 1919 ist mit dem Namen des Zentrumsministers Matthias Erzberger verbunden. Das Übergewicht Preußens wurde durch Reduzierung seines Stimmenanteils im Reichsrat gemindert. Die Möglichkeit einer künftigen Länderneugliederung nach Volksabstimmung ging auf eine Initiative der Zentrumsparterie zurück. Sie sollte laufenden Autonomiebestrebungen den Wind aus den Segeln nehmen.

Drittens wirkt noch im Rückblick erstaunlich, was die Verhandlungsführer des Zentrums bei denkbar ungünstiger Ausgangslage in der Schulfrage erreicht hatten. Zwar fiel der mit Sozialdemokraten und Linksliberalen erzielte sogenannte zweite Weimarer Schulkompromiss gegenüber dem ersten, allerdings auf brüchiger Mehrheit gegründeten deutlich zurück; ein besseres Ergebnis war jedoch nicht erreichbar.

Schließlich war es *viertens* im Verhältnis von Staat und Kirche dem Einsatz des Zentrums zuzuschreiben, dass die Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt und ihre Vermögensrechte garantiert wurden. Ihre Angelegenheiten konnten sie „innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes“ selbstständig regeln. Durch Übernahme

der Weimarer Kirchenartikel in das Grundgesetz stehen wir bis heute auf dem damals errichteten Fundament.

Bei ruhiger Betrachtung konnte der so mühsam erzielte Verfassungskompromiss nur diejenigen enttäuschen, die mit der Elle irrealer Maximalforderungen maßen. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse in der Nationalversammlung hätte niemand dieses Ergebnis zu Beginn der Beratungen voraussagen können. Dem späteren Parteivorsitzenden Wilhelm Marx kam das Erreichte rückblickend als „geradezu wunderbar“ vor. Ausgerechnet mit seinen weltanschaulichen Hauptwidersachern habe das Zentrum nun erreicht, was „in jahrelangen mühsamen Verhandlungen mit den Konservativen niemals“ gelungen war. Und den Sozialdemokraten glaubte er auf dem ersten Reichsparteitag des Zentrums die Feststellung schuldig zu sein, dass in der Schulfrage nicht sie, sondern die Demokraten „unser Hauptgegner“ gewesen seien.

BELASTENDE HYPOTHEK DER NIEDERLAGE

Wenn diese Einsicht nur langsam an Boden gewann, ja die Kritik sich in der (rechts)katholischen Publizistik sogar zu einem „Verfassungsstreit“ steigerte, so hatte das vor allem drei Gründe: Zum einen war die Weimarer Republik (und damit auch das sie mittragende Zentrum) mit der Hypothek der Niederlage belastet. Ihre Gegner machten sie für den „Schmachfrieden“ von Versailles verantwortlich, der am 28. Juni 1919 auch von einem Zentrumsminister, Johannes Bell, unterzeichnet werden musste.

Der zweite Grund lag in den Irritationen, welche die politische Zusammenarbeit des Zentrums im Reich wie in Preußen mit dem weltanschaulichen Hauptgegner, der als „revolutionär“ und „militant antichristlich“ beargwöhnten Sozialdemokratie, bei vielen Katholiken auslöste.

ADENAUER GEGEN FAULHABER

Beides wurde zum Dritten von der mehr grundsätzlichen Kritik überlagert, die sich am Souveränitätsbegriff der Verfassung entzündete („Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“), deren Verfechter also der „Revolutionsrepublik“ die Legitimität bestritten oder der untergegangenen Monarchie nachtrauerten. Ihr bekanntester Wortführer wurde der Münchner Erzbischof Michael Kardinal von Faulhaber, der auf dem Katholikentag 1922 in München die Weimarer Reichsverfassung als eine Verfassung ohne Gott bezeichnete und die demokratische Republik wegen ihrer revolutionären Anfänge mit dem „Kainsmal“ von „Meineid und Hochverrat“ gekennzeichnet sah. Dass die Verfassungen von 1849 und 1871 ebenfalls keinen Gottesbezug enthielten, übersah er dabei geflissentlich. Damit provozierte er einen scharfen Zusammenstoß mit dem Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, dem Präsidenten des Katholikentags.

Auch nach Abschluss der Verfassungsberatungen zählte das Zentrum zu den staatstragenden Parteien der Weimarer Republik. Den meisten der von 1919 bis Januar 1933 amtierenden zwanzig (meist kurzlebigen) Kabinette hat es angehört und unter Einbeziehung der beiden von

Heinrich Brüning geleiteten Präsidialkabinette insgesamt neunmal den Reichskanzler gestellt. Als geborene Partei der Mitte besaß das Zentrum eine Scharnierfunktion zwischen den politischen Lagern. Allerdings war unübersehbar, dass die Wähler den politischen Dauereinsatz nicht honorierten, wie überhaupt in der Weimarer Demokratie nach einem Wort Rudolf Morseys „Mitregierung nicht Teilhabe an ‚Macht‘, sondern vor allem an höchst unpopulärer Verantwortung“ bedeutete. Auch in den Reihen des Zentrums waren „Standesinteressen“ massiv auf dem Vormarsch, die auszugleichen zunehmend schwerfiel. Vor allem aber gelang es trotz ernsthafter Versuche nicht, den konfessionellen „Turm“ zu verlassen. Hierzu bedurfte es erst der Erfahrungen eines zweiten Weltkrieges, bis die interkonfessionelle

Zusammenarbeit in den Unionsparteien verwirklicht wurde.

Als die Zentrumsparlei 1929 auf das in zehnjähriger „nationaler Arbeit“ Geleistete zurückblickte, nahm sie für sich in Anspruch, die Annäherung der Sozialdemokraten an den Staat, aber zugleich auch die Annäherung antirepublikanischer Parteien an die *Verfassung* gefördert und sich selbst nie in den „Schmollwinkel fruchtloser Kritik zurückgezogen“ zu haben. In außenpolitischer Hinsicht verwies sie darauf, dass die in besonderer Weise mit dem Namen Gustav Stresemann verbundene Verständigungspolitik ohne ihre nachhaltig-kritische Unterstützung nicht möglich gewesen wäre. Die Grundlagen für die aktive Mitgestaltung der Weimarer Politik aber waren schon 1919 bei den Verfassungsberatungen gelegt worden.

„Chiffre der Ausgrenzung“

—
In Novi Sad lud die Konrad-Adenauer-Stiftung zur
Debatte über „den Osten“ Europas

KLAUS BRILL

Geboren 1949 in Alweiler, Publizist und früherer Korrespondent in Mittelosteuropa.

Gehören sie dazu, die Serben und die anderen Völker des Balkans? Dann wäre es hohles Getöse, wenn die Laudatoren des europäischen Einigungsprozesses erklären, es habe dank der Friedensmaschine Europäische Union nun schon seit 74 Jah-

ren keinen Krieg mehr „in Europa“ gegeben – ein einsamer Rekord. In Serbien, in Bosnien, in Kroatien, Slowenien und dem Kosovo gab es jedoch einen grausamen Krieg zwischen Angehörigen verschiedener Ethnien, und das erst vor zwanzig, dreißig Jahren. Die drei Brücken von Novi Sad, der Hauptstadt der Autonomen Provinz Vojvodina im Norden Serbiens, wurden im April 1999 durch Bomben der

NATO zerstört. Hier auf dem Balkan gibt es noch eine Erlebnisgeneration, für die das Projekt Europa ähnliche Dringlichkeit und Bedeutung haben könnte wie 1957 bei der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für die Bürger der sechs beteiligten westeuropäischen Länder. Es geht um gute Nachbarschaft und um Frieden – in ganz Europa. Nicht zu vergessen, dass gerade auch im Osten der Ukraine wieder ein Krieg im Gange ist, seit 2014.

Nicht zum ersten Mal ist es das Schicksal des Balkans und der weiter nördlich gelegenen Regionen Ostmitteleuropas, dass sie von West-Europa aus nicht als Nachbarschaft, sondern als Peripherie wahrgenommen werden. Es liegen dort – und das hemmt vielleicht den Durch- und Überblick – viele unterschiedliche, oft auch kleine Staaten. Sie sind das Ergebnis historischer Prozesse, die seit dem Ersten Weltkrieg die Landkarte in diesem Teil des Kontinents radikal verändert haben. Selbst wenn 1989 der Kollaps des Kommunismus das Tor zu einer radikalen Neuordnung Europas im Geiste freier und gleichberechtigter Koexistenz aufgestoßen hat, so sind doch viele Hoffnungen unerfüllt geblieben. Noch immer wird „der Osten“ von Westen aus als eine Zone des Unbehagens wahrgenommen. Oliver Jens Schmitt, Professor für die Geschichte Südosteuropas an der Universität in Wien, empfindet schon das Etikett „der Osten“ als „große Chiffre der Ausgrenzung“. Allein der Umstand, dass 2004 von der Ost-Erweiterung der EU und nicht von einer Wiedervereinigung der beiden Hälften Europas gesprochen wurde, sei bezeichnend, erklärte der Historiker jüngst auf einer Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung in Novi Sad.

Dieses Treffen Anfang Juni 2019, an dem 212 Wissenschaftler, Politiker, Schriftsteller und Studenten aus neunzehn europäischen Nationen teilnahmen, war nicht zufällig in das Parlament der Autonomen Region Vojvodina in Nord-Serbien gelegt worden. „Im Parlament schlägt das Herz einer Demokratie – wenn es denn schlägt“, so formulierte es Norbert Lammert in seiner Eröffnungsansprache. Und Demokratie ist natürlich ein großes Thema, wenn eine solche Konferenz sich mit der Fortentwicklung der EU befasst und noch dazu unter dem Motto „Brücken bauen in Europa“ steht.

„REKORDVERDÄCHTIGE VIELFALT“

Es ist der Leitsatz einer Serie von Veranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung, von denen die Tagung in Novi Sad bereits die zehnte war. In Prag hatte der Turnus 2002 begonnen, ein Jahr später traf man sich in Danzig und danach im Zwei-Jahres-Abstand in Budapest, Riga, Hermannstadt, Tallinn, Bratislava und Vilnius. Unter der Regie der Kölner Germanistin Birgit Lermen versorgten sich Autoren, Professoren und sonstige Diskutanten wechselseitig mit einer überbordenden Fülle von Informationen, Interpretationen und Inspirationen. Von großem Reiz war es, dass eine besondere Aufmerksamkeit stets der Literatur galt und dass neben Historikern und Politikwissenschaftlern auch Germanisten und Slawisten zu Wort kamen.

So war es jetzt auch in Novi Sad, das nach Lemberg der zweite Tagungsort außerhalb der Europäischen Union war.

Novi Sad ist die Hauptstadt der Vojvodina, einer Region mit knapp zwei Millionen Einwohnern. Zwei Drittel von ihnen sind Serben, die restliche Bevölkerung gliedert sich in 26 Minderheiten, die alle in der Regionalversammlung vertreten sind. Entsprechend bunt gescheckt ist das Panorama der Kulturen und Religionen; im Parlament wird in sechs Sprachen gedolmetscht. „Diese gelebte und rekordverdächtige Vielfalt auf kleinem Raum ist beispielgebend für Europa“, meinte die stellvertretende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung Beate Neuss, die in Chemnitz Internationale Politik lehrt.

Wer etwa heute über das Zusammenleben von Christen, Juden und Muslimen in Europa nachdenkt, tut gut daran, die Erfahrungen heranzuziehen, die hier in den Jahrhunderten osmanischer Herrschaft damit gemacht wurden. Der epochale Roman *Die Brücke über die Drina* erzählt davon am Beispiel der Stadt Višegrad, heute an der bosnisch-serbischen Grenze gelegen. Dass sein Autor Ivo Andrić 1961 den Literatur-Nobelpreis erhielt, war womöglich auch der Sympathie geschuldet, die man in Stockholm für die damals gerade gegründete Bewegung der blockfreien Staaten und das führend beteiligte Jugoslawien empfand. So schilderte es Michael Martens, Korrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

„EUROPA ERZÄHLEN, EUROPA LESEN“

Von aufregenden Lektüreerlebnissen berichtete auch Oliver Jahraus, Germanist aus München, der sich durch Werke von Aleksandar Tišmar, Danilo Kiš und Bora

Ćosić, dem „serbischen James Joyce“, gearbeitet hatte. Jahraus bewegte die Frage, ob der Balkan wirklich als Peripherie zu sehen sei und Europa dort schon ende. Sein Fazit: „Wenn wir von Europa erzählen, müssen wir die Fähigkeit haben, Europa zu lesen.“

Oder zu hören, bei einer Lesung. Die albanische Schriftstellerin Lindita Arapi, die auch als Redakteurin für die Deutsche Welle tätig ist, erzählte vom Leben in einer Kleinstadt unter dem Kommunismus, einem Dasein in übermächtiger Angst und Isolation. Ihre serbische Kollegin Dragana Mladenović las Gedichte aus der jüngsten Vergangenheit, aus Sphären familiärer und nationalistischer Verstrickungen. Sie will, wie sie sagte, mit ihren Werken zu gesellschaftlichen Veränderungen beitragen.

Vieles ist noch verkrustet, und die Wunden der Kriege sind keineswegs geheilt. Stanislav Hočevar, katholischer Erzbischof von Belgrad, wünscht sich deshalb „eine Art systematischen, organisierten Dialog“ zwischen den Konfessionen. Zu sprechen wäre etwa über die Probleme der Familie oder die massenhafte Abwanderung junger Menschen nach West- und Nordeuropa. „Hier [in Serbien] sind Nation und Konfession ein und dasselbe, und das ist sehr gefährlich“, sagte der Geistliche. Weshalb die Kirchen durchaus die Anführer im Prozess der Versöhnung und Zusammenarbeit sein könnten, wie der serbisch-orthodoxe Theologe und Professor Rade Kisić aus Belgrad ergänzte. Er wusste von einer kleinen Stadt in Bosnien zu berichten, in der der serbisch-orthodoxe Priester, sein katholischer Kollege und der Mufti beste Freunde geworden seien. Ein Beispiel, eine Möglichkeit – und eine Ausnahme.

Dass in Novi Sad auch die politische Gegenwart mit ihren ungelösten Fragen zur Sprache kam, war ebenso unvermeidlich wie erwünscht. Schon in seiner Begrüßungsansprache ließ Staatspräsident Aleksandar Vučić keinen Zweifel daran, wohin für Serbien die Reise geht. „Wir sind Vorreiter auf dem Balkan, wir wollen so schnell wie möglich in die Europäische Union“, sagte er. „Wir möchten zeigen, dass wir es wert sind, Teil der Familie zu werden.“

REFORMEN UND RÜCKSCHRITTE

Ministerpräsidentin Ana Brnabić bezeichnete die europäische Integration als „strategische Priorität der Republik Serbien“ und fügte hinzu: „Für mich ist die EU in erster Linie ein Friedensprojekt.“ Dabei ist ihr durchaus bewusst, dass der von vielen Zweifeln begleitete Prozess der serbischen Aufnahme in die EU „ein Marathon ist und kein Sprint“. Die Verhandlungen laufen seit 2014, sechzehn Kapitel wurden eröffnet, vieles ist noch abzuarbeiten. „Wir werden weitermachen mit den Reformen“, sagte Ana Brnabić.

Dies ist nach Ansicht vieler Forscher und Politiker in der Alt-EU auch dringend notwendig, nicht nur in Serbien, sondern ebenso in Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Albanien, Nord-Makedonien und dem Kosovo, die allesamt ebenfalls in die Union streben. Zwei weitere Teilstaaten des früheren Jugoslawien gehören bereits dazu: Slowenien seit 2004, Kroatien seit 2013.

In diesen Ländern – mit Ausnahme Sloweniens – lässt der Gang der Dinge durchaus zu wünschen übrig. So sieht es jedenfalls Marianne Kneuer, Professorin

für Politikwissenschaft an der Universität Hildesheim und Präsidentin der *International Political Science Association* (IPSA). Sie trug in Novi Sad Ergebnisse einer umfassenden Studie vor, wonach in Fragen der Demokratisierung auf dem West-Balkan seit 2007 „überwiegend Rückschritte“ zu verzeichnen seien. Kriterien der Bewertung waren dabei unter anderem die Verfassung des Rechtsstaates, die Verbreitung der Korruption, die Stabilität von staatlichen Institutionen und Parteien und die Unabhängigkeit der Presse.

Bosnien und Herzegowina sowie Nord-Makedonien schwanken demnach zwischen Demokratie und Autokratie. Serbien, Albanien und Montenegro seien allenfalls als halb konsolidierte Demokratien anzusehen, nur Slowenien gelte als „voll konsolidierte Demokratie“. Auch das EU-Land Kroatien weise Mängel auf, und die südöstlichen Nachbarn Bulgarien und Rumänien, schon seit 2007 Mitglieder der EU, befänden sich an der Grenze zur „defekten Demokratie“, wie Marianne Kneuer meint. „Das heißt also: kein Fortschritt, Stagnation, Rückschritt.“ Im übrigen diagnostizierte sie auch in Ungarn und Polen „eine demokratische Erosion“.

KONZENTRATION AUF Kernaufgaben

Dies wirft Fragen auf, die die gesamte Europäische Union betreffen. War es naiv, zu glauben, der EU-Beitrittsprozess als größte Demokratisierungsmaschinerie der Weltgeschichte werde den Rechtsstaat ein für alle Mal etablieren? Hat man die bösen Kräfte des Nationalismus und die Beharrung korrupter nationaler Eliten

unterschätzt? Sollte man die Länder des West-Balkan überhaupt in die EU aufnehmen? Und wie steht es um die Balance zwischen Nationalstaat und europäischem Gehäuse?

Andreas Rödder, Professor für Neueste Geschichte in Mainz, setzt auf „ein offenes und flexibles Europa“. Soll heißen: Nicht die seit 1983 propagierte und im Maastricht-Vertrag von 1992 bekräftigte „immer engere Union“ (*ever closer union*) sollte das Ziel bleiben, sondern eine Abstufung je nach Einzelfall: hier Vertiefung der Integration etwa mit Blick auf die EU als Global Player, dort Rückbau, wo nötig, und im Ganzen Konzentration auf Kernaufgaben wie Verkehr, Infrastruktur, Digitalisierung, Handel und Verteidigung. Europa müsse „seine Kraftquellen richtig ausschöpfen, und das sind die Nationalstaaten in Europa“, sagte Rödder. Die Frage sei also nicht EU oder Nationalstaaten, sondern EU *und* Nationalstaaten. Was übrigens auch eine Perspektive für die künftige Zusammenarbeit mit Großbritannien biete. Der Ehrenvorsitzende

der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bernhard Vogel, ergänzte dies mit einer Warnung davor, „zu schnell zu springen“ und schlug vor, die EU der Zukunft nicht als Bundesstaat oder Staatenbund zu denken, sondern als Staatenverbund – ein Begriff, den das Bundesverfassungsgericht geprägt hat.

Unstrittig war dabei, dass die EU zurzeit für manche Herausforderung, wie etwa die Migration, den Klimawandel, die Energieversorgung oder die Cyberkriminalität, nicht gerüstet ist. „Kein europäischer Staat leistet das aus eigener Kraft, und ganz sicher ist Europa derzeit nicht in der Lage, das gemeinschaftlich lösen zu können“, erklärte Norbert Lammert. Er verglich die Entwicklung der EU mit dem Turmbau zu Babel und plädierte leidenschaftlich dafür, nun nicht untätig auf dieser riesigen Baustelle zu verharren. „Wenn wir den Turm nicht zu Ende bauen“, sagte er, „hätten wir Anspruch auf den Titel der mutlosesten, ratlosesten, vielleicht dämlichsten Generation, die je in Europa gelebt hat.“

Am 5. Mai erinnerte die Konrad-Adenauer-Stiftung in Leipzig an das 30-jährige Jubiläum der *Kommunalwahlen in der DDR vom 7. Mai 1989*. Nach einem Impuls von Michael Kretschmer, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, der einen Bogen von den gefälschten Wahlen 1989 zu den anstehenden Wahlen in diesem Jahr schlug, würdigte Joachim Gauck, Bundespräsident a. D., die Leistungen der Menschen, die es trotz der Unterdrückung durch die SED gewagt hatten, sich zu widersetzen.

Wertegebundenheit, wehrhafte Demokratie und offene Staatlichkeit: Das sind die wichtigsten Errungenschaften des Grundgesetzes, erklärte Thomas von Danwitz bei seiner *Bonner Rede* am 13. Mai anlässlich des 70. Jubiläums unserer Verfassung. Da das deutsche Grundgesetz nicht mehr ohne die Verfasstheit der Europäischen Union (EU) zu denken ist, stellte der Kammerpräsident am Gerichtshof der Europäischen Union den Europa-Artikel 23 in den Mittelpunkt.

Am 6. Mai fand eine Fachtagung zum Thema *Wandel der Sprach- und Streitkultur* statt. Die Teilnehmer diskutierten die Inhalte einer Reihe von Studien, die in den kommenden Monaten der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Ende 2018 verabschiedete die Bundesregierung die *Nationale Strategie Künstliche Intelligenz*. Die Konrad-Adenauer-Stiftung begleitet das Thema mit verschiedenen Maßnahmen. So lud die Stiftung vom 13. bis 17. Mai Forscher aus Asien, den USA und Europa zu einem Dialogprogramm ein. Die Delegation traf Abgeordnete, führte Gespräche im Kanzleramt und mit dem Stiftungsvorsitzenden. In Bezug auf Deutschland schlussfolgerten die Experten: Deutschland sei im Bereich der Grundlagenforschung sehr gut aufgestellt. Nun gelte es, in der Kommerzialisierung aufzuholen.

Vom 1. bis 3. Mai richtete die Konrad-Adenauer-Stiftung die *Subsahara-Afrika-Konferenz in Abidjan (Côte d'Ivoire)* aus. Die Veranstaltung zielte darauf ab, die afrikanischen Parlamente im Hinblick auf Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung zu stärken, und trug dazu bei, ein langfristiges, Kontinente übergreifendes Netzwerk von Parlamentsabgeordneten sowie Experten aus Politik und Wirtschaft zu etablieren. Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte in einer Videobotschaft die Bedeutung solcher gemeinsamer Treffen.

Auf der 7. Adenauer-Konferenz am 16. Mai wurde die *Rolle Deutschlands in der internationalen Sicherheitspolitik* diskutiert. Experten und Entscheidungsträger aus Politik, Wissenschaft und Militär erörterten den Spagat zwischen der Stärkung der NATO bei gleichzeitigem Zugewinn an europäischer Autonomie in der Verteidigungspolitik und weitere Fragen der internationalen Politik.

Im Nachgang zu den *Wahlen zum Europäischen Parlament* veröffentlichte die Konrad-Adenauer-Stiftung Analysen, die die wichtigsten Erkenntnisse und Ergebnisse zusammenfassen.

Husch Josten wurde mit dem diesjährigen *Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung* ausgezeichnet. Thomas Sternberg würdigte die Schriftstellerin bei der Preisverleihung am 16. Juni in Weimar als eine Autorin, deren Werke das Bedürfnis nach Erkenntnis mit der Notwendigkeit einer moralischen Zeitzeugenschaft verbinden. Damit erinnert Husch Josten an die Bedeutung des literarischen Erzählens im Zeitalter der Digitalisierung und verteidigt den Wahrheitsanspruch der Dichtung.

PERSONALIA

Seit April leitet *Andreas Schulze* das Regionalbüro Westfalen. *Sabine Wölkner* wurde Leiterin des Teams Agenda 2030, und *Anne-Sophie Lewerentz* übernahm die Leitung der Online-Redaktion. Des Weiteren leitet *Walter Glos* das Länderprojekt Türkei.

Am neuen Standort Wien übernahm *Claudia Crawford* im Mai die Leitung. Das Team Asien und Pazifik leitet *Peter Hefe*. *Andreas Jacobs* übernahm die Leitung des Teams Religion, Integration und Familie.

Zum 1. Juni wurde *Jochen Blind* Leiter der Pressestelle und *Christoph Jansen* Leiter der Kommunalakademie.

Im Juli übernahm *Tobias Rüttershoff* die Leitung des Länderprojekts Albanien. Das Regionalprogramm Energiesicherheit und Klimawandel Asien-Pazifik leitet seither *Christian Hübner*. *Rudolf Teuwsen* übernahm die Leitung des Länderprojekts Guatemala.

Ab August leitet *Rabea Brauer* das Länderprojekt Japan und das Regionalprojekt Soziale Ordnungspolitik Asien, *Thomas Kunze* das Länderprojekt Russland sowie *Anja Czymmeck* das Länderprojekt Brasilien.

„DIE-IN“ IM PLENARSAAL

Zum Abschluss des Planspiels „Jugend und Parlament“, bei dem Jugendliche parlamentarische Verfahren praxisnah erlernen, legten sich junge Klima-Aktivisten vor die Rednertribüne des Bundestags und stellten sich – unter dem Transparent „Eure Klimapolitik = Katastrophe“ – tot. „Fridays For Future“ unterstützte den Protest.

Bemerkenswert ist, dass andere Jugendliche die Aktion mit Buh-Rufen quittierten. War das gedachte Bravourstück dann doch zu selbstgerecht geraten?

Respekt gewinnt, wer den anderen ohne Herablassung „für voll nimmt“ und gleichzeitig zu seiner Haltung steht. Das gilt für die einen wie für die anderen.

Foto: © picture alliance / Christoph Soeder / dpa



Die nächste Ausgabe erscheint im Oktober 2019
zum Thema

Grundsätzlich

Prämissen christlich- demokratischer Politik

Mit Beiträgen unter anderen von Anthony Glees, Annegret Kramp-Karrenbauer,
Stephan Schaede, Kristina Schröder und Birgitta Wolff.

IMPRESSUM

Nr. 557, Juli/August 2019, 64. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Herausgegeben für die
Konrad-Adenauer-Stiftung von
Norbert Lammert und Bernhard Vogel

Begründet 1956 von
Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion
Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Ralf Thomas Baus (Redakteur)
Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

Geschäftsführung
Konstantin Otto

Anschrift
Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10
ralf.baus@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Redaktionsbeirat
Stefan Friedrich, Ulrike Hospes,
Matthias Oppermann, Matthias Schäfer

Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34
Faxnummer: (05 41) 31 04 11
C.Brinkmann@fromm-os.de

Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10-16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr.
Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 €
zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten
erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugs-
dauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern
das Abonnement nicht bis zum 15. November eines
Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen
über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Poli-
tischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten
die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch
bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich
abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch
Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.



